

Frauen Männer Gender

Frauenpolitik & Genderpolitik
in der Friedrich-Ebert-Stiftung

2010



2009 /



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Frauen Männer Gender

Frauenpolitik & Genderpolitik
in der Friedrich-Ebert-Stiftung
2009 / 2010



Inhalt

- 4 Menschen sammeln, für Demokratie begeistern**
Gespräch mit Anke Fuchs,
Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 8 Geteilte Rechte, geteilte Pflichten**
Es herrscht feministischer Pragmatismus
im Land
- 15 Zu wenig Interesse an
Geschlechtergerechtigkeit**
Gespräch mit Christine Bergmann,
Mitglied des Vorstands der FES
- 19 Willkommen auf dem neuen Markt für
Bildung und Erziehung**
Was heißt das für die Familien?
- 21 Pflege- und Carearbeit**
- 22 Ungleichbehandlungen abschaffen**
Gleichstellung von Lesben und Schwulen
im Grundgesetz gefordert
- 23 Das Patriarchat schwächelt,
aber es existiert noch**
Gespräch mit Helga Grebing
- 26 Feminismus im 21. Jahrhundert**
Ein Workshop in Berlin
- 28 Die „Neue Moudawana“**
FES unterstützte Reform des
Familienrechts in Marokko
- 29 Macht und Gender**
- 30 Im Grenzgebiet zwischen Theologie und
Rechtswissenschaft**
Personenstandsgesetz im Sudan
- 31 Menschenrechte sind Frauenrechte –
selbstverständlich auch im Islam**
Veranstaltungsreihe für Koranlehrerinnen
und Imame
- 32 Förderung läuft über Netzwerke**
Gespräch mit Annette Fugmann-Heesing
- 35 Unternehmen Vereinbarkeit von Beruf
und Familie**
Das Thema für Mütter *und* Väter
- 36 Junge – welche Rolle spielst Du?**
Männlichkeitsbilder im Wandel
- 38 Wie Frauenrechte aufs Land kommen**
Die FES und die Arbeit der
Barfußanwältinnen in Tansania
- 39 Gender und Streitkräfte**
Argentinien hat Vorbildfunktion
- 40 Auf Lohnarmut folgt Altersarmut**
Gespräch mit Andrea Kocsis
- 43 Feministische Ökonomie:
Die Krise zementiert die Ungleichheit**
Ein Gastbeitrag der Politologin
Gabriele Michalitsch
- 44 Wie sieht eine sozial gerechte
Familienpolitik aus?**
- 45 Bonner Forum Soziale Demokratie**
Andrea Nahles: Plädoyer für
„gute Arbeit, gutes Leben“



- 46 Von wegen „Hobby“!**
Asiatische Heimarbeiterinnen organisieren sich
- 49 Geschlechtergerechtigkeit im Alltag – Herausforderung für Verwaltungen und Gesellschaft**
Gespräch mit Jens Böhrnsen, Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen
- 52 Auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten Stadt**
- 52 Indien: Straßenhändlerinnen kämpfen für ihre Rechte**
- 53 Weiblich, behindert – diskriminiert?**
Über die Rechte von Frauen und Mädchen mit Behinderung
- 54 Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung für TAC**
Frauen in Südafrika kämpfen für HIV-Infizierte, auch gegen die eigene Regierung und die Macht der Gesundheitsindustrie
- 56 Das Recht auf Gesundheit ist ein unverzichtbares soziales Menschenrecht**
Herta Däubler Gmelin zum FES-Menschenrechtspreis an TAC
- 58 Sexualisierte Kriegsgewalt**
- 59 Madagaskar: Umbruchphase für Gender Mainstreaming nutzen**
- 60 Stabilisierung und Wiederaufbau**
Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Afghanistan
- 61 Die Friedrich-Ebert-Stiftung weltweit**
- 62 Frauen- und Genderpolitik in der nationalen Arbeit**
- 65 Frauen- und Genderpolitik in der Internationalen Arbeit**
- 68 Geschlechtergerechtigkeit und Teilhabe**
Stichworte zum Internationalen Frauentag 2009 in der FES
- 70 Was macht zufrieden im Job und im Leben?**
Die Dissertation der FES-Stipendiatin Eva Berger
- 73 Ohne Stipendium hätte ich nicht studieren können**
Ina Bigalke aus Kahle in Thüringen
- 74 Geschlechtergerechte Seminarplanung**
Aus der Arbeit des Arbeitskreises Gender der StipendiatInnen
- 75 Dissertationen**
Promotionsprojekte zu frauen- und genderpolitischen Themen 2009
- 77 Publikationen der FES zur Frauenpolitik und Genderpolitik 2009**
- 80 AnsprechpartnerInnen**



Was macht zufrieden im Job und im Leben?

Dissertation der FES-Stipendiatin Eva Berger
S. 70

Menschen sammeln, für Demokratie begeistern

Gespräch mit Anke Fuchs, Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung



Frau Fuchs, reden wir über die soziale Demokratie, über Arbeit und das Zusammenleben in einer komplexen Gesellschaft. Wie werden wir künftig arbeiten? Arbeit gäbe es ja genug, vor allem im sozialen Bereich?

Ich glaube, wir könnten eine Menge neuer Arbeitsplätze schaffen, aber dann muss die Politik sich ändern und sich dazu bekennen, dass man in diesem Sektor öffentlich geförderte Arbeitsplätze braucht. Wir leben ja in einer Gesellschaft, die dies in den letzten 20, 30 Jahren nicht mehr durchgesetzt hat. Ja, es gibt Arbeit genug, wir müssen sie nur zu Arbeitsplätzen machen.

Werden die Gewerkschaften künftig wieder eine stärkere Rolle übernehmen – und ausdrücklich auch die Frauen in den Gewerkschaften?

In der Krise hat sich die Sozialpartnerschaft bei uns bewährt. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben an Ansehen gewonnen. Jetzt müssen wir den Menschen klar machen, dass sie Mitglieder von Gewerkschaften werden müssen, wenn sie etwas erreichen wollen. Und ob dann unsere männerorientierten Gewerkschaften wirklich etwas für Frauen tun, wird sich zeigen. Wir kämpfen ja seit 50 Jahren darum, mit unterschiedlichem Erfolg.

Sie waren einst die erste Frau im Vorstand der damals größten deutschen Gewerkschaft, der IG Metall. Sind Sie mit Herzklopfen in diese Männerwelt eingebrochen?

Ich bin mit großem Herzklopfen in diese Männerwelt eingezogen, aber ich war ja gewähltes Vorstandsmitglied, war sehr jung und die Männer fanden es auch ganz chic, mit einer jungen Frau sich zeigen zu können. Insofern hatte ich ganz guten Einfluss und wir haben eine Menge bewegt. Es war eigentlich eine erste Frauenbewegung. Ich erinnere mich an ein Plakat. Da haben wir eine Puppe zerklopft und dazu geschrieben „Die Zeit der Puppen ist vorbei“. Die Männer waren entsetzt. Man muss schon ein bisschen kämpferisch sein, und ich glaube, das fehlt den jun-

gen Frauen heute: Die Erkenntnis, wenn man was ändern will, muss man sich engagieren, und wenn man sich engagiert, kostet es Zeit. Und wir müssen Leute finden, die sich diese Zeit wieder nehmen.

Der demografische Faktor ist wichtig. Er wird dazu führen, dass auch Frauen Jobs bekommen, weil man irgendwann ihre Arbeitskraft wieder braucht. Meine Beobachtung ist, dass wir doch so viel familiären Zusammenhalt haben, dass ich den Generationenkonflikt eigentlich nicht sehe. Jeder hat eine Oma oder Eltern oder Enkelkinder, und eigentlich stützen die sich gegenseitig und freuen sich, wenn der Eine Geld hat und dann doch helfen kann. Also wenn man das Thema nicht populistisch missbraucht, glaube ich, die Generationen werden auch weiterhin sehr ordentlich miteinander umgehen.

Soll ich optimistisch sein oder nicht? Wir haben so sehr geringen um eine bessere Absicherung bezahlter Arbeit. Sie kennen den Kampf um die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze. Ich bin nach wie vor der Auffassung, man sollte so wenig wie möglich Ausnahmen zulassen, weil nur so die Frauen eine – wenn auch bescheidene – soziale Absicherung haben. Ich denke, dass die nicht bezahlte Arbeit im Haushalt zwischen den Partnern aufgeteilt werden muss. Da beobachten wir an unseren eigenen Kindern und Schwiegerkindern, wie das so läuft. Und ich finde eigentlich, dass die Männer schon ein gehöriges Maß an Haushaltsarbeit heute machen. Sie engagieren sich auch sehr viel mehr bei der Kindererziehung. Also insofern bin ich gedämpft optimistisch.

Ich bin unsicher. Warum? Wenn die sozialen Sicherungssysteme ins Blickfeld geraten, dann heißt es eigentlich überall, sie seien zu teuer. Dass sie teurer werden, besonders im Gesundheitswesen, liegt doch auf der Hand. Das heißt, man müsste der Bevölkerung ehrlich sagen, dass wir eher etwas mehr Beiträge für das Gesundheitssystem brauchen. Ich bin überzeugt davon, die Menschen wären bereit, dafür zu zahlen, denn jeder möchte ordentlich abgesichert sein. Kurzum, man muss die Einnahmeseite beachten, insbesondere im Gesundheitswesen, man muss die Arbeitsmarktsituation beobachten, insbesondere für die Rentenversicherung. Wenn man aber weiterhin spart und sozialversicherungsfreie Arbeitsplätze schafft, wenn auch keine Mindestlöhne eingeführt werden, wenn also das Arbeitseinkommen so gering ist, dass es nicht mehr ausreicht, dann sehe ich schwarz. Und deshalb sage ich immer wieder, der Sozialstaat ist finanzierbar bei wenig Arbeitslosigkeit, bei ordentlichen Beiträgen. Wir brauchen dafür Geld und das muss man der Bevölkerung sagen.

Ein großes Zukunftsthema wird die demografische Entwicklung sein und das Generationenverhältnis. Gauben Sie auch an den oft prognostizierten „Krieg der Generationen“?

Wie wird es zwischen den Geschlechtern aussehen bei der fairen Teilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit? Heute tragen ja die Frauen noch die Hauptlast?

Werden wir es schaffen, die sozialen Systeme auch in schwierigen Zeiten wetterfest zu halten?



Die Schere zwischen arm und reich öffnet sich immer weiter. Leidtragende sind ganz stark die Frauen: Führen ihre geringen Einkommen von heute zur Altersarmut von morgen?

Das ist eine der betrüblichen Entwicklungen. Das habe ich mir so nicht vorstellen können. Wir waren weiter. Wir haben den Frauen gesagt, sorgt für eine eigene ordentliche Altersabsicherung. Passt auf, dass eure Männer die Vorteile des Ehegattensplittings in eine eigene Altersversorgung für ihre Frauen stecken. Nun kommt die Arbeitsmarktsituation mit der schlecht bezahlten Teilzeitarbeit der Frauen. Aber immerhin haben wir die soziale Grundsicherung eingeführt, so dass jeder, der mit 65 mit seinem Geld nicht auskommt, diese in Anspruch nehmen kann. Dieses Instrument könnte man auch noch vernünftig ausbauen, damit die Frauen nicht ins Bodenlose rutschen. Ich gehe nicht davon aus, dass wir in naher Zukunft die Arbeitsmarktsituation für Frauen wesentlich verbessern können. Es wird erst mal dabei bleiben, dass ein zu hoher Prozentsatz auf die soziale Grundsicherung angewiesen sein wird.

Werden Migranten angesichts der demografischen Entwicklung endlich eine faire Chance im Land bekommen?

Nur dann, wenn die Bildungspolitiker endlich etwas tun. Das ist ja leider Ländersache. Es kann doch nicht wahr sein, dass wir immer noch um Chancengleichheit ringen, dass Kinder aus Migrantenfamilien immer noch nicht in die Kindergärten gehen, nicht in die Schulen kommen, in die sie eigentlich gehören. Hier muss angefangen werden und da darf man auch die Eltern nicht aus der Verantwortung entlassen. Ich wundere mich, dass ich seit 30 Jahren dasselbe predige und sich seither wenig getan hat.

2009 war das Jahr der großen Feierstunden, zum Beispiel 20 Jahre Mauerfall. Sie sind 1990 nach Sachsen gegangen, waren dort SPD-Spitzenkandidatin im ersten Landtagswahlkampf. Wie sind Ihre Erinnerungen? Und wo stehen wir heute?

Das war ein spannender Wahlkampf. Ich habe das gerne gemacht, weil ich glücklich war über die Wiedervereinigung und weil man den Menschen so viel erzählen konnte über Freiheit und sichere Arbeitsplätze. Das hat dann schon ein bisschen getrogen, wie wir alle miteinander wissen. Wir haben viele Erwartungen zu hoch geschraubt, blühende Landschaften, sagte Herr Kohl. Wir haben eine falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik betrieben, aber es gab damals keine Alternative, weil die Menschen zu uns rüberkamen in den Westen. Das darf man alles nicht vergessen, wie die Umstände damals waren. Aber es wurde auch viel

erreicht. Und jetzt muss es darum gehen, weiter dafür zu sorgen, dass Menschen mit Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen können. Und wer dafür zu alt ist, muss sozial abgesichert sein. Wir haben, worauf ich nach wie vor stolz bin, die Wohnungspolitik richtig gemacht, wir haben die alten Plattenbauten renoviert, wir haben die Städte in Ordnung gebracht. Es gibt so schöne Ecken in Ostdeutschland und auch solche, in denen es wirtschaftlich gut geht. Also den großen Wurf kriegen wir nicht mehr hin, aber beharrliches Arbeiten am Wohl für die Menschen wird sich auszahlen, so dass ich doch bedingt optimistisch bin.

Mich hat beeindruckt, was in Brasilien geschieht. Der dortige Präsident, den wir zärtlich „Lula“ nennen, hat einen Weg eingeschlagen, der erfolgreich war. Er hat die wirtschaftliche Entwicklung angekurbelt, hat Investoren ins Land geholt, hat zugleich den armen Menschen Arbeit gegeben. Jetzt ist er dabei, den Norden mit einer riesigen Bewässerungsanlage zu versorgen. Das heißt, er hat in die Infrastruktur investiert. Und da wir das immer begleitet haben als Friedrich-Ebert-Stiftung, auch nach Wahlniederlagen, ist es ein bisschen so, dass wir uns freuen, wenn ein Partner nun so gute Noten bekommt. Und darauf bin ich zum Beispiel sehr stolz. Wir sind auch stolz, dass wir in Russland unser Büro nun schon seit 20 Jahren haben und dort die Wende mitgestaltet haben. Überall da, wo wir unsere Arbeit für den Aufbau von politischen Strukturen, für Demokratie, Solidarität und Freiheit geleistet haben, sind wir doch ganz erfolgreich gewesen.

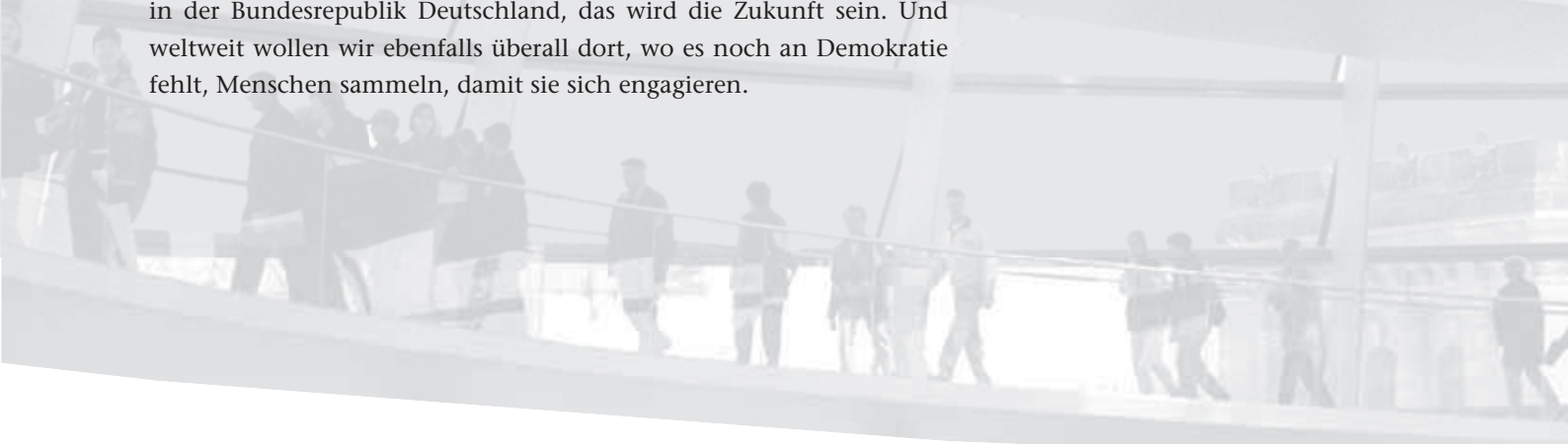
Also, wir haben ja Gender zu einem unserer Programmpunkte gemacht und wo immer ich bin, habe ich Veranstaltungen mit Frauen. Und es ist völlig richtig, die tüchtigen, unhierarchischen Frauen, die zupacken, sind im Grunde die Hoffnung für manche Länder. In Afrika machen wir uns zur Zeit Sorgen um Südafrika, weil die demokratischen Strukturen dort versanden und es doch sehr autoritäre Züge gibt. Obwohl es Länder mit stabilen Strukturen gibt, bleibt doch: Afrika ist ein schwieriger Kontinent und es gibt dort eine Menge zu tun.

Die Zukunftsrolle ist, vor allem nach der Bundestagswahl und der Niederlage für die SPD, den höchstmöglichen Beitrag zu leisten, dass Menschen sich wieder für die Demokratie interessieren. Wir werden richtig auf Sammel-Tour gehen, um Leute zu treffen, die sich engagieren wollen für die SPD oder für ihr Gemeinwesen und mitarbeiten wollen. Wir als Friedrich-Ebert-Stiftung sammeln Menschen ein, die ehrenamtlich arbeiten wollen und helfen Ihnen, sinnvolle Arbeit zu tun. Basisarbeit in der Bundesrepublik Deutschland, das wird die Zukunft sein. Und weltweit wollen wir ebenfalls überall dort, wo es noch an Demokratie fehlt, Menschen sammeln, damit sie sich engagieren.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist in vielen Ländern beteiligt am Aufbau demokratischer Strukturen. Was hat Sie besonders beeindruckt auf Ihren Reisen?

Beispielhaft ist auch die Arbeit auf dem afrikanischen Kontinent. Sie haben dort viele mutige, engagierte Frauen kennen gelernt?

Wir haben viel über Zukunft gesprochen. Welche Zukunft sehen Sie für die Friedrich-Ebert-Stiftung?



Geteilte Rechte, geteilte Pflichten

Es herrscht feministischer Pragmatismus im Land

Es gibt interessante Entwicklungen an der Geschlechterfront: Sogenannte „Alphamädchen“ diskutieren mit klassischen Feministinnen, also der Generation ihrer Mütter, und stellen fest, dass man sich trotz unterschiedlicher Ausgangsbasis viel zu sagen hat. Einigkeit herrscht darüber, dass die Kämpfe um gleiche Chancen in allen Lebensbereichen immer neu ausgefochten werden müssen. Die Frauenbewegung der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts hatte sich stark konzentriert auf den Kampf gegen den Paragraphen 218, für die Pille, für Wahlmöglichkeiten in allen Lebensbereichen. Heute scheint es auf einem anderen Feld ernst zu werden, nämlich beim Griff nach den attraktiven Positionen in allen Bereichen der Gesellschaft. Die hoch qualifizierten Frauen von heute kämpfen mit den Männern um die Karriere-Jobs – und nicht mehr nur um die Stellvertreter-Posten. Wahrscheinlich wird dieser Kampf in Zukunft härter geführt werden, denn gute Jobs sind eine knappe Ressource geworden und jeder qualifizierte Arbeitsplatz für eine Frau ist einer weniger für einen Mann.

In der Theorie sind sich Männer und Frauen weitgehend einig: Beide wollen beides: eine befriedigende Erwerbsarbeit und ein Familienleben mit geteilten Rechten und Pflichten. Die Probleme fangen dann an, wenn der Praxistest kommt. Und da kann von fairer Aufgabenteilung, unabhängig vom Geschlecht, nach wie vor keine Rede sein. Es sind die Frauen, die das Handtuch werfen, die immer noch der Kinder wegen auf kräftezehrende, zeitraubende Karriereschritte verzichten. Doch auch hier sind Veränderungen zu spüren, die auch mit der Wiedervereinigung vor zwanzig Jahren zu tun haben.

Ostfrauen und Westfrauen lernen voneinander, und es scheinen vor allem die Westfrauen zu sein, die vom feministischen Pragmatismus ihrer Ost-

schwwestern profitieren. Denn die haben aus vielerlei Gründen in den Männern nie die potenziellen Versorger gesehen, sondern Partner, die für das ökonomische Überleben einer Familie sehr viel weniger wichtig waren als im Westen.

Vieles ist im Fluss. Karrierefrauen, oft verzweifelnd an einer Arbeitswelt, in der nach männlichen Regeln gespielt wird, hören jenen Frauen zu, die nach neuen Wegen für ein gutes Leben suchen. Seit neuestem werden auch in großen Konzernen aus Frauen und Männern gemischte Führungsteams gepriesen. Denn laut einer McKinsey-Studie sind die am erfolgreichsten. In deutschen Firmen besteht da allerdings noch Lernbedarf.

Gerade die jüngeren Frauen arbeiten daran, ihre Partner mit ins Boot zu holen. Die alten, für die Männer einst so bequemen Muster funktionieren nicht mehr. Frauen wollen nicht mehr – wie die Generation ihrer Mütter – die Karriere und dazu den ganzen Haushalt und die Alleinverantwortung für die Kinder. Sie wollen mit den Männern das ganze Leben teilen, nicht mehr Alleinerziehende mit Trauschein sein, aber auch nicht „Zuverdiene-



rin“, während er an seiner Karriere strickt. Nicht Rollentausch ist das Ziel, sondern faire Verteilung von Pflichten und Rechten.

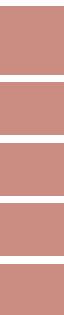
Und die Männer? Sie scheinen zu erkennen, dass gelebte Gleichberechtigung sie entlasten kann. In Zeiten, in denen kaum ein Job noch sicher zu sein scheint, in denen auch Hochqualifizierte Entlassungen fürchten müssen und sich mit zeitlich befristeten Verträgen abfinden müssen, kann die alleinige „Ernährerrolle“ zur drückenden Last werden. Diese jüngere Männergeneration wurde von Müttern erzogen, die in der Frauenbewegung der 70er Jahre erwachsen geworden sind und ihren Söhnen andere Werte vermittelt (und andere Beispiele vorgelebt) haben als frühere Generationen. Das Ergebnis: Junge Männer möchten von der Familie mehr sehen als schlafende Kinder.

Wenn aber beide Partner das „volle Leben“ haben möchten mit Beruf und Familie und weder die Hausfrauen- noch die Hausmännerrolle als erstrebenswert ansehen, dann ergibt sich daraus zwingend: Die Arbeitswelt wird sich ändern müssen, wird nicht nur den Frauen, sondern auch den

Männern Angebote machen müssen mit anderen Arbeitsformen und Arbeitszeiten. Das wäre gelebte Genderpolitik. Die Hansestadt Bremen geht da mit gutem Beispiel voran, siehe Seite 49. Doch auch die private Wirtschaft wird sich schon im eigenen Interesse auf die veränderten Bedürfnisse einstellen müssen. Tut sie das nicht, dann wird in unserem überalterten Land irgendwann der letzte das Licht ausmachen, denn junge Paare werden in unsicheren Zeiten wie diesen eher auf Kinder verzichten als auf einen Arbeitsplatz, der sie ernähren kann.

In der Theorie ist das auch dem Vorstandsvorsitzenden klar, der dennoch lieber junge Männer als junge Frauen fördern lässt. Immer noch ist es in der Privatwirtschaft weitgehend so, dass man den männlichen Nachwuchs gerne in der Vaterrolle sieht, denn Familie fördert das Verantwortungsgefühl. Beim weiblichen bestens ausgebildeten Nachwuchs ist die Mutterrolle allerdings wie eh und je eine Karrierebremse. Doch auch das wird sich ändern, weil bald Fachkräftemangel herrschen wird. Vor allem aber, weil auch die Patriarchen von heute immer seltener „die Frau an ihrer Seite“ haben, die geräuschlos, ohne auf eigene Bedürfnisse zu pochen, ihr Leben organisiert. Und nicht zu unterschätzen ist: auch diese Männer werden von ihren Töchtern erzogen, die den Doktor nicht geheiratet sondern selbst gemacht haben.

Wo stehen wir also heute, 90 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts, 60 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik, 20 Jahre nach der Wiedervereinigung? Die Historikerin Helga Grebing, Jahrgang 1930, hat zahlreiche Bücher über die deutsche Arbeiterbewegung und die historische Rolle der Frauen in Politik und Wirtschaft geschrieben. Sie sagt trocken: „Das Patriarchat schwächelt, aber es lebt noch.“ Siehe Seite 23.





Ein älterer Mann betrachtet die Werbeplakate für Gleichberechtigung von Mann und Frau an einer Litfaßsäule am 16. Februar 1989. Gutgelaunte Männer in bunten Hosen werben für die Gleichberechtigung von Mann und Frau. dpa Picture Alliance

Wo stehen wir? Das ist die ewige Frage danach, ob die Flasche halbvoll oder halbleer ist. **Verglichen mit den Anfängen nach dem Krieg können die Frauen zufrieden sein. Damals konnte der Mann ihren Arbeitsplatz jederzeit kündigen.** Er verfügte über ihr Bankkonto. Er entschied im Streitfall (Stichentscheid des Ehemanns) über die Namen der Kinder, die Schulen, die sie besuchten, den Wohnort. Wie unmündige Kinder konnten Frauen ohne Unterschrift des Ehemanns nicht einmal einen Ratenvertrag abschließen. Noch bis Mitte der 70er Jahre galt: Sie durfte zwar arbeiten gehen, aber nur, wenn sie ihre Haushaltspflichten nicht vernachlässigte. Dies alles war geltendes Recht, obwohl schon seit 1949 im Grundgesetz stand: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“

60 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik sieht die Bilanz auf dem Papier positiv aus. **Gesetzlich sind Frauen und Männer absolut gleichgestellt.** In der Praxis allerdings hakt es. Von Geschlechtergerechtigkeit im Alltag kann keine Rede sein. Frauen, auch die voll erwerbstätigen, leisten nach wie vor den Löwenanteil der unbezahlten Arbeit im Haushalt, bei der Kindererziehung, bei der Pflege von Angehörigen. Aus dieser gesellschaftlich unver-

zichtbaren Arbeit halten sich die Männer weitgehend raus. Sie argumentieren, eine verkürzte Arbeitszeit aus familiären Gründen sei in ihrem Betrieb nicht möglich. Da sie mehr verdienen als ihre Partnerinnen, sei das auch ökonomischer Unsinn. Die Folge ist: Frauen übernehmen Teilzeitarbeit oder verzichten der Familie wegen auf Karriere fördernde Abendtermine, Dienstreisen und Wochenendarbeit.

Es ist nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine Machtfrage, die in zahllosen jungen Familien diskutiert wird – und die von den Frauen meist verloren wird. Denn fordert sie eine gerechtere Aufgabenverteilung, also mehr Zeitautonomie für sich, geht das nur, wenn er etwas abgibt von seiner Autonomie. Das ist ein zäher, längst nicht entschiedener Kampf. Die Zugeständnisse sind bisher äußerst bescheiden: **Junge Väter lassen sich feiern und bewundern, wenn sie nach der Geburt eines Kindes Elternzeit beantragen. Knapp 20% tun dies inzwischen,** aber meist nur für die gesetzliche Mindestzeit von zwei Monaten! Für den Rest der Zeit, also mindestens bis nach der Pubertät der Kinder, ist Mutter überwiegend allein verantwortlich.

Eine Reihe von Studien aus mehreren Ländern sagt, dass Frauen unglücklicher sind, je erfolgreicher sie sind. Man muss hinter solchen Ergebnissen gar keine Manipulation zur Abschreckung der Frauen vermuten. Karrierefrauen mit Kindern sind vermutlich häufiger unglücklich wegen der Doppel- und Dreifachbelastung, wegen des ewigen schlechten Gewissens, das sie zermürbt. Oder sie sind unglücklich, weil sie der Karriere wegen auf Familie verzichtet haben. Von jenen Karrierefrauen mit Familie, die ausgeglichen und zufrieden wirken, hört man oft: Sie haben einen Ehemann, der sich über Jahre vor allem um die Familie gekümmert hat. Ein immer noch seltenes Modell!

Die Frauen, die sich in den siebziger Jahren aufmachten und – wie einer der Slogans damals lautete – „die Hälfte des Himmels, die Hälfte der Macht“ einforderten, sie können heute nicht zufrieden sein mit dem Erreichten. Gewiss, ihre Töchter sind die am besten ausgebildete Frauengeneration, die es je gab. Sie machen häufiger Abitur als die Söhne, sie studieren häufiger – und haben die besseren Abschlüsse. Sie kaprizieren sich längst nicht mehr auf Germanistik und Romanistik: **Die Zahl der Ingenieurinnen ist in den letzten 30 Jahren immerhin von 7 auf 20% gestiegen, die Zahl der Medizinstudentinnen hat sich in diesem Zeitraum mit heute 61% mehr als verdoppelt.** Sie machen alles richtig, studieren Jura und Betriebswirtschaft – und stoßen dann doch an die berüchtigte „gläserne Decke“. Entweder weil sie Kinder haben oder weil sie Kinder bekommen könnten oder weil sie auf einem Leben neben der Arbeit bestehen, Rundum-Verfügbarkeit während sieben Tagen in der Woche für sich ablehnen. Und so sitzen viele dieser exzellent ausgebildeten jungen Frauen wie einst ihre Mütter auf dem Spielplatz und grübeln darüber nach, warum nur sie und nicht ihre Männer unter den bizarren Öffnungszeiten von Kitas und Kindergärten zu leiden haben, warum sie und nicht dafür ausgebildete Lehrer die Nachmittage mit den Hausaufgaben ihrer Kinder verbringen. Ihre Mütter hatten einst gehofft, diesen Kampf zugunsten der Generation ihrer Töchter entscheiden zu können.

Die Systemfrage, nämlich die Frage der gerechten Verteilung von beruflicher und gesellschaftlich wichtiger unbezahlter Arbeit, ist also so unentschieden wie in den 70er Jahren. Der Staat trägt das seine dazu bei.

Stichwort Ehegattensplitting: Immer noch können Ehemänner ihren Frauen vorrechnen, dass sich ihre – schlecht bezahlte – Teilzeitarbeit gar nicht lohnt angesichts des Verlusts von Steuervorteilen.

Stichwort geplantes Betreuungsgeld: Wenn Frauen dafür bezahlt werden, dass sie ihre Kinder nicht in den Kindergarten schicken, dann fällt die Entscheidung für eine strapaziöse Doppelbelastung mit Familie und Beruf natürlich schwerer.

Stichwort gesetzliche Mindestlöhne: So lange es die nicht gibt, arbeitet eine wachsende Zahl von Frauen tatsächlich für einen Lohn, der an Sklavenarbeit grenzt. (Siehe Interview mit Andrea Koczis, ver.di, Seite 40.) Wenn ihre private Situation es erlaubt, werden sie wohl darauf verzichten, für weniger als 5 Euro in der Stunde fremde Betten zu machen oder Haare zu schneiden.

Frauen demonstrieren für Gleichberechtigung am 1. Mai 1973 in Nürnberg mit einem Plakat für die „Chancengleichheit für Frauen und Mädchen im Betrieb und Uni“. dpa Picture Alliance



Für die Frauen aus Ostdeutschland ist vieles, was ihre Schwestern im Westen seit Jahrzehnten bewegt, fremd gewesen – und bis heute fremd geblieben. Die Frauenministerin der ersten Regierung Schröder, Christine Bergmann, sagt, Begriffe wie „Versorgerehe“, „männlicher Ernährer“, „Ehegattensplitting“ hätten sie zum Staunen gebracht. (Siehe Interview Seite 15). Zu arbeiten wie ein Mann und zu verdienen wie ein Mann war für die DDR-Frauen selbstverständlich. Dass Frauenlöhne in Deutschland gut ein Fünftel niedriger sind als Männerlöhne ist nicht nur für Christine Bergmann ein ständiges Ärgernis. Es gab in der DDR keine Frauenbewegung wie in der BRD nach 1968, keine harten Diskussionen mit den Männern über Rollenmodelle, die einseitig zu Lasten der Frauen gingen. Das lag vielleicht daran, dass Benachteiligungen nicht so offensichtlich waren. Dank der flächendeckenden Kinderbetreuung war weder ein

Zu arbeiten wie ein Mann und zu verdienen wie ein Mann war für die DDR-Frauen selbstverständlich: Zwei Kassiererinnen an der Schnellkasse der HO-Kaufhalle 1968. dpa Picture Alliance



Studium mit Kindern noch volle Berufstätigkeit mit Familie ein Problem. Eines allerdings vereinte die Schwestern in Ost und West dann wieder: Hausarbeit und Kindererziehung waren und sind auch bei voller Erwerbstätigkeit in Rostock und Halle ebenso Frauensache wie in Hamburg oder Stuttgart. Die Frauen emanzipierten sich, die Männer nicht.

Interessante Unterschiede zwischen Ost- und Westfrauen zeigt die Studie „Frauen auf dem Sprung“ von Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung in Berlin. Sie hat junge Frauen aus Ost- und Westdeutschland befragt. Über ein Drittel der Ostfrauen sieht kein Problem darin, mehr zu verdienen als ihr Partner. Bei den Westfrauen sind es nur 20%. Das größere Selbstbewusstsein hat verschiedene Gründe. Einmal hatte die DDR bis zum Mauerfall mit 90% eine der höchsten Frauenerwerbsquoten der Welt. Im Westen waren es damals gerade 55%. Zum anderen mussten die Frauen ökonomisch unabhängig sein, denn es gab nach einer Scheidung keinen Unterhalt. Die Ostfrauen hatten und haben kein Problem damit, ihre Kinder alleine aufzuziehen. 60% aller Kinder kommen in den neuen Bundesländern nichtehelich zur Welt, im Westen sind es nur 26%. Diese Unabhängigkeit vom männlichen Versorger hat Folgen, die inzwischen zu neuen gesellschaftlichen Problemen führen. Die besser ausgebildeten jungen Frauen sind flexibler und mobiler als ihre möglichen Partner. Sie ziehen von Frankfurt/Oder nach Frankfurt am Main, von Magdeburg nach Hamburg, wenn es dort die besseren Jobs gibt. Junge Männer in der alten Heimat, die schlechter ausgebildet sind als sie, sind für diese Frauen keine adäquaten Partner. Die Folge: Es gibt einen kräftigen Überschuss an jungen Männern, die keine Freundinnen finden, mit den bekannten Folgen: Sie sind anfällig für rechte Männerbünde, suchen Anerkennung bei der NPD und anderen Rechtsextremisten, sehen sich als Verlierer der Wende und flüchten sich in die Suche nach Sündenböcken.

Was West und Ost von Zeit zu Zeit wieder eint, scheint die Furcht vor Frauen zu sein, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen. Schon sind die ersten



Foto TAC

Artikel erschienen, in denen die Bevorzugung von Frauen – bei gleichzeitiger Unterdrückung der Männer – beklagt wird. Zahlen sprechen allerdings eine andere Sprache:

In den 600 führenden deutschen Unternehmen waren 2008 unter 1721 Vorstandsmitgliedern 42 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 2,4%, so eine Studie des Karlsruher Instituts für Technologie. In der Autoindustrie und in den Bereichen Rohstoffe und Versorger findet sich keine einzige Frau im Vorstand. Von 3758 Aufsichtsräten waren im gleichen Jahr nur 307 Frauen, davon wiederum 63% Arbeitnehmervertreterinnen.

Neidvoll geht der Blick wieder einmal nach Skandinavien. In Norwegen gibt es eine gesetzliche Quote für Aufsichtsräte: 40% der Posten müssen mit Frauen besetzt werden. Entzieht sich ein Unternehmen, drohen zum Teil erhebliche Sanktionen (siehe Seite 26: „Feminismus im 21. Jahrhundert“). In den Niederlanden wird ein Gesetzentwurf diskutiert, nach dem Vorstands- und Aufsichtsratsposten zu mindestens 30% von Frauen besetzt sein müssen. In Deutschland wird eine solche gesetzliche Quotierung abgelehnt. Im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Regierung ist nur schwammig von einem Stufenplan die Rede, der mehr Frauen in Führungspositionen heben soll. Nach den Erfahrungen von Annette Fugmann-Heesing, Leiterin des FES-Managerkreises Berlin-Brandenburg, ist Genderpolitik in der freien Wirt-

schaft weitgehend ein Fremdwort (siehe Seite 32). Die Folgen lassen sich regelmäßig auf Fotos in den Medien studieren. Trifft sich die Elite aus Wirtschaft und Wissenschaft, dann sieht man ein Meer von grauen Anzügen, in denen überwiegend grau- und weißhaarige Männer stecken.

Zur ganzen Wahrheit gehört aber auch, dass Frauen zögern, wenn es um Spitzenpositionen geht. In der Studie von Jutta Allmendinger für die Frauenzeitschrift „Brigitte“ ist das nachzulesen: Auch bestens ausgebildete Frauen trauen sich weniger zu als Männer. Sie wollen zwar fast zu gleichen Teilen Führungsaufgaben übernehmen wie die Männer, doch sie haben – anders als die Männer – Versagensängste. Knapp zwei Drittel der Frauen machen sich Sorgen, ob sie den angepeilten Job auch wirklich ausfüllen können. Es mag sein, dass Männer auch deshalb schneller befördert werden. Sie stellen sich nicht infrage, sondern greifen zu, wenn sich ihnen eine Chance bietet.

Und wie sieht es aus mit Gender- und Frauenpolitik, wenn wir über den deutschen Tellerrand hinausschauen? Vor allem in den Ländern, die wir Entwicklungs- und Schwellenländer nennen? Ein einheitliches Bild gibt es nicht. Auffallend ist bei internationalen Konferenzen allerdings die große Zahl von couragierten Expertinnen aus Afrika, Asien, Lateinamerika. Während in unseren Köpfen noch die Bilder vorherrschen von armen, unterdrückten Frauen, die ein Kind nach dem anderen



Michelle Bachelet war die erste Präsidentin Chiles. dpa Picture Alliance

bekommen, hat sich längst eine weibliche Elite gebildet, die gegen den Klimawandel kämpft und gegen die ungleiche Verteilung von Ressourcen. Und eindrucksvoll sind nicht nur die Computerexpertinnen aus Indien oder die Ingenieurinnen aus China, sondern auch die Frauen „ganz unten“. Die Peruanerin oder Filipina, die als illegale Putzfrau im reichen Europa arbeitet, um mit dem verdienten Geld den Kindern zu Hause den Schulbesuch zu ermöglichen, ist ganz gewiss eine der Heldinnen der Globalisierung. Ebenso wie die Gewerkschafterinnen, die unter großen persönlichen Risiken immer wieder aufmerksam machen auf die Ausbeutung der Frauen in Bangladesh und anderswo durch nationale und internationale Konzerne. Und ganz gewiss sind auch die Afrikanerinnen Vorbilder, die Geschlechtergerechtigkeit in Politik und Medien einfordern, die dafür kämpfen, dass ihre Töchter in ein besseres Leben hineinwachsen als sie selbst es führen müssen. Manchmal drängt sich der Eindruck auf, dass Genderpolitik in den Ländern der Dritten Welt ernsthafter diskutiert und eingefordert wird als in den klassischen Industrieländern.

Es hat sich viel getan selbst in islamischen Ländern wie Marokko. Dort gibt es seit einigen Jahren ein modernes Familienrecht, die Friedrich-Ebert-Stiftung war an dem bahnbrechenden Gesetz beratend intensiv beteiligt (siehe Seite 28).

An der Entwicklung von Gender-Strategien wirkt die FES weltweit mit. Das reicht von der Entwicklung regionaler Gender-Strategien in Asien bis zu den argentinischen Streitkräften.

Eine der Erkenntnisse aus der langjährigen Arbeit ist: **Nichts macht Frauen so viel Mut zu Veränderungen wie weibliche Vorbilder in politischen Spitzenpositionen.** Und nichts veranlasst Männer mehr, sich auf diese Veränderungen einzulassen, wie das Erleben machtvoller Frauen, die ihren Job gut machen. Zum Beispiel die chilenische Präsidentin Michelle Bachelet, die ihr Kabinett – wie im Wahlkampf versprochen – paritätisch mit Männern und Frauen besetzt hat. Sie sagte in einem Interview:

„Mir ist klar, dass ich einen großen kulturellen Wandel symbolisiere, der nicht mehr rückgängig zu machen ist. Ich weiß nicht, ob es in Zukunft wieder eine Präsidentin geben wird oder nicht. Hoffentlich ja. Aber über eines bin ich mir sicher: **Früher sagten mir die Mädchen, dass sie Ärztin werden wollten, heute sagen sie, sie möchten Präsidentin werden.** Das wird dem Land gut tun.“

Zu wenig Interesse an Geschlechter- gerechtigkeit

Gespräch mit Christine Bergmann, Mitglied des Vorstands der FES



Die Dresdnerin Christine Bergmann, Mitglied des Vorstands der Friedrich-Ebert-Stiftung, ist promovierte Pharmazeutin, aber seit der Wiedervereinigung Politikerin mit einer rasanten Karriere. 1990 wurde sie stellvertretende SPD-Landesvorsitzende der Berliner SPD, war bis 1998 Bürgermeisterin von Berlin und danach bis 2002 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im ersten Kabinett Schröder. Bis heute ist sie eine engagierte Frauenpolitikerin und Kämpferin für Arbeitnehmerrechte.

20 Jahre nach der deutschen
Einheit: Gibt es so etwas wie
Frauensolidarität zwischen
Ost und West? Oder
überwiegen immer noch
die Fremdheitsgefühle?

Wir haben uns ganz gut kennengelernt in den 20 Jahren seit der friedlichen Revolution. Wir wissen mehr voneinander, von unseren unterschiedlichen Sozialisationen und wir haben mittlerweile gemeinsame Erfahrungen gemacht. Wir sind uns näher gekommen, das stelle ich bei vielen Diskussionen fest. Die West-Frauen verzweifeln nicht mehr am Ost-Pragmatismus und die Ost-Frauen haben die Erfahrungen ihrer Schwestern aus langen Jahren Frauenbewegung schätzen gelernt.

Wie sieht Ihre persönliche
Bilanz aus?

„Jetzt oder nie – Freiheit und Demokratie!“ So lautete unsere Forderung auf den Transparenten im Herbst '89. Und das heißt vor allem: sich beteiligen zu können, sich einzumischen, nicht mehr von vorn bis hinten bevormundet zu werden. Nach 40 Jahren Diktatur war das endlich möglich, ein ungeheures Gefühl! Das ist mir geblieben, bei allen Mühen der Ebene. Wir sind nicht über Nacht im Paradies gelandet, schon gar nicht im Gleichstellungsparadies, aber wir können uns einsetzen für unsere politischen Ziele und wir müssen es auch. Natürlich bleibt die eigene Sozialisation und da sind mir Dresden und Berlin eben näher als Hamburg und München. Das ist auch nicht weiter



tragisch, so lange ich mich nicht als „Dazugekommene“ fühle und weniger als „Dazugehörige“. Gerade bei frauenpolitischen Runden muss ich gelegentlich intervenieren, wenn Erfahrungen verallgemeinert werden, die mit meiner Biografie nichts zu tun haben.

Unterscheiden sich Ost- und West-Frauen nach wie vor voneinander?

In meiner, also der älteren Generation, sehe ich das schon noch, weniger bei den Jüngeren. Für Ost-Frauen ist die Erwerbsarbeit, und zwar eine, die volle ökonomische Unabhängigkeit schafft, enorm wichtig. Sie fühlen sich nicht als Rabenmütter, wenn sie ihre Kinder nicht rund um die Uhr selbst betreuen. Es ist die Normalität, in der sie ihre Kinder groß gezogen haben oder selbst erwachsen geworden sind. Bei den West-Frauen ist volle Erwerbstätigkeit nach wie vor nicht der Normalfall. Das liegt vor allem am Fehlen entsprechender Rahmenbedingungen, aber auch – regional unterschiedlich – an mangelnder gesellschaftlicher Akzeptanz. In der jüngeren Generation gibt es bei den Erwerbswünschen eine große Annäherung. Die Realisierung hängt von den jeweiligen Rahmenbedingungen und der Situation auf dem Arbeitsmarkt ab. Andererseits haben die frauenpolitischen Kämpfe und Debatten bei West-Frauen ein schärferes Bewusstsein für offene und versteckte Diskriminierung geschaffen, das Ost-Frauen erst erwerben mussten.

Sind die Erwartungen an ein gelungenes Leben im Osten anders als im Westen?

Menschen in Ostdeutschland tun sich schwerer mit dem Auseinanderdriften der Gesellschaft, da die DDR eine sehr konformistische Gesellschaft war. Jeder hatte so ziemlich das Gleiche. Es gab nur wenige, die gleicher waren und mit denen wollte man sowieso nichts zu tun haben. Aber im Großen und Ganzen sind die Erwartungen wohl vergleichbar. Der Wunsch nach Anerkennung, vor allem über Erwerbsarbeit, nach gesellschaftlicher Teilhabe, ist gleich. In Ost und West wollen die Frauen sich nicht entscheiden müssen zwischen Beruf und Familie, sie wollen beides gut unter einen Hut bringen. Sie erwarten dabei zunehmend mehr Mitverantwortung ihrer Partner.

Ich meine damit, dass die Ostfrauen mit einem moderneren Frauenbild aufgewachsen sind. Das ist die selbstverständliche Akzeptanz der Vollzeit-Erwerbsarbeit. Die wurde und wird in der gesamten ostdeutschen Gesellschaft nicht infrage gestellt. Im Grunde entspricht das ostdeutsche Frauenbild dem westeuropäischen oder nordeuropäischen. Es ist schon deutlich festzustellen, dass der Modernisierungsrückstand oder Nachholbedarf in den alten Bundesländern liegt. Die Unterschiede sehe ich im männlichen Rollenmuster nicht. Hier muss gemeinsam aufgeholt werden.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist vor allem eine Frage der Kinderbetreuungsangebote. Die sind, von der Krippe bis zum Hort, in den neuen Bundesländern nach wie vor in der Regel bedarfsgerecht, vor allem auch als Ganztagsplätze vorhanden. Hier haben die Frauen (und auch die Männer) aufgepasst, wenn Gefahr drohte, denn allen war klar, es geht wirklich ans Eingemachte. Was es wohl kaum noch gibt, sind Sonderregelungen für Mütter. Zum Beispiel erhielten meine Kommilitoninnen, die während des Studiums Kinder bekamen, zusätzliche Prüfungstermine oder Laborzeiten, damit sie keine Studienzeit verloren, und KITAS gab es an der Universität auch. Ich selber habe die Betreuung meiner Kinder, die 1964 und 1967 geboren wurden, als Krippenplätze noch nicht ausreichend vorhanden waren, ein paar Jahre von Etappe zu Etappe mit Tagesmutter, Kita und Honorararbeit geregelt, um dann relativ schnell wieder voll einzusteigen. Meine Tochter, alleinerziehend, und meine Schwiegertochter haben eine Generation später keine Probleme gehabt, in Berlin Betreuungsplätze für ihre Kinder zu finden.

Es gibt einige Begriffe, die ich erst nach der Wende kennen gelernt habe, schätzen allerdings nicht. Dazu gehören „Zuverdienerin“, „Versorgerin“, „Ernährer“, „Ehegattensplitting“. Ich habe mich wie die meisten Ost-Frauen immer selbst ernährt und konnte das auch für meine Kinder schaffen. Allerdings darf auch nicht verschwiegen werden, dass Familien schon zwei Gehälter brauchten, um neben dem Lebensunterhalt auch noch den Trabi finanzieren zu können. Aber Frauen haben ihre ökonomische Unabhängigkeit als kostbares Gut schätzen gelernt. Um so bitterer ist es, wenn diese mit dem Verlust des Arbeitsplatzes verloren geht.

Die Entwicklung geht in die andere Richtung. Ich sehe eine Annäherung an östliche Lebensmodelle. Immer mehr Westmütter wünschen sich eine Erwerbsarbeit oder eine Verlängerung der Arbeitszeiten. Nur ist das eben bei gerade mal drei Prozent Krippenplätzen und überwiegend Halbtags-Kita-Plätzen schwer zu realisieren.

Das ist nicht nur eine Kränkung, sondern schlicht und einfach ein Skandal. Nach wie vor sind die Berufe, zum Beispiel im sozialen Bereich, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, im Vergleich zu

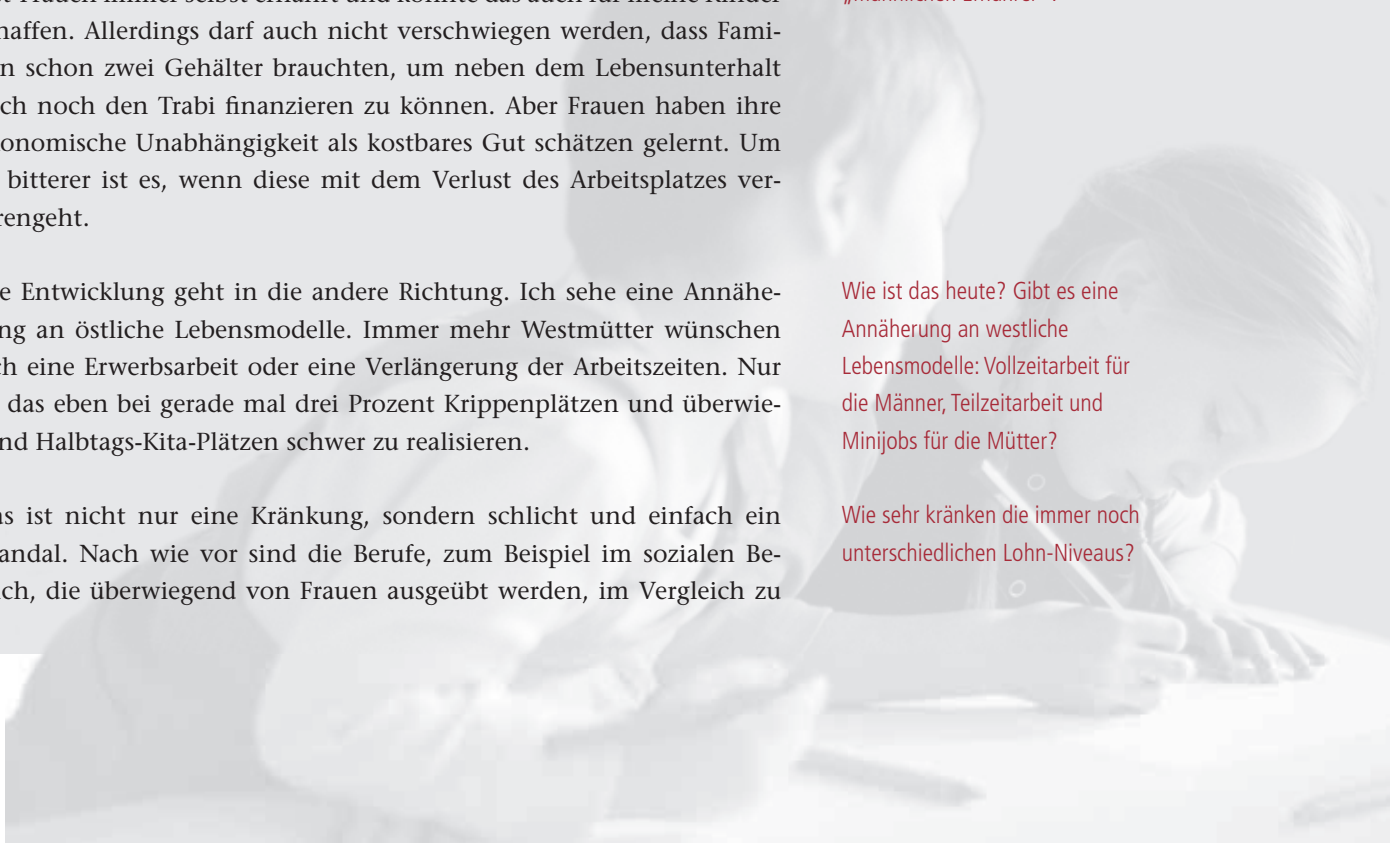
Das Frauenbild in Ostdeutschland sei anders, haben Sie einmal gesagt. Was meinen Sie damit?

Ist die Vereinbarkeit von Beruf/Studium und Familie schwieriger als vor der Wende? Und wie war das bei Ihnen?

Waren Ost-Frauen mit Kindern tatsächlich auch innerhalb der Ehe unabhängiger vom „männlichen Ernährer“?

Wie ist das heute? Gibt es eine Annäherung an westliche Lebensmodelle: Vollzeitarbeit für die Männer, Teilzeitarbeit und Minijobs für die Mütter?

Wie sehr kränken die immer noch unterschiedlichen Lohn-Niveaus?



Gerade junge, gut ausgebildete Frauen verlassen die östlichen Bundesländer und ziehen in den Westen, häufig für immer. Zurück bleiben junge Männer, die oft keine Frauen finden. Was bedeutet das gesellschaftspolitisch?

Erklärt das teilweise den Rückzug junger Männer in rechte Männerbünde?

Auch bei jungen Frauen scheint die Anfälligkeit für rechte Parolen zu wachsen. Haben Sie eine Erklärung dafür?

Sind die heute noch zu registrierenden Ost-West-Unterschiede eine Generationenfrage? Interessiert das die 20jährige aus Halle oder Schwerin überhaupt noch?

den traditionellen Männerberufen schlechter bewertet. Seit Jahr und Tag ist die Forderung nach einer Aufwertung dieser Berufe auf dem Tisch. Aber es tut sich nichts. Und im Niedriglohnbereich finden wir überproportional viele Frauen.

Die jungen Frauen gehen, weil sie andernorts bessere Perspektiven für sich sehen oder auch – das ist sehr interessant – weil sie vor Ort keine adäquaten Partner finden. Für die Demografie ist das natürlich eine Katastrophe, aber auch für die soziale Balance in der Gesellschaft.

Sie meinen, es fehlt der „veredelnde“ Einfluss der Frauen. Ich kann nicht sagen, inwieweit die Abwanderung der jungen Frauen zu dieser verheerenden Entwicklung beiträgt. Wir haben die Zunahme von Rechtsextremismus in den Regionen mit starker Abwanderung, das betrifft aber nicht nur Jugendliche. Gleichzeitig sind diese Regionen stark von Arbeitslosigkeit und mangelnden Perspektiven für die Jugendlichen betroffen. Das Gefühl, zu den Verlierern zu gehören, ist ein Nährboden für rechtsextremes Gedankengut. Auf der anderen Seite gibt es Studien, die nachweisen, dass gerade gut qualifizierte junge Frauen auf Nimmerwiedersehen die Region verlassen, weil sie keinen Partner finden, der ihren Ansprüchen an mindestens gleiches Bildungsniveau entspricht. Also nach meiner Meinung ein *circulus vitiosus*.

Nein, jedenfalls keine, die durch Studien untermauert wäre. Es ist schwer zu erklären, zumal der Umgang mit Frauen in der rechtsextremen Szene Berichten zufolge ziemlich rüde und frauendiskriminierend ist.

Zusammenwachsen braucht einfach Zeit. Es gibt ein altes russisches Sprichwort, das sagt, man muss erst ein Pfund Salz zusammen gegessen haben, bis man sich kennt. Bei den 20Jährigen wirkt vielleicht noch eine Prägung durch die Eltern, aber sie sind in der Regel am Ufer angekommen. Mehr Sorgen macht mir, dass sich die jungen Frauen sowohl in Halle und Schwerin als auch in Köln und München herzlich wenig für Themen der Geschlechtergerechtigkeit interessieren. Für sie ist die Welt zunächst noch in Ordnung. Es gibt noch eine Menge zu tun.

Jugendliche sitzen auf einer Betonmauer in einem leerstehenden ehemaligen Versorgungszentrum im Chemnitzer Heckertgebiet 22.06.2010. Die ehemals drittgrößte Plattenbausiedlung der DDR hat knapp 90 000 Einwohner. dpa Picture Alliance



Willkommen auf dem neuen Markt für Bildung und Erziehung!

Was heißt das für die Familien?

Ein Zwischenruf auf dem Evangelischen
Kirchentag 2009 in Bremen von
Dr. Barbara Stiegler, Leiterin des
Arbeitsbereichs Frauen- und Geschlechter-
forschung der Friedrich-Ebert-Stiftung:

Drei Thesen zu diesem schönen neuen Markt der
Bildung:

**1. Dieser neue Markt ist blind gegenüber seinen
eigenen Voraussetzungen.**

Was kostet eine Eins in Mathe? Nicht nur das Gehalt der Lehrenden, den Unterhalt der Schulgebäude sondern auch die Kosten, die entstehen, damit ein Schüler, eine Schülerin lernfähig ist, gesund, pünktlich und ausgeschlafen am Unterricht teilnehmen kann. Das sind Kosten für die Unterstützung beim Lernen, die der Unterricht nicht bietet, also für Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe, Medienbegleitung und vor allem die emotionale Unterstützung und die Motivierungsarbeit. Genau so wie in der herrschenden Ökonomie die gesamte private Sorgearbeit für Kinder, kranke und alte Menschen einfach nicht mitgerechnet wird, ist das Bildungssystem mit seiner neuen Steuerung ebenso auf diesem Auge blind: die Arbeit, die Energie und die Belastungen, die es zum eigenen Funktionieren voraussetzt, werden nicht gesehen. Öffnen wir dieses blinde Auge, so zeigt sich:



**2. Es werden vor allem Frauen und Mütter sein,
die die Folgen tragen.**

Familie ist keine Naturgröße und schon gar nicht eine natürliche Ressource, die mit allem belastet werden kann, was außerhalb des Privaten an gesellschaftlicher Organisation fehlerhaft ist. Familien sind Gemeinschaften von Männern und Frauen, Männern und Männern, Frauen und Frauen, die gemeinsam oder alleine mit Kindern leben. Um das Leben in dieser Gemeinschaft „gut“ zu gestalten, bedarf es täglicher Anstrengungen. Eines haben die meisten Familien gemeinsam: diese täglichen Anstrengungen werden vor allem von den Frauen erbracht. In Bezug auf das Bildungssystem sind sie die Hilfslehrerinnen der Nation.



Dr. Barbara Stiegler

Veränderungen im Bildungssystem treffen deshalb besonders die Frauen und konfrontieren sie mit Widersprüchen:

Erster Widerspruch: Gute Bildung wird teurer (eine teure Krippe, eine teure Kita, eine Privatschule), die Familie braucht „Bares“, und damit wird das Einkommen auch der Mutter immer wichtiger. Aber: Gute Bildung wird auch die Kinder noch mehr unter den Wettbewerbsdruck setzen, dem die Bildungseinrichtungen ausgesetzt sind, und um diesen Druck abzufangen, wird Zeit für die Betreuung der Kinder bei Hausaufgaben immer dringlicher, Zeit also, in der man gerade keiner Erwerbsarbeit nachgehen kann.

Zweiter Widerspruch: Mütter und Väter sehen oft in ihrem Kind ein wichtiges „Projekt“, für das sie sich krumm legen und für dessen soziale Platzierung sie sich zuständig fühlen. Schulleistungen werden immer bedeutsamer. Aber: das gute Zusammenleben in der Familie ist gerade nicht von Leistungsnormen und vom Wettbewerb, sondern von Normen wie Empathie, Geduld und Nachsicht geprägt. Je mehr das Bildungssystem die häusliche Unterstützung voraussetzt und unter seinen leistungsorientierten Postulaten vereinnahmt, desto mehr werden Väter und vor allem Mütter darunter leiden, dass sie ihre Kinder zu immer höheren Leistungen treiben sollen.

Eine vermeintliche Lösung dieser Widersprüche liegt in der Retraditionalisierung der Elternrollen: der Vater wird wieder stark in die Ernährerrolle, die Mutter in die der Zuverdienerin durch Halbtagsarbeit gedrängt, mit all den Nachteilen der ökonomischen Abhängigkeit bis ins hohe Alter hinein. Für die Kinder verstärken sich wieder die nicht egalitären Rollenvorbilder.

Diese Probleme stellen sich jedoch nur für die Familien, die in dem neuen Bildungsmarkt überhaupt mitbieten können. Was ist mit den anderen?

3. Je benachteiligter die Familien, desto stärker werden sie in dem neuen Markt abgehängt.

Kinder aus ökonomisch schwachen, sozial schwierigen oder benachteiligten Familien sind auf ein Bildungssystem angewiesen, das sie kostenlos stützt, fördert und auffängt, denn diesen Kindern fehlt die Unterstützung ihrer Eltern. Alleinerziehende stehen unter dem Druck, für den Lebensunterhalt zu arbeiten – nach dem neuem Unterhaltrecht schon recht bald – und müssen mit einem Einkommen auskommen. Da bleibt wenig Zeit für Betreuungsarbeit. Familien mit Migrationshintergrund sind oft rein sprachlich zur Förderung ihrer Kinder im deutschen Bildungssystem nicht fähig. Die besondere Unterstützung, die leistungsschwache, kranke oder behinderte Kinder brauchen, ist nur mit einem erheblichen materiellen Aufwand zu gewährleisten. Diese Unterstützung müsste die vornehmste Aufgabe des Bildungssystems sein. Die herrschende Entwicklung führt allerdings dazu, dass sich reiche Eltern alles leisten können, durchschnittlich verdienende Familien in Gefahr geraten, die traditionelle Rollenteilung wieder aufnehmen zu müssen und die benachteiligten Familien voll abgehängt werden und sich in den Restschulen wiederfinden.

Kurz: Vor allem Mütter brauchen ein Bildungssystem, in dem die Bildungseinrichtungen darum wetteifern, wer die schwächeren Kinder am besten fördert, wer am besten in der Lage ist, alle Kinder rundum auch sozial, sportlich und musisch zu bilden. Eine solche Steuerung wird nicht zuletzt auch für egalitärere Geschlechterverhältnisse sorgen.

Pflege- und Carearbeit

Wie eine Gesellschaft mit der Pflegebedürftigkeit alter Menschen umgeht, ist ein Gradmesser ihrer Humanität. Um etwas über diesen Umgang zu erfahren, braucht es zunächst einmal viel Wissen: Skandale im Pflegebereich zeigen ja nicht die Realität aller Pflegebedürftigen. Im Rahmen des Care-Projekts des Arbeitsbereiches Frauen und Geschlechterforschung der FES wurden einige Daten und Erkenntnisse zusammengetragen. Zunächst stellt sich die Frage, wie sich die Pflegearbeit als Teil der Care-Arbeit in die Gesamtheit gesellschaftlicher Arbeit einordnen lässt. Sie lässt sich wie folgt charakterisieren:

1. Pflegearbeit ist verborgen und überwiegend weiblich.
2. Pflegearbeit folgt einer eigenen Logik.
3. Pflegearbeit wird gering und diffus bewertet.
4. Pflegearbeit ist elementarer Bestandteil der Wohlfahrt.
5. Ohne Umdenken und Umsteuern wächst das Pflege-Defizit in Krisenzeiten.

Bisher gibt es sehr wenig Daten, die insbesondere über die private Arbeit im häuslichen Bereich Auskunft geben. Erste Studien zeigen über die Geschlechterverhältnisse in der privaten Pflegearbeit:

- Unbezahlte Pflegearbeit für ältere Pflegebedürftige entspricht vom Volumen her 4,9 Milliarden Stunden im Jahr, 2/3 davon leisten Frauen, 1/3 Männer.
- Dieses Volumen entspricht einer Anzahl von 3,2 Millionen Vollzeitarbeitsplätzen.
- Das Durchschnittsalter pflegender Frauen liegt bei 50 bis 60 Jahren.
- Frauen pflegen häufiger.
- Frauen geben eher ihre Erwerbsarbeit zur Pflege auf oder sind gar nicht erwerbstätig.
- Frauen arbeiten wegen Pflege eher Teilzeit.
- Frauen geraten in finanzielle Abhängigkeit wegen privater Pflege.
- Frauen werden seltener vom Partner gepflegt als Männer von der Partnerin.

- Das Durchschnittsalter pflegender Männer liegt bei 80 Jahren.
- Männer pflegen im Vergleich zu Frauen seltener, später, anders und nehmen mehr Unterstützung in Anspruch.

Angesichts der Tatsache, dass einerseits die Zahl pflegebedürftiger Menschen in Zukunft steigen wird, dass aber andererseits die Zahl der Menschen, die für eine private Pflege zur Verfügung stehen, eher geringer wird, lassen sich zwei vordringlich politisch zu lösende Probleme definieren:

1. Wie kann die Pflegearbeit zwischen den Geschlechtern gerechter verteilt werden, und zwar im professionellen Bereich ebenso wie im privaten?
2. Wie kann die private Pflegearbeit verringert werden und wie können die privat Pflegenden entlastet werden?

Erste Antworten liegen in der Aufhebung der Feminisierung der Pflegearbeit, der stärkeren Professionalisierung und der Entprivatisierung. Als Leitbild für beide Geschlechter steht hinter diesen Lösungen: **Es gehört zum Leben jedes erwachsenen Menschen, gleichgültig ob Mann oder Frau, Sorgearbeit für Kinder und Pflegebedürftige zu leisten;** und in den biographischen Phasen, wo dies möglich ist, wird diese Sorgearbeit mit der Erwerbsarbeit verbunden.

Ziel der Arbeit im Care-Projekt des Arbeitsbereiches Frauen- und Geschlechterforschung ist es, für ein solches Leitbild zu werben und die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen präzise zu bestimmen.



Ungleichbehandlungen abschaffen

Gleichstellung von Lesben und Schwulen im Grundgesetz gefordert

Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle präsentieren sich bei den Christopher Street Days in vielen Städten der Bundesrepublik Deutschland in der Öffentlichkeit. Der Bundestag verabschiedete bereits im Jahr 2001 die Möglichkeit zur Eintragung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. Und mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) von 2006 verpflichtete der Staat die Bür-

gerInnen in einem gewissen Rahmen, niemanden aufgrund der sexuellen Identität zu diskriminieren.

Trotz dieser Fortschritte mahnen Lesben- und Schwulenverbände jedoch an, dass die offizielle Gleichstellung im Grundgesetz noch immer fehlt. Warum eine solche Änderung nötig und wichtig ist, diskutierten im September 2009 VertreterInnen von Eltern-, Lesben- und Schwulenverbänden und der Politik bei einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Hannover.

Eine Änderung wurde für die persönliche Entwicklung, aber auch für die gesellschaftliche Anerkennung der Lesben und Schwulen als wichtig betrachtet. Gudrun Held vom Bundesverband der Eltern, Freunde und Angehörigen von Homosexuellen geht davon aus, dass mit dem Zusatz im Grundgesetz Lesben und Schwule Forderungen an die Gesellschaft zur Gleichbehandlung stellen und Schutzrechte des Staates in Anspruch nehmen könnten. Letzte Ungleichbehandlungen wie etwa beim Erbrecht, Adoptionen oder im Steuerrecht müssten dann beseitigt werden. Axel Hochrein vom Lesben- und Schwulenverband in Deutschland betonte jedoch, dass die Ergänzung des Art. 3 GG und die damit verbundene politische Diskussion auch mit einem gesellschaftlichen Entwicklungsprozess einhergehen müsse. So nütze es wenig, wenn in Ländern wie Portugal, Brasilien, Spanien oder Ecuador die Gleichbehandlung von Homosexuellen zwar in der Verfassung festgeschrieben sei, aber nicht der gesellschaftlichen Realität entspreche.

Letzte Ungleichbehandlungen für Schwule und Lesben wie etwa beim Erbrecht, Adoptionen oder im Steuerrecht müssen beseitigt werden.



Das Patriarchat schwächelt, aber es existiert noch

Gespräch mit Helga Grebing



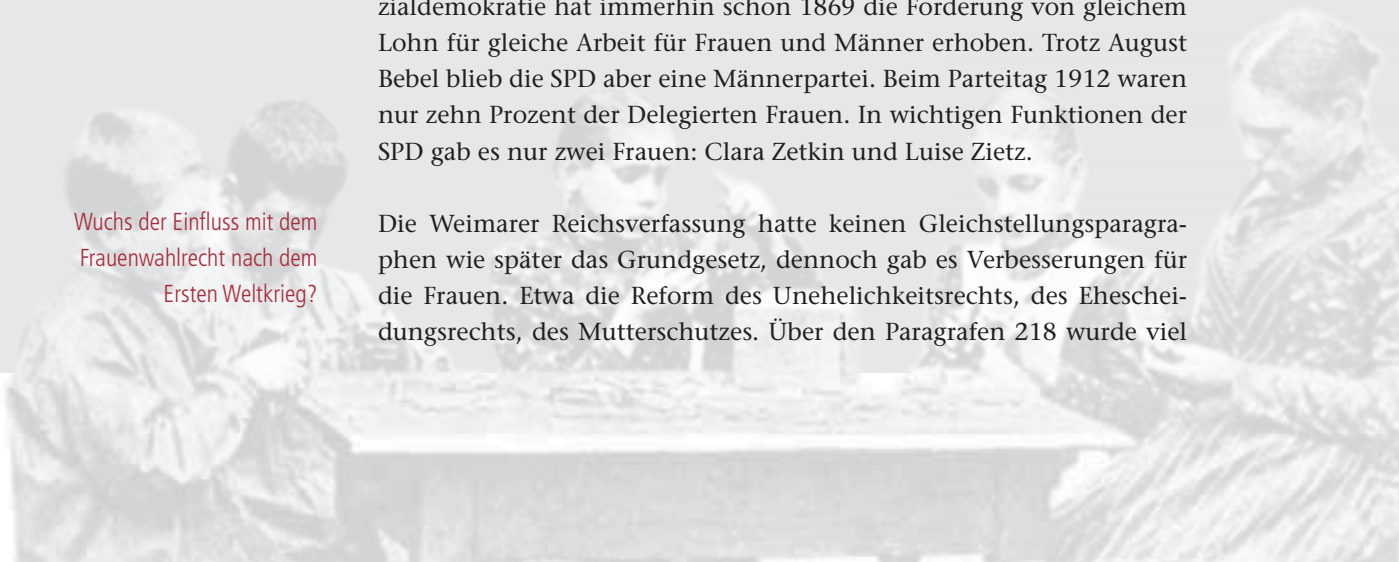
Die Professorin Helga Grebing hat sich einen Namen gemacht als Historikerin der deutschen Arbeiterbewegung. Sie gilt als streitbare linke Intellektuelle, ist Mitglied der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand und war Mitglied der Grundwertekommission. Die engagierte Frauenrechtlerin vom Jahrgang 1930 ist u.a. Trägerin des Staatspreises von Nordrhein-Westfalen.

Was hat die Sozialistinnen Anfang des 20. Jahrhunderts motiviert, eine äußerst lebhafteste Frauenbewegung zu gründen? War das die absolute Rechtlosigkeit der Frauen damals?

Es gab schon im 19. Jahrhundert intensive Bestrebungen der Frauen, sich aus der absoluten Abhängigkeit von den Männern zu befreien. Aber die soziale und die politische Frauenbewegung begann in der Tat Ende des 19. oder mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts. Wenn man sich anschaut, was noch Marx zur Frauenfrage gesagt hat, dann denkt man, das kann doch nicht wahr sein. Ich zitiere hier mal sinngemäß aus einer Denkschrift der sozialistischen Arbeiterinternationale aus dem Jahr 1866: „Entscheidend für die Tätigkeit der Frau ist die Haus- und Familienarbeit, die Pflege und Überwachung der Erziehung der Kinder. Sie sollen Gemütlichkeit und Poesie des häuslichen Lebens schaffen. Anmut und Schönheit in die gesellschaftlichen Umgangsformen bringen.“ Also sehr sozialistisch klingt das nicht. Doch die Sozialdemokratie hat immerhin schon 1869 die Forderung von gleichem Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer erhoben. Trotz August Bebel blieb die SPD aber eine Männerpartei. Beim Parteitag 1912 waren nur zehn Prozent der Delegierten Frauen. In wichtigen Funktionen der SPD gab es nur zwei Frauen: Clara Zetkin und Luise Zietz.

Wuchs der Einfluss mit dem Frauenwahlrecht nach dem Ersten Weltkrieg?

Die Weimarer Reichsverfassung hatte keinen Gleichstellungsparagrafen wie später das Grundgesetz, dennoch gab es Verbesserungen für die Frauen. Etwa die Reform des Unehelichkeitsrechts, des Ehescheidungsrechts, des Mutterschutzes. Über den Paragrafen 218 wurde viel





v.l.: Luise Zietz und Clara Zetkin. Archiv der sozialen Demokratie/FES

Doch zunächst kamen die Nazis und die Frauen wurden in Küche und Kinderzimmer zurückgeschickt?

diskutiert, reformiert wurde er aber letzten Endes nicht. Von hoher Symbolwirkung war die Reform des Beamtinnenrechts. Beamtinnen wurden ja entlassen, wenn sie heirateten oder ein uneheliches Kind bekamen, das wurde korrigiert. Alles in allem kann man sagen: Vieles wurde begonnen zugunsten der Frauen, doch durchgesetzt wurden viele Veränderungen erst in der Bundesrepublik ab 1949.

Hitler sagt ja in „Mein Kampf“: „Die Welt der Frau ist der Mann. An anderes denkt sie nur ab und zu.“ Damit war die Welt der Frauen in der nationalsozialistischen Diktatur klar definiert. Die Frauen, aufgefordert „dem Führer ein Kind zu schenken“, hatten nur als Mutter eine gesellschaftliche Bedeutung. Spätestens mit Beginn des Zweiten Weltkrieges aber zeigte sich eine andere Realität. Die Frauen waren nichts anderes mehr als kriegswichtige Produktionsfaktoren.

Und nach 1945?

Durch die Kriegs- und Nachkriegszeit hat sich das Selbstverständnis der Frauen verändert. Sie haben einen beträchtlichen Anteil an der Aufbauarbeit geleistet, das machte sie selbstbewusster und innerlich unabhängiger als jemals vorher in der deutschen Geschichte. Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher hatte das schon 1947 so gesehen, als er sagte: „Von den Frauen hängt es ab, wie sich ein neues Deutschland entwickelt. Frauen müssen auf dem Gesamtgebiet der Politik ihren Einfluss ausüben.“ Diese neue Einschätzung der von Frauen erbrachten Leistungen führte dann ja auch zu Artikel 3, Absatz 2 Grundgesetz: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Das steht da, aber das sind sie ja bekanntlich bis heute noch nicht.

Durch die zweite Frauenbewegung ab Ende der 60er Jahre änderten sich die Frauen und es änderten sich die Gesetze. Änderten sich auch die Männer?

Na ja, das ist eine heikle Frage. Ich denke mal an das Ruhrgebiet so vor 30 Jahren. Da hatten Sie den Bergarbeiterkumpel und seinen Gewerkschaftssekretär. Deren Traum war bis in die Spitzen der Gewerkschaften, dass die Frauen sich mit großem Busen aus dem Fenster lehnen und auf den Mann warten, der von der Arbeit nach Hause kommt. „Meine Frau hat es nicht nötig zu arbeiten,“ das war der Spruch der Zeit. Auch innerhalb der sozialdemokratischen Frauenbewegung gab es einen klaren Kontinuitätsbruch. Die meisten der älteren Frauen hatten ein recht



Trümmerfrauen nach dem Zweiten Weltkrieg. Archiv der sozialen Demokratie/FES

konservatives Frauen- und Familienbild, mit dem die jungen Frauen nichts mehr anfangen konnten. Die Folge war die Gründung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen.

Interessant war für mich damals, dass im Mittelpunkt der Diskussionen bei den Männern die Reform des Ehe- und Familienrechts stand, für viele Frauen meiner Generation dagegen die Reform des Paragrafen 218. Das schien auch mir der wichtigere emanzipatorische Schritt zu sein. Ich denke, die Männer haben sich damals Mühe gegeben, sich zu verändern. Aber so ganz geschafft haben sie es wohl immer noch nicht.

Ich würde sagen, eigentlich nicht. Jedenfalls nicht in dem Sinne, wie man Feminismus meist versteht, als Radikalisierung der Frauenpolitik. Ich denke, dazu hat sich doch schon zu viel verändert. Die Männer hören den Frauen zu, wenn sie sagen, wir können nur gemeinsam Veränderungen erreichen. Das Problem ist, dass die Jungen immer noch von zu vielen Frauen nach dem alten Muster erzogen werden. Dennoch sehe ich, wenn ich eine Bilanz ziehe über das, was erreicht wurde, und das, was noch offen ist: Die Frauen haben ihre Chancen genutzt, gerade bei Bildung und Arbeit, aber um die Machtfrage sind sie bis heute immer schön herumgeschlichen. Da sind die Männer besser. Sie haben die erfolgreicherer Netzwerke. So sehr Männer sich auch in Konkurrenzkämpfen erschöpfen, wenn es darauf ankommt, haben sie ihre Netzwerke. Frauen wiederum – das kann ich im Hochschulbereich gut beobachten – sind sehr zurückhaltend in solidarischen Aktionen, wenn sie für sich selbst etwas erreicht haben. Da genießen Frauen ihren Exotenbonus.

Die Parole für die Zukunft muss nicht die Forderung nach einem neuen Feminismus sein, sondern die Schaffung einer Gesellschaft, die gut ist für Frauen und gut ist für Männer. Ich halte es für wichtig, an einer geschlechtergerechten Gesellschaft zu arbeiten.

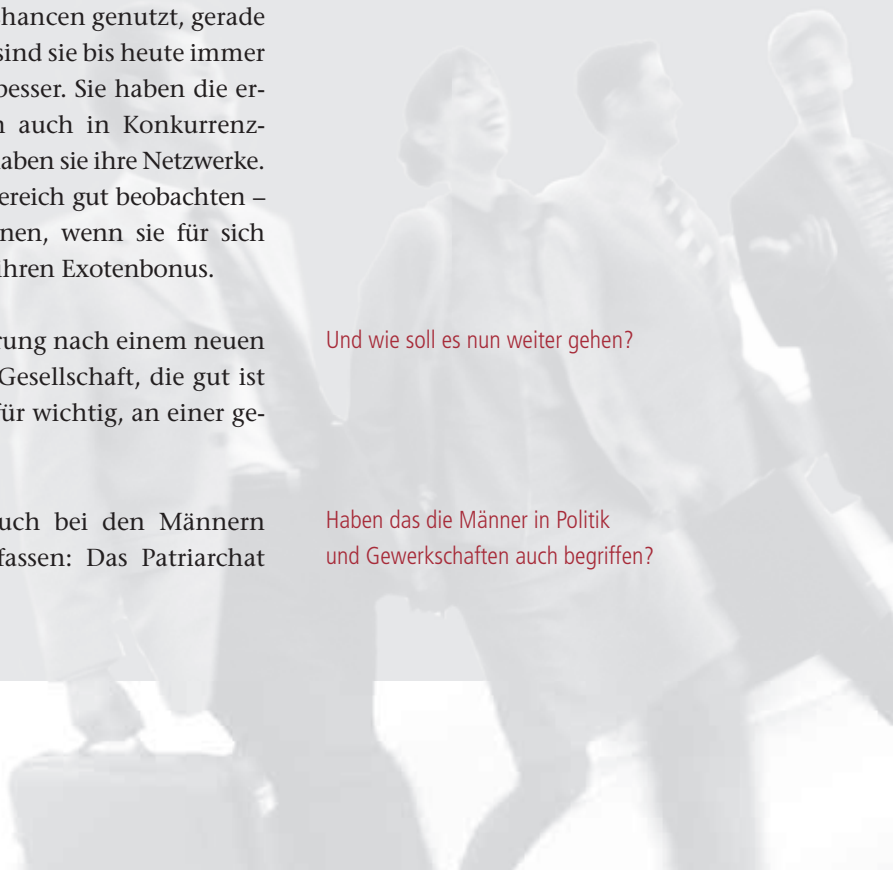
Bei allen Fortschritten und Veränderungen auch bei den Männern würde ich es doch mit dem Satz zusammenfassen: Das Patriarchat schwächt, aber es existiert noch.

Änderte sich damit auch die Frauenpolitik der sozialliberalen Koalition?

Also brauchen wir einen neuen Feminismus?

Und wie soll es nun weiter gehen?

Haben das die Männer in Politik und Gewerkschaften auch begriffen?



Feminismus im 21. Jahrhundert

Ein Workshop in Berlin

Ist die Flasche halb voll oder halb leer? Wo stehen die Frauen heute? Wie weit haben die Frauenbewegungen seit den 1970er Jahren die Chancen der Frauen – und das Zusammenleben zwischen Männern und Frauen – verändert? Und vor allem: Was bedeutet Feminismus heute? Das waren die zentralen Fragen während eines FES-Workshops in Berlin. Frauen verschiedener Generationen tauschten sich aus und stellten fest, dass die jungen Frauen heute vor ganz ähnlichen Problemen stehen wie die Generationen vor ihnen. Zwar hat sich vieles gebessert bei den Bildungschancen und im Verhältnis der Geschlechter, doch geblieben sind die Benachteiligungen im Erwerbsleben: Frauen verdienen nur 78% der durchschnittlichen Männergehälter und sind überdurchschnittlich häufig teilzeitbeschäftigt.

Der Blick zurück zeigt, dass die Neuen Frauenbewegungen der Jahre ab etwa 1970 den Boden bereitet haben für die Veränderungen. Damals entstanden zunächst autonome Frauengruppen und Netzwerke, die in die Institutionen hineinwirkten und für ein stärkeres frauenpolitisches Bewusstsein sorgten. In den Jahren nach 1980 kam es dann zu einer Professionalisierung. Frauenhäuser wurden gegründet, in den Kommunen wurden Frauenbeauftragte eingesetzt. Frauen wurden aktiver in Parteien, Gewerkschaften und Verbänden. Ihr gesellschaftlicher Einfluss wuchs. 1990 vereinigten sich ost- und westdeutsche Frauenbewegungen und agierten nun gemeinsam internationaler. Neue Konzepte entstanden, Stichworte sind Gender Mainstreaming, Diversity und Gender Equality.

Die neue Frauenbewegung zeichnete sich aus durch ihre Vielfalt: Mütter, Lesben, Migrantinnen, Politikerinnen und Wissenschaftlerinnen diskutierten über ihre Situation. Anfangs ging es vor allem um sexuelle Selbstbestimmung durch die Reform des Paragraphen 218. Heute stehen im Mittelpunkt der

Diskussion das Zusammenleben der Geschlechter und die Fragen nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Hier fällt die Bilanz nach rund 40 Jahren ambivalent aus: Traditionelle Vorstellungen über das Zusammenleben von Männern und Frauen wurden aufgebrochen: Junge Männer wünschen sich mehr Zeit für die Familie. Junge Frauen suchen nach Möglichkeiten, ihre beruflichen Wünsche gleichberechtigt verwirklichen zu können, ohne deshalb auf Kinder verzichten zu müssen. Die Voraussetzungen dazu bringen sie mit: 56,3% aller Abiturienten sind junge Frauen. Bei den erfolgreich abgelegten Diplomprüfungen stellen sie 52,2%.

Dennoch stagniert der Anteil weiblicher Führungskräfte in der Privatwirtschaft auf niedrigem Niveau – trotz besserer Abschlüsse der jungen Frauen. In den 200 größten deutschen Unternehmen gibt es nur 2,5% weibliche Vorstandsmitglieder. Ein Vorbild könnte hier Skandinavien sein: In Schweden liegt der Anteil weiblicher Führungskräfte in den börsennotierten Unternehmen bei 27%. In Norwegen sorgt eine Quote dafür, dass 40% der Auf-

Emmeline Pankhurst auf dem Londoner Trafalgar Square.



sichtsräte Frauen sein müssen. Ähnliches fordern Politikerinnen und Frauenorganisationen auch für Deutschland.

Unstrittig war während der Diskussionen, dass feministische Forderungen und Ziele keineswegs überholt sind. Soll ein neuer Feminismus allerdings gesellschaftliche Relevanz haben, so muss er zwei neue Gruppen in die Debatten einbinden. Das sind einmal die sogenannten „Alphamädchen“ oder „neuen deutsche Mädchen“, wie sie sich selbst nennen, und die Migrantinnen. Diese sind bisher in der öffentlichen Diskussion kaum vorgekommen, obwohl sie besondere Probleme haben. Sie sind überdurchschnittlich häufig Opfer von (sexueller) Gewalt, und sie sind aufgrund ihrer Herkunft Diskriminierungen bei der Ausbildungs- und Arbeitssuche ausgesetzt.

Die Begriffe „Feminismus“ und „Feministinnen“ hatten lange einen schlechten Ruf. Die Frauen, die auf gleiche Chancen in allen Lebensbereichen pochten, galten lange Zeit als Männerhasserinnen. „Emanze“ war ein von Männern gern gebrauchtes Schimpfwort. Hier hat sich besonders viel geän-

dpa Picture Alliance



dert: Laut einer Allensbach-Untersuchung aus dem Jahre 2000 fordern 80% der jungen Frauen eine aktive Gleichstellungspolitik. Auch junge Männer sind zunehmend an einer gesellschaftlichen Gleichstellung beider Geschlechter interessiert. Das liegt wohl auch daran, dass die neuen Feministinnen ganz pragmatisch die Männer als Bündnispartner suchen, zumindest jene Männer, die mit ihnen zusammen nach neuen Wegen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf suchen.

Beklagt wurde während des Workshops, dass all diese Veränderungen und die immer noch unerfüllten Wünsche und Forderungen der Frauen sich so wenig in den Medien widerspiegeln. Viel zu wenig protestierten Frauen gegen Geschlechterklischees im Fernsehen. Viel zu wenig setzten sich auch Wissenschaftlerinnen mit Sendungen auseinander, die ein verzerrtes Bild von Weiblichkeit zeigen wie etwa „Germany's Next Topmodel“.

Dass Frauen sich manchmal selbst im Wege stehen, wurde in den lebhaften Diskussionen auch nicht unterschlagen. Die „Alphamädchen“, so wurde milde kritisiert, stehen der Politik eher distanziert gegenüber und halten sich mit politischen Forderungen zurück. Sie stehen damit für eine junge Frauengeneration, die zwar mit den Zielen des Feminismus prinzipiell übereinstimmt, gleichzeitig aber überzeugt ist, Geschlechterpolitik gehe sie persönlich nichts an. Sie glauben, berufliche Erfolge stellen sich dank ihrer Qualifikation und ihres Könnens wie selbstverständlich ein. Skeptischere Frauen

sehen dagegen mit Sorge sogar eine Rückwärtsentwicklung: In den Unternehmen gibt es wie eh und je die „gläserne Decke“. Und auch junge, gut ausgebildete Frauen fallen bei Kindererziehung und Hausarbeit in traditionelle Rollenmodelle zurück.

Und deshalb gab es bei allen Unterschieden im Detail zwischen den Frauen aus mehreren Generationen einen Konsens darüber, dass es auch im 21. Jahrhundert ohne einen neuen Feminismus nicht geht, und zwar auf nationaler wie auf internationaler Ebene.

Die „Neue Moudawana“

FES unterstützte Reform des Familienrechts in Marokko

Das neue Familiengesetz (Moudawana al-usra) von Marokko gilt in der arabisch-muslimischen Welt als richtungsweisend. Die FES hat die an der Reform beteiligten zivilgesellschaftlichen Organisationen von Beginn an unterstützt und war damit maßgeblich an dem modernen neuen Gesetz beteiligt. Das sind die wichtigsten Punkte:

- Die Familie untersteht der gemeinsamen Verantwortung beider Eheleute. Damit wird die Gehorsamspflicht der Frau abgeschafft.
- Das Ehefähigkeitsalter der Frau wurde von 15 auf 18 Jahre angehoben. Ausnahmen sind nur mit richterlichem Einverständnis möglich.
- Die Hinzuziehung eines Vormunds zur Eheschließung ist für volljährige Frauen nicht mehr obligatorisch.
- Polygynie wird künftig nur noch in Ausnahmen genehmigt.
- Familiengerichte werden eingerichtet.

In Kooperation mit den marokkanischen Partnern hat die FES untersucht, in welchem Maße Richter und Anwälte das neue Familienrecht kennen und bei der Urteilsfindung und -begründung auch anwenden. Die Studie wurde in Marokko öffentlich vorgestellt und gilt heute als Maßstab für die Beurteilung der Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelungen.



Macht und Gender

In Krisenzeiten haben Frauen eine spezielle Chance, die mit der Bedeutung ihres Geschlechts zusammenhängt. Sie können etwa Bundeskanzlerin werden – wenn z.B. die mächtigen Männer in einer Partei in Spendenaffären verstrickt sind. Frauen werden oft nominiert, wenn sich starke Flügel einer Partei nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen können. Die Wahl einer Frau als Kandidatin soll manchmal auch als Zeichen für die Erneuerung einer Partei stehen.

In der Tat fehlen fast überall Frauen an der Spitze, gleichgültig, ob man die politischen, die wirtschaftlichen oder die kulturellen Bereiche betrachtet. Werden sie an die höchsten Positionen gewählt, so wird häufig unterstellt, dass Frauen qua Geschlecht etwas anders machen werden als Männer. Viele Wähler und Wählerinnen setzen ihre Hoffnungen auf bestimmte Merkmale, die sie dem weiblichen Geschlecht zuordnen: Sie glauben, dass Frauen im Vergleich zu Männern friedfertiger, kompromissbereiter und emotionaler sind. Als Führungskräfte wird von Frauen erwartet, dass sie umgänglicher, zu flachen Hierarchien neigend und teamkompetent sind. Aber sind Frauen wirklich die besseren Menschen an der Macht?

Auf diese spannende Frage kann man theoretische und empirische Antworten finden.

Theoretisch: Geschlecht ist ein Sammelbegriff, der sowohl körperliche, sexuelle und gesellschaftliche Bestimmungen enthält. Der einfache Schluss von einem weiblichen Körper auf eine spezifische Verhaltensweise lässt außer Acht, dass es gesellschaftliche Erfahrungen gibt, die längst nicht bei jeder Frau gleich sind. „Typisch Frau“ ist also nur typisch, und nicht für jede Frau generell gültig. (Das selbe gilt selbstverständlich auch für den Mann).

Empirisch: Erste Untersuchungen über Spitzenpolitikerinnen weltweit zeigen eine enorme Vielfalt auf: Diese Frauen gehören den unterschiedlichsten



Die Ministerpräsidentin von NRW, Hannelore Kraft, und Sylvia Löhrmann, Ministerium für Schule und stellvertretende Ministerpräsidentin, auf der Regierungsbank. dpa Picture Alliance,

Parteien an, machen ganz heterogene Politik, und auch mit der Tatsache, dass sie Frauen sind, gehen sie sehr unterschiedlich um.

Theoretisch und empirisch ist es also klar, dass Frauen an der Macht sich nicht in einer spezifisch weiblichen Art bewegen. Kann man daraus den Schluss ziehen, dass es dann ja letztendlich gleichgültig ist, ob Männer oder Frauen Spitzenpositionen innehaben? Aus zwei Gründen ist ein solcher Schluss ein Fehler: zum einen gehört zu jeder Demokratie auch die gleiche Verteilung von Macht zwischen den Geschlechtern, ein Ziel, dem man in vielen Bereichen mit Quotenregelungen nachkommt. Und zum zweiten hat es bei der herrschenden Verteilung von Spitzenpositionen eine hohe symbolische Bedeutung, wenn eine Frau an der Macht ist. Für viele Mädchen und Frauen, Jungen und Männer wird dadurch deutlich gezeigt, dass eine Person weiblichen Geschlechts genauso selbstverständlich regieren kann wie eine Person männlichen Geschlechts. Und das ist ein gleichstellungspolitischer Fortschritt.

Im Grenzgebiet zwischen Theologie und Rechtswissenschaft

Personenstandsgesetz im Sudan

Diskussionen um das islamische Recht (Schari'a, „der Weg, Wegweisend“) sind vielschichtig, bewegen sich immer im Grenzgebiet zwischen Theologie und Rechtswissenschaft. Unterschiedliche Auslegungen von Glaubenschulen und dem nationalen Recht von liberal bis streng konservativ tragen zusätzlich zur Komplexität bei. Häufig ist allerdings eher die Abwesenheit verlässlicher rechtsstaatlicher Instanzen die Ursache für Ungerechtigkeiten als die Scharia.

Dennoch gilt bis heute: **Das islamische Recht erlaubt körperliche Strafen und die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen, ist damit ein Hindernis auf dem Weg zu einer Demokratie**, die die Menschenrechte der Bürgerinnen respektiert und schützt. Im Sudan werden Scharia-Strafen unter anderem im Personenstandsgesetz angewendet, in dem persönliche und familiäre Angelegenheiten wie Heirat, Scheidung, Erbschaft geregelt sind. Anfang des Jahres 2009 wurde von der Präsidentschaft ein Gesetzesvorschlag eingereicht, in dem

das Mindestheiratsalter von 16 Jahren auf zehn Jahre gesenkt werden sollte. Die sudanesischen Gesellschaften reagierten empört. Die FES hat daraufhin zusammen mit einer Nicht-Regierungs-Organisation eine Reihe von Workshops organisiert, die sich an jene Zielgruppen richteten, die für eine Gesetzesänderung relevant sind: Also Parlamentarier, Medien, Zivilgesellschaft, moderate religiöse Führer. ExpertInnen hielten Vorträge über die physischen, psychischen und sozialen Folgen von Kindesheiraten. In einem nächsten Schritt wurden konkrete Änderungsvorschläge erarbeitet – nicht nur zum Mindestheiratsalter. Zum Beispiel wurde in den Entwurf geschrieben, Genitalverstümmelungen künftig als Straftatbestand zu sehen. 80% aller Frauen im Sudan sind beschnitten.

Es besteht nun die konkrete Hoffnung, dass die Kindesheiraten verhindert werden können und dass darüber hinaus mehr Rechtsgleichheit zwischen Männern und Frauen geschaffen werden kann.



Menschenrechte sind Frauenrechte – selbstverständlich auch im Islam

Veranstaltungsreihe für Koranlehrerinnen und Imame



„Männer und Frauen sind nicht gleich – sie sind wie zwei Hälften eines Apfels, der nicht symmetrisch mit einem Messer geteilt worden ist. Sie haben unterschiedliche Eigenschaften, die zusammen eine sinnvolle Einheit bilden“. Mit diesem Bild beginnt der Referent der türkischen Religionsbehörde DIYANET seine Einführung in ein Seminar, das sich an Imame und Koranlehrerinnen richtet. Er weckt damit das Interesse der SeminarteilnehmerInnen, einer Gruppe von Männern und Frauen, die den Koran lehren und in der Gemeindegemeinschaft tätig sind. Die Männer sind formal und dunkel gekleidet, die Frauen tragen Kopftücher. Gespannt erwarten sie den Beginn des Seminars zu Menschenrechten und ihrer Bedeutung für ihre berufliche Arbeit.

Das Seminar in der Stadt Edirne im nordwestlichen Teil der Türkei wird von der Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit Amnesty International Türkei und der türkischen Religionsbehörde DIYANET an einem Wochenende im November 2009 veranstaltet. Es gehört zu einer Reihe von Workshops, die sich der Weiterbildung von Imamen und Koranlehrerinnen zum Thema Menschenrechte und Frauenrechte widmen und in verschiedenen Städten der Türkei stattfinden. In den zweitägigen Workshops wird Grundlagenwissen zu den allgemeinen Menschenrechten – mit einem besonderen Fokus auf die Rechte von Frauen – vermittelt. Damit es konkret wird, werden auch die rechtlichen Rahmenbedingungen in der Türkei – auch aktuelle Gesetzesreformen – behandelt. Darüberhinaus



bleibt viel Raum für Gespräche über die praktische Anwendung und Umsetzung der Grundrechte.

Schnell stellt sich heraus, dass die Lehren des Islams und die allgemeinen Menschenrechte nicht im Widerspruch zueinander stehen. Es ist möglich, Grundrechte auch im religiösen Kontext stärker in den Vordergrund zu stellen und ihre Garantie argumentativ zu fördern. Trotz der eher konservativen Grundhaltung der TeilnehmerInnen, die erstmalig ein Seminar zu diesem Thema besuchen, gibt es eine große Aufgeschlossenheit gegenüber der Thematik. Die ReferentInnen von Amnesty International, der Religionsbehörde und von türkischen Frauenorganisationen vermitteln ein umfassendes Verständnis von den gesetzlich verbrieften Rechten von Frauen – aus sehr unterschiedlichen Perspektiven. Dies umfasst auch eine kritische Analyse der aktuellen Situation von Frauen in der – in weiten Teilen – noch stark patriarchalisch geprägten Türkei.

Die Zielgruppe des Seminars – Imame und Koranlehrerinnen – trägt eine besondere Verantwortung für die Berücksichtigung der allgemeinen Menschenrechte in allen sozialen Belangen: Gerade in kleineren Städten in Anatolien haben Imame und Koranlehrerinnen eine wichtige Funktion als MultiplikatorInnen und BeraterInnen – nicht nur in religiösen Belangen, sondern auch in Alltagsfragen. So können sie auch für die gesellschaftliche Verankerung der Frauen- und Menschenrechte in der Türkei eine wichtige Rolle spielen.

Förderung läuft über Netzwerke

Gespräch mit Annette Fugmann-Heesing



Sie war Finanzministerin in Hessen und Finanzsenatorin in Berlin. Heute arbeitet Annette Fugmann-Heesing als Unternehmensberaterin und sitzt für die SPD im Berliner Abgeordnetenhaus. Die 54jährige promovierte Juristin leitet den Managerkreis Berlin-Brandenburg der Friedrich-Ebert-Stiftung und engagiert sich für mehr Frauen in Führungspositionen.

Bei jedem Treffen von Wirtschaftsleuten zeigen die Fotos Männer in grauen und blauen Anzügen. Wo sind die Frauen?

Auf dem Vormarsch! Und das ist auch sehr im Interesse der Wirtschaft. Denn Frauen haben in Unternehmen vieles einzubringen, auf das die Wirtschaft keinesfalls verzichten kann. Deshalb brauchen wir mehr Frauen in Führungspositionen.

Sehen die Männer das auch so?

Bestimmt nicht alle, aber sie lernen es. Sie können heute bereits in vielen großen Unternehmen beobachten, dass man sich mehr und mehr darum bemüht, Frauen den Aufstieg im Unternehmen zu ermöglichen. Es gibt zunehmend Teilzeit- und familienfreundliche Modelle, weil auch angesichts des demografischen Wandels die Unternehmen sehen, dass sie auf die hoch qualifizierten Frauen keinesfalls verzichten können.

Wie sieht das in dem von Ihnen geleiteten Managerkreis aus? Ist das überhaupt ein Thema?

Wir wollen im Managerkreis weibliche Führungskräfte ebenso beteiligen wie männliche, und ich stelle fest, dass gerade unter den jüngeren Führungskräften auch viele Managerinnen sind, die wir ganz bewusst ansprechen. Frauen sind bereit mitzumachen, wenn sie sehen, dass ihr Einsatz etwas bringt. Frauen arbeiten bei weitem nicht so zeitverschwendend wie Männer es häufig tun. Eine junge Frau in Führungspositionen ist bereit, sich zu engagieren, wenn sie ganz klar sieht, dieser Einsatz ist zielgerichtet und bringt Ergebnisse.

Ja, das beobachtet man in vielen Bereichen, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft. Am wenigsten wirkt die „gläserne Decke“ im öffentlichen Sektor. Das macht Mut. Die Förderung von Nachwuchskräften in Wirtschaftsunternehmen läuft über Netzwerke, und die individuelle Förderung durch Männer, die heute in Führungspositionen sind. Diese Männer neigen in erster Linie dazu, erst einmal die jungen männlichen Nachwuchskräfte im Auge zu haben. Die Frauen müssen also lernen, Netzwerke aufzubauen, sich gegenseitig zu unterstützen, dann kann man die „gläserne Decke“ auch durchbrechen.

Gesunde Selbstkritik ist ja alles andere als Ängstlichkeit. Ich finde es gut, dass Frauen sich selbstkritisch prüfen und fragen: Bringe ich die Fähigkeiten und die Persönlichkeit mit, um diese Aufgabe zu erfüllen? Jeder, der eine Führungsposition zu besetzen hat, sollte genau hinschauen, ob derjenige oder diejenige, die sich bewirbt, tatsächlich auch zu dieser Selbstkritik fähig ist, weil das eine gute Voraussetzung dafür ist, dass die Aufgabe erfolgreich erfüllt wird.

In Unternehmen weniger. Wenn es Unternehmen der Öffentlichen Hand sind, dann ja. Dort spielt das Wort „Gender“ schon eine große Rolle. Aber ich bin sicher, in der Privatwirtschaft muss da noch einiges gelernt werden.

Ich habe den Eindruck, dass inzwischen eine ganze Reihe von Unternehmen erkannt hat, dass die Schwangerschaft zwar eine vorübergehende Unterbrechung der Karriere bedeuten kann, aber nicht das Ende. Deshalb ist es so wichtig, dass familienfreundliche Arbeitszeitmodelle geschaffen werden, deshalb ist es so wichtig, dass die Politik für entsprechende Kinderbetreuungsmöglichkeiten sorgt. Übrigens, diese Fragen stellen sich ja heute nicht nur für junge Frauen, sondern auch für junge Männer. Es gibt immer mehr junge Familien, die sich für alternative Modelle entscheiden, und ich begrüße es sehr, dass es mittlerweile auch viele junge Männer gibt, die sagen: Ich möchte für meine Kinder auch eine gewisse Zeit zu Hause bleiben.

Ich bin sicher, dass Frauen hier in mehrfacher Hinsicht stilbildend wirken. Sie können einerseits Vorbildcharakter haben, also zeigen, dass es geht. Sie können Frauen ermuntern und fördern und sie können junge Männer ermuntern und fördern, die sich mit ihren Partnerinnen die Elternzeit teilen möchten.

Immer mehr junge Frauen studieren Wirtschafts- und Naturwissenschaften oder technische Fächer. Und stoßen dann doch trotz guter Abschlüsse an die „gläserne Decke“.

Frauen fragen sich sehr viel häufiger selbstkritisch als Männer, ob sie sich eine neue Aufgabe auch zutrauen können. Ist das falsch?

Wenn Sie in Diskussionen mit Managern das Wort „Genderpolitik“ gebrauchen, wissen die Männer überhaupt, was sich hinter dem Begriff verbirgt?

Was passiert, wenn eine vielversprechende junge Nachwuchskraft schwanger wird?

Können Chefinnen da stilbildend wirken, indem sie jungen Männern Mut machen, auch für eine Zeit lang zu Hause zu bleiben?





Sie sind Unternehmensberaterin und Vorsitzende des Hochschulrats der Universität Bielefeld. Wie ist ihre Prognose? Wird es künftig zwischen den Geschlechtern einen härteren Kampf um die Karrierejobs geben?

Meine Prognose ist, dass Frauen sehr viel selbstbewusster auftreten werden. Sie haben das ja schon in den vergangenen Jahren unter Beweis gestellt. Ich bin überzeugt, dass Frauen in Zukunft sehr viel unterschiedener sowohl berufliche Karrieren als auch ein Familienleben mit Kindern anstreben werden. Durch den demografischen Wandel wird die Wirtschaft darauf angewiesen sein, dass Frauen im Beruf bleiben und aufsteigen, ohne deshalb auf Kinder verzichten zu müssen. Das ist noch nicht ausreichend erkannt. Es geht nicht nur um die Frage von individuellen Chancen, sondern es geht um die Frage der Chancen unserer Gesellschaft. Und die können wir nur nutzen, wenn die Frauen gleichberechtigt ihre Fähigkeiten einbringen können.

Sie haben zwei Töchter. Wie schwierig war es für Sie, Beruf, Politik und Familie unter einen Hut zu bekommen, als die Kinder klein waren?

Das war natürlich besonders schwierig in der Zeit, in der ich Ministerin und Senatorin mit einem 16-Stunden-Arbeitstag war. In dieser Situation haben mein Mann und ich gemeinsam entschieden, dass mein Mann solange die Kinder klein waren zu Hause blieb. Das war zu der Zeit noch ein sehr ungewöhnliches Familienmodell, aber es war die richtige Entscheidung zur richtigen Zeit. Meine Töchter sind heute stolz darauf, dass ihr Vater diesen Weg gegangen ist. Und ich finde, dass das durchaus auch Vorbild für andere sein kann.

Wie schauen denn die Töchter einer erfolgreichen Mutter in ihre berufliche Zukunft? Zuversichtlich?

Ja, sie sind davon überzeugt, dass ihnen die Welt offen steht. Heute haben Frauen mehr Möglichkeiten als sie zu meiner Jugendzeit hatten, und ich finde, wir alle sollten die jungen Frauen ermuntern, diese Chancen auch wahrzunehmen.

Unternehmen Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Das Thema für Mütter *und* Väter

Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für Eltern in verschiedenen Lebensphasen ihrer Kinder ein zentrales Thema – angefangen von der Schwangerschaft bis zur Betreuung älterer Schulkinder – und erfordert ein breites Spektrum an Unterstützungsangeboten. Die Friedrich-Ebert-Stiftung begleitet dieses Thema seit vielen Jahren mit öffentlichen Diskussionsveranstaltungen, Expertenworkshops oder Studien und Publikationen.

Ein solider Mutterschutz von 18 Wochen nach der Geburt, wie ihn die EU-Kommission im Herbst 2008 vorgeschlagen hatte, sei ein wichtiger Anfang, betonte die Europaabgeordnete Lissy Gröner auf einer FES-Konferenz in Berlin: Gerade in ökonomisch schwierigen Zeiten fühlten sich viele Frauen unter Druck, auch in der Spätschwangerschaft noch zu arbeiten und bereits kurz nach der Geburt wieder in den Berufsalltag einzusteigen. Eine weitere kritische Phase sei der Wiedereinstieg in den Beruf. Hier sei es wichtig von Seiten des Arbeitgebers, aber auch der Kolleginnen und Kollegen, jungen Eltern entgegenzukommen, lautete die Forderung eines Workshops mit berufstätigen Vätern und Müttern. Wo dies nicht zwingend erforderlich sei, dürfe beispielsweise nicht hartnäckig an „Präsenzkultur“ und rigiden Arbeitszeiten festgehalten werden. Auch müsse darauf hingewirkt werden, in den Unternehmen und Betrieben eine familienfreundliche Atmosphäre und Arbeitskultur zu verankern. Dies bedeute nicht, dass Eltern als Arbeitnehmer weniger leisten müssten, sondern dass man ihnen durch Flexibilität und guten Willen entgegenkomme.

Häufig machten sich familienfreundliche Angebote in Unternehmen direkt bezahlt – beispielsweise durch eine höhere Loyalität, Zufriedenheit und Leistungsbereitschaft der ArbeitnehmerInnen. Dies zeigten die Ergebnisse der Konferenz „Unternehmen Vereinbarkeit“, die auch ein Forum für solche Betriebe bot, die bereits mit gutem Bei-

spiel vorangehen und kreative Lösungen für berufstätige Eltern gefunden haben. Wie die FES-Studie „Familienpolitik aus der Gleichstellungsperspektive“ gezeigt hat, sind auch familienpolitische Maßnahmen in ihren Auswirkungen keineswegs geschlechtsneutral. Die Konferenz „Unternehmen Vereinbarkeit“, die bereits in der zweiten Auflage stattfand, widmete sich daher dieses Mal speziell den Herausforderungen berufstätiger Väter.

Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2010 familienfreundlichstes Land Europas zu werden. Erste Erfolge in Politik und Wirtschaft zeigen sich beispielsweise beim Ausbau der Kinderbetreuung und des Elterngeldes oder in der Arbeitswelt, wo Unternehmen zunehmend mit Familienfreundlichkeit werben. Und doch wünschen sich viele Beschäftigte noch mehr Angebote. Dies gilt insbesondere für die sogenannten „neuen Väter“, die besondere Aufmerksamkeit verdienen: Schließlich sind gerade sie aufgerufen, nicht mehr nur Ernährer, sondern auch Erzieher zu sein. Doch diejenigen, die dies wagen, stoßen immer wieder auch auf Hindernisse. Die Konferenz des FES-Forums Politik und Gesellschaft fragte daher, ob die Arbeitswelt „Reif für die neuen Väter?“ sei. Welche Erfahrungen machen besonders sie, wenn sie Familie und Beruf vereinbaren möchten, und was können Unternehmen tun für eine väterfreundliche Arbeitswelt und -kultur?



Väter stellten 2008 immerhin ca. 15 % aller Elterngeldempfänger. Zu den Gründen, dass jedoch immer noch eine Mehrheit der Männer zögert beim „Wagnis Rollenwandel“, zählt u. a. der fehlende Mut, moderne Rollen zu leben. Bei den Frauen sieht das anders aus, betonte Dr. Christina Klenner, Referatsleiterin der Frauen- und Geschlechterforschung im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in der Hans-Böckler-Stiftung: Während sich 80 % der Frauen eine egalitäre Aufteilung der Familienarbeit wünschen, sind es bei den Männern nur 40 %. In den Köpfen herrsche bei vielen noch das „Alleinernährermodell“ vor. Der Bundestagsabgeordnete Dieter Steinecke macht auch strukturelle Ursachen für diese bisherige Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit aus: So seien es vor allem die Entgeldunterschiede zwischen den Partnern, die oft dazu führen, dass eher die Mütter die Elternzeit nutzen.

Wie das „Unternehmen Vereinbarkeit“ auch für Väter gelingen kann, zeigten die Ansätze mehrerer Unternehmen. Durch die „Vereinbarkeit“ gewinnen alle: Eltern, insbesondere Väter, erwerben neue Kompetenzen wie z. B. Chaosmanagement, Belastbarkeit und Teamfähigkeit zu Hause, die sie ins Unternehmen einbringen können. Die familienfreundliche Betriebskultur sorgt für eine höhere Motivation und Loyalität der MitarbeiterInnen und selbst Führungsposition und Elternschaft wird als vereinbares Projekt denkbar.

Voraussetzung für eine gelingende Vereinbarung von Beruf und Familie ist dabei immer ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuung für die verschiedenen Altersstufen. Die Qualität drohe dabei zugunsten der Quantität auf der Strecke zu bleiben, mahnten Erzieherinnen im Rahmen einer Zukunftswerkstatt zum Thema „Qualität für die Kleinen“ an. Es müsse beispielsweise dringend mehr in die Ausbildung der ErzieherInnen investiert werden. Auch dürfe nicht vergessen werden, dass Kinder nicht nur in der Kleinkindphase eine Ganztagsbetreuung benötigen, sondern auch wenn sie bereits in die Schule gehen. Daher müsse in der gegenwärtigen Debatte bedacht werden, auch die Betreuungsplätze für ältere Kinder entsprechend aufzustoßen. Dabei dürfe es sich nicht um eine reine „Verwahrung“ handeln, sondern um eine altersangemessene, qualitativ hochwertige Betreuung.

Junge – welche Rolle spielst Du?

Männlichkeitsbilder im Wandel

Was ist los mit den Jungs von heute? Jungen gelten als die neuen Sorgenkinder und Verlierer von Modernisierungsprozessen. Zielten spezielle Fördermaßnahmen bisher hauptsächlich auf Mädchen, rücken nun zunehmend die Jungen ins Blickfeld von Pädagogik und Politik. Auch die aktuelle Shell-Jugendstudie zeigt: **Männliche Jugendliche steigen beim Wettlauf um höhere Schulabschlüsse eher aus.** Während junge Frauen scheinbar zielorientiert in ihre Zukunft starten, sind junge Männer zögerlicher und klammern sich an ein überholtes Bild vom Karrieremann und Alleinernährer. Gesellschaftliche Rollenverständnisse und Männlichkeitsbilder sind im Wandel und erfahren verstärkte Aufmerksamkeit. Moderne Männer sind gefragt – was nicht zuletzt die Debatte über „neue Väter“ zeigt. Auch das neue Selbstbild und Rollenbewusstsein junger Frauen stellt zunehmend vielschichtige An-



sprüche an die jungen Männer von heute. Diese sind verunsichert und müssen ihre Rolle neu (er-)finden. Entsprechende Angebote gezielter Jungenförderung existieren jedoch bisher nur begrenzt.

„Junge, welche Rolle spielst Du?“ fragten daher das Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung und das Projekt Neue Wege für Jungs. Die Konferenz sollte einen Beitrag zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft leisten, die auch den Blick auf die speziellen Bedürfnisse von Jungen richtet. Wie hat der gesellschaftliche Wandel traditionelle Männlichkeitsvorstellungen verändert? Welche Konsequenzen hat dies für Politik und Gesellschaft, aber auch für die praktische Arbeit in Schule, Jugendarbeit und Beratung? Was können Gesellschaft und Politik tun, um Jungen in ihrer Entwicklung gerecht zu werden? Brauchen wir eine explizite Jungenförderung und wenn ja, wie sehen tragfähige Konzepte aus? ExpertInnen aus Politik, Wissenschaft und Gewerkschaften diskutierten über gesellschaftspolitische Handlungsoptionen und pädagogische Maßnahmen, darunter Dr. Christine Bergmann, Bundesministerin a.D. und Mitglied im Vorstand der FES, und MdB Kerstin Griese.

Man könne Jungs nicht pauschal als Verlierer des Bildungssystems bezeichnen, betonte die Erziehungswissenschaftlerin Prof. Dr. Barbara Koch-Priewe in ihrem Eingangsvortrag. Zwar weisen Jungen zum Beispiel beim Lesen deutliche Schwächen auf, dafür sind sie in Mathematik und Naturwissenschaften den Mädchen mindestens ebenbürtig oder sogar überlegen. Allerdings ist die Streuung des Leistungsniveaus bei Jungen in der Regel größer.

In der Schule sollte die individuelle Entwicklung von Jungen und Mädchen jenseits von Geschlechterstereotypen stärker gefördert werden. Dazu zählt auch, SchülerInnen bereits früh ein Bewusstsein für Diskriminierungen zu vermitteln. Gerade unter Jugendlichen wird ein von der Norm abweichendes



Verhalten häufig mit Hänseleien sanktioniert. Unterschiedliche männliche und weibliche Rollenmodelle sollten deshalb bewusst zur Diskussion gestellt werden, sagt der Salzburger Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Edgar Forster. Einig waren sich die TeilnehmerInnen darin, dass eine phasenweise Trennung der Geschlechter bei der Überwindung von Stereotypen hilfreich sein könne. Über das Thema sexuelle Gewalt könne mit Jungen beispielsweise nur in nach Geschlechtern getrennten Gruppen offen gesprochen werden, berichtete Prof. Dr. Ahmet Toprak, Sozialwissenschaftler an der FH Dortmund.

Dokumentation dieser Veranstaltung unter:
www.fes.de/forumpug/inhalt/doku

Wie Frauenrechte aufs Land kommen

Die FES und die Arbeit der Barfußanwältinnen in Tansania



Die Durchsetzung von Frauenrechten wird in Tansania bis heute durch gewohnheitsrechtliche und religiöse Traditionen stark behindert. Obwohl Verfassung und Regierung die Gleichberechtigung von Männern und Frauen fordern und fördern, sind Frauen vor allem in ländlichen Regionen stark benachteiligt. Das gilt besonders für Eigentums- und Landrechte und für den Zugang zu Bildung. Dadurch fällt es ihnen schwer, sich gegen diskriminierende Arbeitsbedingungen und alltägliche Unterdrückung zu wehren. Die Mehrheit der Armen in Tansania ist weiblich.

Ein Grund für die fortdauernde Verletzung der Menschenrechte ist die mangelnde Kenntnis vieler Frauen über ihre rechtliche Stellung. Seit gut zehn Jahren fördert die Friedrich-Ebert-Stiftung daher die Arbeit von Barfußanwältinnen und Barfußanwälten, die auf dem Land an der Verbreitung und Durchsetzung von Frauenrechten arbeiten. Die unentgeltlich arbeitenden RechtsberaterInnen werden in Familien- und Landrecht geschult und informieren über politische Beteiligungsrechte.

Vieles liegt noch im Argen. So schätzt man, dass rund 15% der tansanischen jungen Frauen immer noch unter Genitalverstümmelungen leiden. Nur langsam gehen diese Zahlen zurück, denn es ist schwer für die potenziellen Opfer, gegen die eigene traditionelle Familie oder gar Dorfgemeinschaft vorzugehen. Ein großes Problem ist die häusliche Gewalt. Mehr als 50% der Frauen seien häuslicher Gewalt täglich ausgesetzt, sagt eine Studie. Die Polizei reagiert gleichgültig, rät den Frauen häufig, ihre Probleme zu Hause zu lösen. Andere schwere Verbrechen wie zum Beispiel die Hexenmorde richten sich besonders gegen Frauen in ländlichen, traditionsgebundenen Regionen. Über juristische Aufklärung hinaus informieren die engagierten Menschenrechtsaktivistinnen über HIV/AIDS und über Kinderrechte.

Es gibt inzwischen Hunderte dieser Beraterinnen – einige aufgeklärte Männer sind auch dabei. Die Beratungen finden in der vorherrschenden Lokalsprache statt. Die Frauen werden auch bei Rechtsstreitigkeiten vor Gericht finanziell und beratend unterstützt. Die FES fördert diese Arbeit durch Trainings- und Ausbildungsmaßnahmen, durch Workshops, Seminare und kreative Angebote wie beispielsweise Demokratie-Theater und Info-Camps.

Die sogenannten „Paralegals“ sind keine qualifizierten Anwältinnen, sondern Amateure. Deshalb dürfen sie sich bisher vor Gericht nicht zum Verhandlungsgegenstand äußern. Das dürfen nur professionelle Anwälte. In Tansania sind allerdings bei einer Bevölkerung von 40 Millionen Menschen nur 600 Anwälte und Anwältinnen registriert. Deshalb lautet das neue Ziel: Anerkennung der Barfußanwältinnen als qualifizierte Beraterinnen. Das würde das Rechtssystem entlasten. Zumindest in der ersten Instanz bei meist einfachen Rechtsfällen könnten sie professionelle Anwälte ersetzen. Die FES setzt sich, unterstützt von Menschenrechtsorganisationen und der Ministerin für Gemeindeentwicklung, für eine solche Professionalisierung

und Qualifizierung ein. Dadurch könnte auch die Perspektive für die Barfußanwältinnen verbessert werden. Ein neues und attraktives Betätigungsfeld auf dem Lande könnte entstehen. Die Abwanderung qualifizierter freiwilliger Beraterinnen würde deutlich reduziert werden.

Die Regierung Kikwete hat Frauenförderung und Frauenquoten bei politischen Ämtern und Mandaten auf ihre Fahnen geschrieben. In Schulen und Medien spielen Genderfragen zunehmend eine

Rolle. Davon dürfte auch die Rechtsberatung für Frauen profitieren.

Nun haben die Barfußanwältinnen den Sprung nach Sansibar gewagt. Die zu 95% muslimische Gesellschaft tut sich besonders schwer mit Themen wie Gendergerechtigkeit. Die FES unterstützt dieses Pilotprojekt. Der Leiter des Menschenrechtszentrums, Professor Haroub Othman macht allen Beteiligten Mut: „Die Arbeit ist hart und langwierig, doch sie lohnt sich.“

Gender und Streitkräfte

Argentinien hat Vorbildfunktion

Es ist eine positive Bilanz, die während einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Buenos Aires und des argentinischen Verteidigungsministeriums im September 2009 gezogen werden konnte. „Gender und Streitkräfte“, das ist in allen Ländern – wenn es denn überhaupt aufgegriffen wird – ein heikles Thema, doch während der Diskussionen mit hohen Offizieren, Repräsentanten mehrerer Ministerien und Experten aus den Nachbarländern konnte über Fortschritte berichtet werden. Argentinien nimmt bei dem Thema Genderpolitik bei den Streitkräften eine Führungsrolle in der Region ein. Dies ist ein Verdienst der Verteidigungsministerin Nilda Garré, die Genderpolitik im Verteidigungsbereich als zentrales Instrument der Modernisierung betrachtet.

Seit Anfang der 1980er Jahre können Frauen in Argentinien den Streitkräften angehören, der Luftwaffe erst seit 2006, Offiziersränge konnten sie jedoch je nach Teilstreitkraft erst zwischen 1996 und 2002 bekleiden. Heute stellen Frauen im Heer 10%, in der Marine 7% und in der Luftwaffe 16%. Eine beeindruckende Fülle von gesetzlichen Veränderungen zur Gleichstellung der Geschlechter in den Teilstreitkräften belegt eine sehr gezielte und dynamische Genderpolitik seit 2006. Bemerkenswert u. a. die „Genderbüros“, die in allen Teilstreitkräften eingerichtet wurden und u. a. alle jeweils mit einer Psychologin, einer Anwältin und einer Sozialarbeiterin besetzt sind, um die genderspezifischen Belange in den Streitkräften zu begleiten und zu fördern. In allen Bereichen wird daran gear-



Nilda Garré, Verteidigungsministerin von Argentinien, bei einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Foto FES

beitet, Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen herzustellen. 2007 wurde eine Kommission eingesetzt, in die sowohl die Teilstreitkräfte als auch die Verwaltung eingebunden sind.

Gerade für lateinamerikanische Militärs und die lateinamerikanische Gesellschaft mit ihren männerzentrierten Wertesystemen ist die Genderperspektive im Militär ein höchst erstaunliches Phänomen. Die Entschiedenheit, mit der die argentinische Verteidigungsministerin in den letzten Jahren diesen Prozess beförderte, ist nicht ohne Auswirkungen auf die Nachbarländer geblieben. Auf der FES-Konferenz herrschte daher überraschende Einmütigkeit zwischen den Vertretern aus Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay, dass Frauen zum Beispiel eine wichtige Rolle bei Friedensmissionen spielen. Übereinstimmung gab es auch bei der Bewertung der militärischen Ausbildung. Hier gelte es, neue Inhalte zu entwickeln, um die bestehenden Strukturen zu verändern. Die Diskussionen in Buenos Aires und die argentinischen Erfahrungen mit Gender Mainstreaming in den Streitkräften könnten vermutlich auch für die bundesdeutsche Praxis von Interesse sein.

Auf Lohnarmut folgt Altersarmut

Gespräch mit Andrea Kocsis



Andrea Kocsis ist stellvertretende Bundesvorsitzende von ver.di und leitet den Bereich Postdienste, Speditionen und Logistik. Die diplomierte Sozialarbeiterin kann ein Studium der Romanistik, Anglistik und Germanistik vorweisen und kam über die ehrenamtliche Arbeit bei der Deutschen Postgewerkschaft und jahrelanges Engagement als Betriebsrätin bei der Deutschen Post AG zu ihren heutigen Aufgaben.

Die Gewerkschaften waren Jahrzehnte lang von Männern dominiert. Ändert sich das?

Ja, die Veränderung vollzieht sich, weil immer mehr Frauen berufstätig sind. Der Anteil der weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften steigt. Da die meisten Frauen im Dienstleistungssektor tätig sind, ist es bei ver.di bereits so, dass wir etwas mehr weibliche als männliche Mitglieder organisieren.

Welche eigenen Akzente setzen die Gewerkschaftsfrauen?

Das Hauptthema ist und bleibt die deutliche Benachteiligung von Frauen im Berufsleben. Deutschland belegt im europäischen Vergleich den skandalösen letzten Platz. Deshalb verlangen die Frauen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, unterstützt durch gesetzliche Regelungen.

Gibt es bei Ihrer Gewerkschaft Verständnis für Gender-Politik?

Das Thema wird zumindest nicht mehr belächelt, wie noch vor wenigen Jahren. Trotzdem werden Gender-Fragen in den Köpfen, auch den Köpfen vieler Frauen, noch nicht automatisch mitgedacht.

Suchen auch Männer inzwischen nach neuen Arbeitsformen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf?

Ich glaube, dass es immer mehr Männer gibt, die ein Interesse daran haben und für die es selbstverständlich ist, sich intensiver an der Familienarbeit zu beteiligen. Trotzdem bleibt die Umsetzung im Arbeitsalltag schwierig. Aber es gibt vermehrt Arbeitgeber, die mit gutem Beispiel vorangehen und gemeinsam mit Beschäftigten neue Wege in der Arbeitsplatzgestaltung gehen.

Dieses Thema nimmt in unseren Diskussionen breiten Raum ein. Viele junge Menschen zeigen sich sehr mobil und flexibel. Trotzdem fordern sie zu Recht, wenn sie ein Arbeitsplatzangebot im entgegengesetzten Teil des Landes annehmen, Arbeitsplatzsicherheit. Es ist deshalb kein Wunder, wenn die familienpolitischen Programme der letzten Regierung zur Steigerung der Geburtenrate nicht greifen. Mit weiter steigender Erwartungshaltung der Arbeitgeber an die Flexibilität wird die Familiengründung auf der Strecke bleiben.

Ver.di wird das Thema weiter ganz oben auf die Tagesordnung setzen. Mit der Ablehnung des flächendeckenden Mindestlohns für Deutschland durch die neue Koalition ist das Problem der Dumpinglöhne nicht gelöst, es wird sich sogar weiter verschärfen. Durch die Wirtschaftskrise wird der Druck auf die Löhne weiter steigen. Zusätzlich werden wir mit der europäischen Dienstleistungsrichtlinie im Jahre 2011 ein weiteres Problem in Deutschland bekommen: Arbeitnehmer aus dem europäischen Ausland sollen dann zu den Arbeits- und Einkommensbedingungen ihres Herkunftslandes in Deutschland beschäftigt werden dürfen. Hier zieht eine lohnpolitische Katastrophe herauf, vor der sich die allermeisten europäischen Länder durch Mindestlöhne bereits geschützt haben.

In Deutschland wird von führenden Ökonomen fälschlicherweise behauptet, dass der Mindestlohn hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichten wird, Gift für die Wirtschaft sei und die Konjunkturbremse. Diese Thesen halten sich hartnäckig, trotz anderer Erfahrungen in Europa. Außerdem beruft man sich auf die Tarifautonomie, was aber nur richtig war, so lange Arbeitgeber Mitglieder der entsprechenden Verbände waren und sich verpflichteten, tarifliche Löhne zu zahlen. Seit einigen Jahren ist das anders, und die Unternehmen versuchen, sich Wettbewerbsvorteile zu verschaffen, indem sie immer niedrigere Löhne zahlen. Das hat zu dieser Lohnabwärtsspirale der letzten Jahre geführt.

In Deutschland wird diese besondere Betroffenheit von Frauen als Niedrigstverdienerinnen sogar noch argumentativ genutzt. Es wird behauptet, dass Niedriglohnbeschäftigung aus sozialpolitischer Sicht unproblematisch sei, weil es sich ja nur um Zuverdienste handle. Das zeigt uns, welches Bild von Frauenerwerbstätigkeit immer noch vorherrscht.

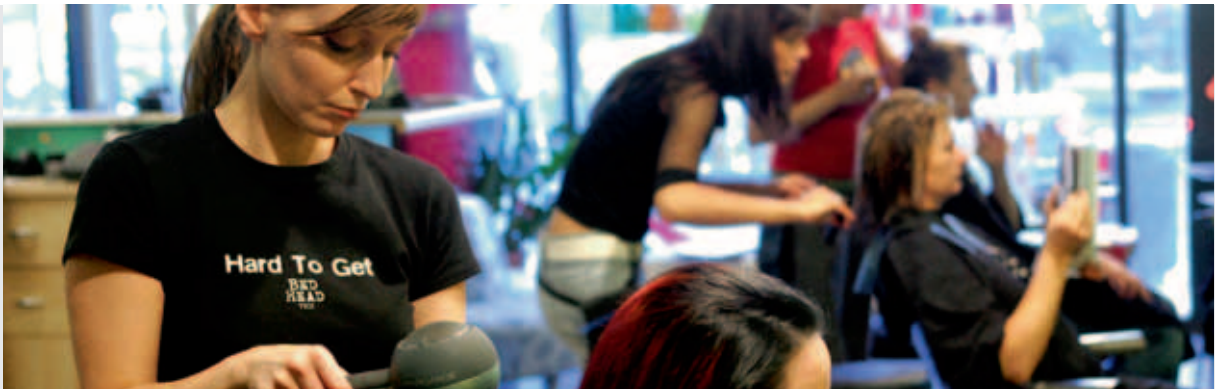
Zeitlich befristete Verträge, immer höhere Anforderungen an Flexibilität und Mobilität machen das Leben junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer weniger planbar. Ohne Sicherheit, auch morgen noch einen Job zu haben, wird aber die Familiengründung zu einem Risiko. Wird dieses Thema in den Gewerkschaften diskutiert?

Wie beharrlich wird ver.di das Thema Mindestlöhne weiter verfolgen?

Warum ist es so schwierig, Mindestlöhne flächendeckend und für alle Branchen einzuführen?

Sind auch hier Frauen besonders betroffen, wenn man beispielsweise an die Löhne im Hotelgewerbe und teilweise im Einzelhandel denkt?





Haben schlechte Löhne und schlechter Organisationsgrad etwas miteinander zu tun?

Tendenziell sind Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen schwieriger zu organisieren. Das liegt häufig an einem insgesamt unsicheren Arbeitsverhältnis, fehlendem Arbeitsvertrag und eingeschränkten Arbeitnehmerschutzrechten. Die Folgen liegen auf der Hand: Die Betroffenen leiden unter ihrer unsicheren Zukunft. Das Geld ist knapp. Sie finden keine Anerkennung. Sie gehören kaum sozialen Netzen an.

Wie demütigend ist es, trotz Vollzeitarbeit zum Sozialamt zu müssen, weil der Lohn nicht zum Leben reicht?

Menschen, die diese Erfahrung machen, schildern sie als entwürdigend. Dem ist nichts hinzuzufügen!

Einmal Sozialamt, immer Sozialamt?

Die zwangsläufige Folge der Lohnarmut ist Altersarmut. Deshalb verzeichnen wir jetzt schon eine dramatische Erhöhung der Zahl arbeitender Rentnerinnen und Rentner. So ist die Zahl minijobbender Rentner zwischen 2004 und 2007 laut Zahlen der Bundesagentur für Arbeit um fast 30% gestiegen.

Weil Hungerlöhne zu Mini-Renten führen?

Im Moment ist das häufigste Thema überhaupt die Existenzsicherung. Viele Kolleginnen machen sich angesichts der Wirtschaftskrise große Sorgen um ihren Arbeitsplatz.

Wenn Sie mit Frauen diskutieren: Was brennt ihnen in Zusammenhang mit ihrer Arbeit am meisten auf den Nägeln? Und bei welchen Praxisbeispielen aus der Arbeitswelt können Sie sich nur mühsam beherrschen?

Es gibt Arbeitgeber, die nutzen die Wirtschaftskrise und die Angst vor Arbeitsplatzverlust schamlos aus. Sie fordern Verzicht und unternehmen den Versuch, die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten dauerhaft zu verschlechtern. Das macht mich richtig wütend. Schockieren können mich immer wieder neu die Rekordmeldungen über Niedrigstlöhne, aktuell im Friseurhandwerk in Nordrhein-Westfalen, wo Stundenlöhne von 1,50 Euro bis 5 Euro an der Tagesordnung sein sollen. Das gleicht moderner Sklaverei und spricht für die einst von US-Präsident Franklin D. Roosevelt erhobene Forderung: „Unternehmen, deren Existenz lediglich davon abhängt, ihren Beschäftigten weniger als einen zum Leben ausreichenden Lohn zu zahlen, sollen in diesem Land kein Recht mehr haben, weiter ihre Geschäfte zu betreiben.“

Feministische Ökonomie: Die Krise zementiert die Ungleichheit

Ein Gastbeitrag der Politologin Gabriele Michalitsch

Finanz- und Wirtschaftskrise haben das dominierende neoliberale Markt-Credo erschüttert. Grundlegende Veränderungen des globalen Finanzsystems oder ein wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel aber lassen auf sich warten. Mit der Stabilisierung ökonomischer „Systemgrundlagen“ durch staatliche Krisenpolitik scheinen auch kurzfristig ins Wanken geratene Machtverhältnisse – nicht zuletzt zwischen den Geschlechtern – wieder wie eh und je zu funktionieren.

So richten sich konjunkturpolitische Interventionen vorrangig auf von Männern dominierte Industriebranchen und das Bauwesen. Auf der anderen Seite verschärfen sich sozioökonomische Geschlechterhierarchien: durch steigende Erwerbslosigkeit von Frauen und zunehmende Prekariisierung weiblicher Beschäftigung. Durch vermehrte Eigenleistungen versuchen vor allem Frauen, die Einkommensrückgänge auszugleichen: Das heißt, ihre unbezahlte Arbeit nimmt zu – mit allen sie begleitenden Ungleichheiten.

Eine öffentliche Debatte über diese Krisenfolgen findet bisher nicht statt. Dabei ließen sich Konjunktur- und Gleichstellungspolitik durchaus verbinden, würde man das soziale Beziehungsgeflecht als Ziel und Fundament von Wirtschaften verstehen. Mittel- und langfristig ist es die Basis wirtschaftlicher Prosperität, sollte also das „Investitionsobjekt“ schlechthin sein. Das heißt, die finanziellen Anstrengungen sollten sich darauf konzentrieren, gesellschaftlich marginalisierte Gruppen einzuschließen. Es wäre ein Gebot der politischen Vernunft, das ökonomische Potenzial dieser Gruppe nicht weiter zu vernachlässigen, sondern durch den Abbau von Ausschlussmechanismen zu erweitern.

Eine Schlüsselrolle kommt dabei Investitionen in Bildung, Pflege und Betreuung zu. Dadurch werden

die Konjunktur stützende Arbeitsplätze geschaffen und darüber hinaus gleichstellungspolitische Impulse gesetzt. In die Qualität von Bildung zu investieren, hieße dann auch, der Verankerung von gleichstellungsfeindlichen Stereotypen im gesamten Bildungswesen entgegenzuwirken. Mit der Ausweitung öffentlicher Pflege- und Betreuungsleistungen würde nicht nur dem wachsenden Bedarf entsprochen. Das Ausmaß unbezahlter, vorwiegend von Frauen geleisteter Arbeit bei der Pflege und Betreuung von Angehörigen ließe sich dadurch reduzieren.

Zwei Frauen stehen vor einem Schaufenster des Bürgerladens in Frankfurt (Oder). dpa Picture Alliance



Eine wesentliche Strategie ist nach wie vor die Arbeitszeitverkürzung, um Erwerbsarbeit und unbezahlte Versorgungsarbeit gleicher zu verteilen. Um den privaten Konsum zu stützen und steigender Armut entgegenzuwirken, müsste Konjunkturpolitik auch Umverteilung zugunsten des unteren Einkommensdrittels einschließen. Bei diesen Einkommen an oder unter der Armutsgrenze sind Frauen deutlich überrepräsentiert.

All solche Optionen werden in den aktuellen Krisendebatten weitgehend negiert. Geschlecht als analytische Kategorie wird ausgeblendet. Ökonomie wird weitgehend auf das Marktsegment beschränkt. Feministische Ökonomie hat andere Ansätze: Sie stellt die Verknüpfung von gewinnorientiertem Markt, Non-Profit-Sektor, staatlicher Dienstleistungsökonomie und Reproduktionsbereich in den Vordergrund. Das Leben mit Kindern, also die Sorge um andere, wird als alternative ökonomische Rationalität gesehen. In einem solchen Verständnis von Ökonomie könnte der Schlüssel zu einer nachhaltigen Lösung der Krise liegen. Das kann gelingen, wenn Ökonomie das gesamte Feld wirtschaftlicher Aktivitäten einschließt, also nicht nur auf Profitmaximierungen setzt.

Das sind die Fragen, die aktuell gestellt werden müssen:

- Wie soll das Verhältnis zwischen den ökonomischen Sektoren gestaltet werden?
- Wo liegen die Grenzen des Marktes?
- Wo wären genossenschaftliche, kooperative, gemeinwirtschaftliche Modelle sinnvoll?

All dies kann nur in einer breiten demokratischen Auseinandersetzung geklärt werden. Schließlich stehen nicht nur Grundfragen wirtschaftlicher, sondern auch gesellschaftlicher Organisation zur Disposition.

Ausführlicher hat Gabriele Michalitsch diese Überlegungen dargelegt unter dem Titel „Umsteuern: Mit feministischer Politik der Finanz- und Wirtschaftskrise begegnen“ in der Dokumentation einer gemeinsamen Veranstaltung der FES und der Frauenakademie München mit dem Münchener Frauennetz für eine frauengerechte Stadt und der Hochschule München im Juli 2009. Mit dem Sym-

posium „Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise“, so auch der Titel der Dokumentation, waren folgende Ziele verbunden:

- Verständnis über die globalen Zusammenhänge der Krise zu schaffen,
- die geschlechtsspezifischen Dimensionen der Krise zu verdeutlichen,
- feministische Konzepte und Theorien zur Bewältigung der Krise vorzustellen und zu diskutieren,
- politische Forderungen aus Frauensicht zu formulieren.

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06753-20091109.pdf>

Wie sieht eine sozial gerechte Familienpolitik aus?

Ein grundlegendes Dilemma der Familienpolitik liege in dem Versuch, sowohl zwischen Familien und Kinderlosen, als auch zwischen armen und reichen Familien ausgleichen zu wollen, so Dr. Barbara Thiessen vom Deutschen Jugendinstitut im Rahmen eines ExpertInnenworkshops im Juli in Berlin. „Unsere Gesellschaft geht ohne funktionierende Familien vor die Hunde“, ist Prof. Dr. Christiane Dienel, Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit und Soziales in Sachsen-Anhalt, überzeugt. Deswegen, so Dienel, verdienen Familien eine Politik, die sich wirklich um Familien kümmert. Für Dienel müsse die Entscheidung für Kinder Menschen aller sozialen Schichten und in allen Lebenslagen gleich leicht gemacht werden. Manuela Schwesig, Ministerin für Soziales und Gesundheit in Mecklenburg-Vorpommern, forderte dagegen, sich vor allem um die Familien zu kümmern, die sich bereits für Kinder entschieden haben. Dazu gehört für sie die Vision, dass irgendwann alle Kinder Zugang haben müssen zu gesunder Ernährung, zu Bildung, zu gesellschaftlicher Teilhabe und zum sozialen Leben.

Zusammenfassung der Ergebnisse unter:
www.fes.de/forumpug/inhalt/publikationen.php

Bonner Forum Soziale Demokratie

Andrea Nahles: Plädoyer für „gute Arbeit, gutes Leben“



Über „Kapitalismus 2.0 – Irgendwie anders, irgendwie besser?“ diskutierten im letzten Sommer Politiker und Wissenschaftler bei der FES in Bonn. Andrea Nahles, damals stellvertretende SPD-Vorsitzende und heute Generalsekretärin der Partei, vertrat die Meinung, die Finanz- und Wirtschaftskrise biete auch die Chance zur Entwicklung eines neuen und gerechteren Kapitalismus. „Weg von einem System der Verantwortungslosigkeit, hin zu einem sozial regulierten Kapitalismus mit einer globalen Dimension.“ Wie wollen wir leben, müsse die Zukunftsfrage lauten und nicht wie bisher: Wie müssen wir leben, um den Anforderungen des Marktes gerecht zu werden? Mitgestaltung und Mitbestimmung seien die Kernelemente dieser neuen Gesellschaft.

Die heftig diskutierten Thesen von Andrea Nahles waren:

- Der Markt ist weder ein Träger von Werten, noch ist er ein Wert an sich. Was der Markt leisten soll, muss gesellschaftlich definiert werden.
- Um diese Vision anzustoßen, bedarf es eines fairen Lastenausgleichs. Was unter anderem bedeutet: Die Profiteure des „alten Systems“ müssen für die Bereinigung der Schäden aufkommen.
- Gute Arbeit und gutes Leben sind meist in Gesellschaften zu finden, die sich Regeln geben, die nicht nur wenigen, sondern der Mehrheit nutzen.

- Gewerkschaften sollten die Krise als Chance für mehr Mitbestimmung und Mitarbeiterbeteiligung begreifen, zum Beispiel durch die Gründung neuer Betriebsräte.

Ein künftiger Exportschlager ist für Andrea Nahles das, was sie die „Europäische Dreifaltigkeit“ nennt. Gemeint ist das Zusammenspiel zwischen einer starken Wirtschaft mit hoher Produktivität, einem hohen Bildungsniveau und hohen sozialen Standards. Dieses „Prinzip Europa“ sei allerdings nicht mit einem Kapitalismus angelsächsischer Art realisierbar.



Von wegen „Hobby“!

Asiatische Heimarbeiterinnen organisieren sich

Der informelle Sektor fällt überall auf der Welt aus den Wirtschaftsstatistiken. Er ist ein unregelter, rechtsloser Raum – besonders in den Entwicklungsländern. Es wird geschätzt, dass über zwei Drittel der Bevölkerung Asiens informell beschäftigt ist. Heimarbeiterin zu sein, heisst für diese Frauen, ihre Arbeit wird nicht registriert. Oft wird ihre Arbeit als Nebentätigkeit oder Hobby abgetan. Sie bekommen einen geringen Lohn und haben kein verlässliches regelmäßiges Einkommen. Sie sind ungeschützt vor Krisen, denn sie haben weder Sozial- noch Krankenversicherungen. Auch eine Altersvorsorge gibt es für sie nicht.

In Asiens Volkswirtschaften ist die Zahl der Arbeitsplätze hauptsächlich im informellen Sektor gestiegen. Dabei verteilt sich die Arbeit alles andere als gleichmäßig und gerecht zwischen den Geschlechtern: In der Mehrzahl sind es Frauen, die informell und schlecht bezahlt arbeiten. Sie werden über Subunternehmer und Mittelsmänner der formellen Wirtschaft rekrutiert und häufig ausgebeutet. Für die Endverbraucher des Produkts wie z.B. Käufer von Textilien „made in India“ bleiben sie unsichtbar.

Die FES bemüht sich weltweit um die Durchsetzung verbindlicher Sozialstandards. Seit Jahren unterstützt sie Partner in Asien, die Heimarbeiterinnen organisieren, damit diese wiederum menschenwürdige und existenzsichernde Arbeitsplätze einfordern können.

Die Organisation der südasiatischen Heimarbeiterinnen / Homenet South Asia (HNSA) ist ein herausragender Partner der FES. Über die Jahre ist ihre Arbeit immer politischer geworden. Mittlerweile setzt sie sich in ganz Asien für die ILO Konvention 177 ein. Diese Konvention ist in Deutschland umstritten. Ein Grund mehr für die FES, die Frauen an



v. links: Renana Jhabwala und Sapna Joshi

der Spitze von Homenet, **Renana Jhabwala** (Chairperson, HNSA Trust) und **Sapna Joshi** (Regionaldirektorin) zum Interview einzuladen:

FES: Wieviele Heimarbeiterinnen gibt es in Süd-asien und woran arbeiten die so?

Sapna Joshi: Die Mehrheit aller Arbeiterinnen auf der Welt arbeitet informell. Es gibt schätzungsweise 100 Millionen Heimarbeiterinnen weltweit. Die Hälfte davon, ca. 50 Millionen, arbeiten in Süd-asien. Heimarbeit findet in so vielen Industriezweigen und Dienstleistungsbereichen statt, da ist es schwierig zu sagen, welche Tätigkeiten sie im einzelnen ausüben. Es können traditionelle Stickerien und gewebte Textilien sein, mittlerweile



reicht das Arbeitsfeld in einigen Ländern aber bis hin zur Computerarbeit und modernen Home-Office Vereinbarungen, wie das Büro zuhause.

FES: Wie kam es zu „Homenet“? Woran arbeitet Ihr gerade, und gibt es Homenet nur in Südasien?

Renana Jhabwala: Wir haben vor genau zehn Jahren als subregionale Gruppe „Homenet Südasien“ angefangen. Mittlerweile ist Homenet ein Netzwerk von 600 Organisationen und repräsentiert über 300.000 Heimarbeiterinnen in Bangladesh, Indien, Nepal, Pakistan und Sri Lanka. Unsere Arbeit strahlt über die Region hinaus: Auch in Südostasien bekommt Homenet South-East Asia ständig neue Mitglieder. Es gibt schon Homenets in Thailand, Indonesien, auf den Philippinen, in Laos und die jüngste ist in Kambodscha. Am Anfang haben uns ILO, UNIFEM und andere internationale Entwicklungsorganisationen sehr unterstützt, mittlerweile schaffen wir es aus eigener Kraft, immer mehr Leute zu mobilisieren. Der wichtigste Teil unserer Arbeit ist jetzt, beispielsweise wie in der Zusammenarbeit mit der FES, die politische Arbeit und natürlich die Öffentlichkeitsarbeit. Zu viele Leute sehen weg, wenn es um die Ausbeutung der Heimarbeiterinnen geht. Deshalb ist es uns wichtig, Politikprozesse in möglichst vielen Ländern zu

unterstützen, die darauf zielen, sozial gerechtere Bedingungen für Heimarbeit zu schaffen. Es ist wichtig, dass sich unsere Mitgliederorganisationen beteiligen können, wenn z.B. über eine spezielle Sozialgesetzgebung für Heimarbeiter diskutiert wird.

FES: Das ist ja ein riesiges Netzwerk, was Ihr da aufgebaut habt. Werdet Ihr von den Politikern in den Ländern ernstgenommen?

Sapna Joshi: Homenet SA ist ein Netzwerk der Netzwerke. Gerade das macht uns stark. Wenn ich an unsere Anfänge in Indien, Pakistan, Sri Lanka, Nepal und Bangladesh denke, dann bin ich wirklich stolz! Wir sind von der Basisgruppe zur Regierungsberatung aufgerückt. HNSA repräsentiert seine Mitglieder und ihre Organisationen regional und in internationalen Foren, während unsere Mitgliedsorganisationen in den Ländern immer mehr Heimarbeiterinnen organisieren. Wir unterstützen sie mit technischer Hilfe und über den Erfahrungsaustausch untereinander. So lernen sie verschiedene Lebensbedingungen und Arbeitserfahrungen in unterschiedlichen Ländern kennen und können wirksam politischen Druck ausüben. Wir sind durch unser regionales Netzwerk der Brennpunkt einer Massenbewegung. (Lacht) In Asien braucht man schon immer eine grosse Zahl von Leuten, wenn man das Gehör der Entscheidungsträger erreichen will. In Pakistan hatten wir großen Erfolg, dort interessieren sich mittlerweile viele für die Anliegen der Heimarbeiterinnen und wie die ILO Konvention 177 umgesetzt werden kann.

FES: Eine schöne Erfolgsgeschichte, aber wo seht Ihr denn die Herausforderungen für die Zukunft?

Sapna Joshi: Da gibt es so viele. Zuerst müssen wir mehr Leute davon überzeugen, dass das Schicksal der Heimarbeiterinnen wichtig ist. Dazu brauchen wir eine allgemeingültige international akzeptierte



Definition, was Heimarbeit ist. Wir haben hier in Asien angefangen – aber das ist schon so komplex, dass wir noch Zeit brauchen, bis wir uns wirklich einig sind.

FES: Ich dachte, es gibt eine ILO Definition?

Sapna Joshi: Ja, aber auf die können wir uns im asiatischen Kontext nicht einigen, das passt nicht. Solange wir unseren Gesetzgebern aber nicht sagen können, wer warum definitiv unter neue Gesetze fallen sollte, können die auch keine machen.

FES: Das macht es wahrscheinlich auch schwer Statistiken aufzustellen, damit man sich ein Bild vom Ausmaß der Heimarbeit machen kann.

Sapna Joshi: Ja, und außerdem, wer gibt bei einer offiziellen Umfrage schon gerne zu, dass er illegal arbeitet. Politiker nutzen die fehlenden Statistiken gerne als Argument, um den Sektor und seine sozialen Probleme kleinzureden. Selbst in Regierungskommissionen habe ich schon gehört, es sei so schwer festzustellen, wo die Nebenerwerbstätigkeit bzw. das „Hobby“ der Frauen aufhört und ihr Wertschöpfungsbeitrag zur Volkswirtschaft beginnt. Aber, ehrlich gesagt, bereitet uns vor allem die politische Situation in Südasien große Probleme. Bei soviel Instabilität schaffen wir es oft nicht, unsere Lobbyarbeit durchzuhalten. In Nepal z.B. liegt ein

ILO HOMEWORK CONVENTION 177

Fordert die Regierungen auf, nationale politischen Richtlinien für heimbasierte ArbeiterInnen aufzustellen und diese speziell in den folgenden Bereichen anderen ArbeiterInnen gleichzustellen:

- Recht auf den Beitritt zu einer Organisation
- Arbeitssicherheit und Gesundheit
- Gehalt
- Sozialversicherung
- Mutterschutz

Heimarbeitsgesetzentwurf dem Parlament vor, doch die Regierung ist so instabil, dass sie immer Probleme hat, die dringender sind. Andere Staaten wie z.B. Sri Lanka sind mit ihren internen Konflikten so stark beschäftigt, dass es fast unmöglich ist, überhaupt einen Dialog mit der Regierung zu beginnen. Außerdem wisst Ihr bei der FES, wie schwer es ist, regional in Asien zu arbeiten. Alleine die Visaanträge sind aufgrund der schwierigen Nachbarschaftsbeziehungen und Sicherheitslage eine Herausforderung.

FES: Meint Ihr, Homenet schafft es trotzdem, die Ratifizierung der Konvention 177 in den nächsten 20 Jahren voranzutreiben?

Renana Jhabwala: Ich habe eine Vision: Wenn wir es schaffen, unseren Organisationsgrad weiter zu erhöhen und unsere Netzwerke zu stärken, werden in 20 Jahren emanzipierte Heimarbeiterinnen in ganz Asien ihre wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte verwirklichen können. Das muss heißen, dass sie Einkommens- und Arbeitsplatzsicherheit haben und, ganz wichtig, dass es soziale Sicherungssysteme gibt, an denen sie teilhaben. Wir hoffen auch, dass wir noch erleben werden, dass sich die nationale und internationale Politik mehr und besser um die Belange der Heimarbeiterinnen kümmert.

Das Interview führte das Team der Regionalen Zusammenarbeit für Geschlechtergerechtigkeit im FES-Regionalprojekt Asien, das seinen Sitz in Delhi hat.



Geschlechtergerechtigkeit im Alltag – Herausforderung für Verwaltungen und Gesellschaft

Gespräch mit Jens Böhrnsen, Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen



Seit 2005 ist der Jurist Jens Böhrnsen Präsident des Senats und Bürgermeister von Bremen. Auch er setzt die alte Tradition der Hansestadt fort, trotz knapper Mittel in das soziale Leben und den Zusammenhalt der Bürger zu investieren. Immer wieder hat das kleinste Bundesland hier eine Vorreiterrolle übernommen – auch beim Thema Geschlechtergerechtigkeit und Gender Budgeting.

Herr Böhrnsen, was macht eine Kommune zu einer gender-gerechten Stadt?

Eine Stadt, die für Frauen und Männer gleichermaßen einen attraktiven Lebensraum bietet, nenne ich geschlechtergerecht. Kommunen können es sich gar nicht mehr leisten, mit ihren begrenzten Mitteln auf Maßnahmen zu setzen, die an der einen Hälfte der Bevölkerung vorbeigehen. Eine Stadt muss einen Beitrag dazu leisten, gleichberechtigte Lebensmodelle zu ermöglichen und zu fördern.

Der Begriff „Gender“ ist sperrig. Viele Männer können damit wenig anfangen. Wie ist das in Bremen?

Wir haben bereits 2002 beschlossen, Gender Mainstreaming umzusetzen. Deshalb stoße ich immer mehr auf Männer, die der Geschlechtergerechtigkeit in allen möglichen Politik- und Arbeitsbereichen einen hohen Stellenwert geben.

Ein wichtiges Stichwort ist Gender Budgeting. Das heißt, alle Maßnahmen einer Stadtregierung sollen auf ihre Auswirkungen auf Männer und Frauen hin abgeklopft werden. Ist das im politischen Alltag schon in den Köpfen?

Wir sind auf dem Weg. Aus Bremen kann ich berichten, dass wir bei der Haushaltsaufstellung 2010/2011 erstmals Gender Budgeting in Pilotprojekten angewendet haben. Jetzt geht es darum, die Erfahrungen aus diesem ersten Durchgang aufzubereiten. Ziel ist es, unsere Ausgabenpolitik daraufhin zu prüfen, welchen Effekt sie auf die Gleichberechtigung der Geschlechter hat.



Wichtige Themen für Bürgerinnen und Bürger sind Bildung, Kinderbetreuung, Freizeitangebote für Familien. Haben Sie da angesichts der angespannten Haushaltsslage noch Gestaltungsfreiheit?

Die Gestaltungsfreiheit, die wir haben, nutzen wir besonders für soziale Gerechtigkeit für Kinder und Jugendliche in unserem Land. Der Ausbau qualitativ hochwertiger Kinderbetreuungsangebote sowie die Verbesserung von Schulen und Hochschule stehen bei uns ganz oben auf der Tagesordnung. Es ist uns gelungen, einen parteiübergreifenden Konsens über die Schulentwicklung in den kommenden Jahren herzustellen.

Bremen hatte die erste Frauenbeauftragte in einem deutschen Land. Hat sich der Blick auf ganz praktische Fragen der Gleichstellung dadurch schon früh geändert?

Die Einrichtung der „Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau“ war ja eine Folge der Frauenbewegung. Die Landesfrauenbeauftragte macht uns Politikerinnen und Politiker immer wieder darauf aufmerksam, wo die Interessen von Frauen bei unseren Entscheidungen zu kurz kommen. Natürlich verändert sich dadurch Politik. Die Landesgleichstellungsstelle mit ihrer Vernetzung in die Städte Bremerhaven und Bremen hinein transportiert immer wieder wichtige Anliegen der Frauen vor Ort. Gleichzeitig wirkt sie mit ihrer Arbeit in die unterschiedlichen Ressorts hinein und erwirkt so Strukturveränderungen. Wir erleben zu Anfang des 21. Jahrhunderts in Deutschland einen immer noch eklatanten Widerspruch zwischen der rechtlichen Gleichstellung von Frauen, die weitgehend verwirklicht ist, und der faktischen Gleichstellung von Frauen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, die bei weitem noch nicht umgesetzt ist.

Haben Frauen einen anderen Blick, wenn es um die Auswirkungen einzelner Entscheidungen auf die Menschen geht?

Frauen haben diesen anderen Blick nicht, weil sie Frauen sind. Sie bringen jedoch häufig ganz andere Lebenserfahrungen mit als Männer, die ja immer noch viele Entscheidungspositionen in unserer Gesellschaft besetzen. Diese Erfahrungen weiten den Blick für die ganz unterschiedlichen Lebensumstände in unserer Gesellschaft. Deshalb sind gemischte Teams im Problemlösen besser. Das hat mittlerweile auch die Wirtschaft erkannt.

Was können Sie in der Verwaltung Frauen und Männern anbieten zum Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“?

Bremen hat den bundesweiten Leuchtturm „Verbundprojekt Beruf und Familie“ entwickelt. Dort werden Unternehmen beraten und vernetzt, die sich der Problematik stellen. Einige unserer Behörden wie die Polizei haben sich bereits erfolgreich durch das Audit „Beruf und Familie“ ihre familienfreundliche Politik zertifizieren lassen, andere sind auf dem Weg dorthin. Was wir im Moment beobachten: Es geht nicht nur um die Betreuung der Kinder, sondern zunehmend auch um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Familienangehörige pflegen und das zusätzlich zu ihrer Arbeit organisieren müssen. Hier werden sich allen Arbeitgebern in Zukunft noch große Herausforderungen stellen.

Die beste Absicherung gegen Armut ist eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit. In Bremen arbeiten wir daran, Mütter und Väter gleichermaßen darin zu unterstützen, Anschluss an den Arbeitsmarkt zu finden. Ein Beispiel dafür ist das Bremer Chancengleichheitsprogramm oder das in Planung befindliche Programm „Gute Arbeit für Alleinerziehende“. Gleichzeitig arbeiten wir mit der SPD an der Umsetzung des Mindestlohns. Letztes Jahr hatten wir in Bremen eine Fachtagung „Programmierte Frauenarmut?“ mit bundesweiter Resonanz. Dort wurde genau herausgearbeitet, an welchen biografischen Schnittstellen Frauen und Mütter Armutsrisiken tragen müssen: Beim Übergang von der Schule in den Beruf. Beim faktischen Ausschluss der Mütter vom Arbeitsmarkt. Durch prekäre Arbeitsverhältnisse und Erwerbslosigkeit. Durch ein Sozialversicherungssystem, das die typischen Lebenslagen von Frauen nicht berücksichtigt mit der Folge drohender Altersarmut. An diesen Themen müssen wir weiter arbeiten.

Der Bremer Senat will den sozialen Zusammenhalt weiter stärken und gegen Benachteiligung kämpfen. Sozialer Zusammenhalt bedeutet gesellschaftliche Solidarität, ein Füreinander-Einstehen, Toleranz und Rücksichtnahme. Gelebt und in die Tat umgesetzt wird das von den Menschen – ganz individuell und in vielen Gruppen. Sozialer Zusammenhalt, das ist eine gute Kita, in der Kinder optimal gefördert werden. Das ist die Werkstatt, in der Menschen mit Behinderungen gerne arbeiten. Das ist die Wohnanlage für alte Menschen, die ganz selbstverständlich eine Kindergruppe beherbergt und einen Mittagstisch für die Nachbarn anbietet. Das ist das freiwillige Engagement von Männern und Frauen in zahlreichen Vereinen und Hilfsorganisationen. Dafür gute Bedingungen zu schaffen, ist ein großes Anliegen in unserem Stadtstaat.

Natürlich ist gleichberechtigte Teilhabe immer noch ein Thema. Nach wie vor begehen wir jedes Jahr den Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, weil häusliche Gewalt von vielen immer noch als Kavaliersdelikt gesehen wird. Das nehmen wir nicht hin und haben in Bremen mit dem Wegweisungsrecht, um nur ein Beispiel zu nennen, den betroffenen Frauen ein Instrument an die Hand gegeben, um sich zu wehren.

Frauen verdienen in unserem Land 25% weniger als Männer. Dieser Entgeltunterschied muss endlich wirksam bekämpft werden. Wir brauchen mehr Frauen in Führungspositionen, damit der Blickwinkel von Frauen bei wichtigen Entscheidungen mehr zum Tragen kommt. Auch da sind wir in Bremen auf einem guten Weg: Wir haben eine Präsidentin des Rechnungshofs, eine Landesbeauftragte für den Datenschutz und eine Frau an der Spitze der Landesmedienanstalt, um nur einige zu nennen. Trotzdem belegen die Statistiken noch einen deutlichen Nachholbedarf, was Leitungspositionen angeht. Um Frauen und Männern eine gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen, hat unser Staat noch viele Hausaufgaben zu erledigen, und das nicht nur in Bremen.

Immer mehr Menschen befinden sich in prekären Arbeitsverhältnissen, besonders alleinerziehende Frauen sind davon betroffen. Was tun Sie, was können Sie tun, um die Armut abzumildern?

Materielle Armut führt zum Ausschluss aus der Gesellschaft. Das ist besonders für Kinder dramatisch. Was können Sie dagegen unternehmen?

Welche Wünsche und Forderungen tragen die Frauen in Bremen und Bremerhaven an Sie heran? Ist gleichberechtigte Teilhabe immer noch Thema oder können Sie sagen: Bremen hat seine Hausaufgaben gemacht?

Auf dem Weg zu einer geschlechter- gerechten Stadt

„Das Pflänzchen entwickelt sich, muss aber laufend gegossen werden“, so lautete das Fazit von Bremens Senatsrat Rolf-Gerhard Facklam bei einem Seminartag der FES, bei dem es um die Entwicklung des Gender Mainstreaming in Politik und Verwaltung der beiden Städte Bremen und Bremerhaven ging. Im Land Bremen wird die Strategie des Gender Mainstreaming seit 2002 verfolgt. Das Seminar bot Gelegenheit, aus den dort gewonnenen Erfahrungen Anregungen für Bremerhaven zu gewinnen.

Facklam zeigte Pilotprojekte und Projektideen beim Senator für Inneres und Sport und beschrieb beispielhaftes Vorgehen bei der Umsetzung. Das Ziel einer familienfreundlichen Personalpolitik bei der Polizei stand dabei ebenso auf der Agenda wie die Rahmenbedingungen von Gender Budgeting. Thomas Reinicke, Leiter des Gartenbauamtes Bremerhaven, wies darauf hin, dass die frühe Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in Planungsvorhaben extrem wichtig sei, um sicherzustellen, dass entscheidende Gesichtspunkte, beispielsweise bei der Gestaltung von Kitas, Schulen und Parks, von Anfang an mit einbezogen würden.

Fünf Arbeitsgruppen entwickelten Projektideen für eine geschlechtergerechte Gestaltung in Bereichen wie Wirtschaft, Gesundheit oder Tourismus in Bremerhaven. Wie herausfordernd die Gestaltung und Umsetzung von geschlechtersensiblen Ideen in diesen Politikfeldern sein können, wurde in diesen Projekten deutlich. Gleichgültig, ob es um die Produktion touristischen Marketingmaterials geht oder um Strategien zur Mobilisierung von Frauen in Kleinbetrieben – traditionelle Problemdefinitionen, Sichtweisen und Lösungsideen müssen erst einmal durch eine genderfokussierte Analyse überwunden werden. Die Frage nach den möglicherweise doch unterschiedlichen Auswirkungen auf die beiden Geschlechter bei einer scheinbar technisch neutralen Entscheidung zeigte rasch, dass in der Tat auch die Planer lernen müssen, Gender Mainstreaming als praktische Strategie zu sachgerechteren Lösungen auch und gerade in der öffentlichen Verwaltung und der Stadtgestaltung anzuwenden.

Indien: Straßenhändlerinnen kämpfen für ihre Rechte

In Indien wie in vielen Teilen der Dritten Welt sind Straßenhändler allgegenwärtig. Sie sind Teil eines riesigen informellen Sektors, in dem mit rund 400 Millionen Menschen 90% aller Erwerbstätigen in diesem Land ein Auskommen suchen. Man schätzt, dass es in Indien insgesamt 20 Millionen Straßenhändler gibt. Davon sind über sechs Millionen Frauen. Sie bieten Waren zu günstigen Preisen an, was diese Erzeugnisse für die große Mehrzahl der Bevölkerung erschwinglich macht. Trotzdem werden sie von Polizei und Behörden schikaniert, weil Straßenhandel als gesetzwidrig gilt und sie wie alle im informellen Sektor Tätigen weitgehend recht- und schutzlos sind.

Die in Indien mit Abstand größte Selbsthilfeorganisation ist die „Self Employed Women Association“ (SEWA), die Frauen im informellen Sektor und darunter seit einigen Jahren auch Straßenhändlerinnen organisiert. Sie ist kein klassischer Gewerkschaftsdachverband, arbeitet aber mit anderen Schwesterorganisationen zu-



sammen und kommt mit diesen auf eine Million Mitglieder. SEWA ist Mitglied im internationalen Gewerkschaftsbund und unterhält weltweit Kontakte zu Frauenorganisationen und Nichtregierungsorganisationen.

Auf Initiative von SEWA und der Selbsthilfeorganisation Nidan, beides langjährige Partner der Friedrich-Ebert-Stiftung, entstand eine „Nationale Allianz der Straßenhändler Indiens“. Dieser gehören heute 737 Organisationen mit rund 300.000 Mitgliedern an. Die Allianz veranstaltete im Juli 2009 eine zweitägige Konferenz in Delhi, an der 700 Delegierte aus allen Landesteilen teilnahmen. Sie erreichten, dass die anwesende Ministerpräsidentin des Bundesstaates Delhi, Sheila Dixit, ein Gesetz zusicherte, auf dessen Grundlage der Straßenhandel in Delhi künftig rechtmäßig wäre. Dixit versprach darüber hinaus die Einrichtung von 200.000 Verkaufsständen. Dies wäre für die Händlerinnen und Händler zumindest der Anfang für ein menschenwürdiges Leben.



Weiblich, behindert – diskriminiert?

Über die Rechte von Frauen und Mädchen mit Behinderung

„Weiblich, behindert – diskriminiert?“ fragte das Forum Politik und Gesellschaft im November auf einer Tagung für Frauen und Mädchen mit Behinderung. Anlass für die Konferenz war die neue UN-Behindertenrechtskonvention, die im März 2009 in Deutschland in Kraft getreten ist. Darin wird die mehrfache Diskriminierung von Frauen mit Behinderungen in Artikel 6 erstmals explizit anerkannt und der Gesetzgeber zum Handeln verpflichtet. Im Verlauf der Tagung wurde schnell deutlich, dass Frauen mit Behinderung auch gegenüber Männern mit Handicap benachteiligt sind. Ein Beleg dafür sei die deutlich geringere Erwerbsquote von Frauen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt, erläuterte die behindertenpolitische Sprecherin der Berliner SPD-Fraktion Birgit Monteiro. Außerdem fehle es flächendeckend an barrierefreien Arztpraxen, Beratungsstellen und Frauenhäusern. Susanne Krumpholz vom „Weibernetz“, einer bundesweiten politischen Interessenvertretung von Frauen mit Behinderung, forderte eine gerechtere Verteilung von Haushaltsmitteln, Förderinstrumenten und Arbeitsstellen.

Nach Einschätzung von Ulrike Schildmann, Professorin für Frauenforschung in Rehabilitation und Pädagogik bei Behinderung an der Technischen Universität Dortmund, würde eine konsequentere Umsetzung des Gender Mainstreaming letztlich auch Frauen und Mädchen mit Behinderung zugute kommen. Laut Susanne Krumpholz ist es darüber hinaus notwendig, Frauen mit Behinderung effektiver vor (sexueller) Gewalt zu schützen. Die Politik sieht sie insgesamt in der Pflicht, einen Aktionsplan zur konsequenten Umsetzung der UN-Konvention zu erarbeiten und zu einer breiteren Bewusstseinsbildung für die Belange der Menschen mit Behinderung beizutragen. Mehr unter www.fes.de/forumug/inhalt/doku.

Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung für TAC

Frauen in Südafrika kämpfen für HIV-Infizierte, auch gegen die eigene Regierung und die Macht der Gesundheitsindustrie

Wer an einem grauen Dezembertag 2009 den Weg zum Konferenzsaal der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin suchte, musste an einer Wand von Tafeln vorbeigehen. Dort konnten die Gäste vor der Verleihung des Menschenrechtspreises an die südafrikanische Menschenrechtsorganisation „Treatment Action Campaign“ (TAC) die Lebensgeschichten von HIV-infizierten oder AIDS-kranken Frauen nachlesen. Und diese Schicksale ließen niemanden unberührt:

Imani, 25 Jahre alt, wurde von ihrer Familie verstoßen, als sie von ihrer Diagnose HIV-positiv erfuhr. Sie erhielt keine Behandlung, hatte kein Geld, starb unversorgt, von den Nachbarn gemieden.

Flora, seit vielen Jahren verwitwet, erfuhr mit Ende 50, dass sie HIV-positiv ist. Sie weiß nicht, wie sie sich infiziert hat. Sie hat große Angst, hat sich ihren Kindern und Freunden anvertraut. Ihre Infektion ist weit fortgeschritten, sie hat viel Gewicht verloren, fürchtet, dass sie bald sterben wird. Es macht sie traurig, sagt sie, dass Menschen häufig erst dann eine antiretrovirale Behandlung bekommen, wenn sie sehr krank sind.

Susan, heute Anfang 30, wurde von ihrem Mann angesteckt. Sie war wütend auf ihn, fand sich mit der Zeit aber mit den Tatsachen ab. Ihr Mann starb 2003, eine Behandlung konnten sich beide damals nicht leisten. Heute lebt sie mit einem HIV-negativen Mann zusammen, hat einen gesunden dreijährigen Sohn.

Sheila, 45 Jahre, zwei Kinder, arbeitet als Haushaltshilfe, verdient im Monat umgerechnet 60 Euro. Sie hatte Glück. Als sich herausstellte, dass sie HIV-positiv ist, der Ausbruch von AIDS unmittelbar bevorstand, übernahmen ihre Arbeitgeber die Kosten für die Behandlung von 270 Euro im Monat. Es geht ihr gut.

Sheila, Susan, Flora und viele andere infizierte Frauen arbeiten heute ehrenamtlich in Organisationen, die AIDS-Kranke betreuen oder – wie TAC – auf allen Ebenen politisch gegen die Ausbreitung der Seuche ankämpfen.

Die New York Times nennt TAC „the world’s most effective AIDS group“. Zehn HIV-positive Menschen taten sich im Jahre 1998 zusammen, weil sie nicht länger hinnehmen wollten, dass allein in

Noloyiso Ntamenthlo, TAC, Anke Fuchs, Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nonkosi Khumalo, TAC. Foto: Jens Schicke



Heute arbeitet TAC überaus erfolgreich mit rund 16 000 ehrenamtlichen und 72 hauptamtlichen Mitarbeitern.

Südafrika hunderttausende von Menschen an AIDS sterben mussten, denen zu helfen gewesen wäre. Sie starben, weil es an Aufklärung mangelte, weil sie die viel zu teuren wirkungsvollen Medikamente nicht bezahlen konnten, weil die südafrikanische Regierung die Gefahren verharmloste und Infizierten (und das noch bis zum Jahre 2006!) eine Kombinationstherapie aus Knoblauch, Rote Bete und Zitrone empfahl. Heute arbeitet TAC überaus erfolgreich mit rund 16000 ehrenamtlichen und 72 hauptamtlichen Mitarbeitern. In 267 Niederlassungen in Südafrika werden Menschen beraten. Vor allem aber kämpft die Organisation für einen gleichberechtigten Zugang aller Bürger zu einem wirkungsvollen Gesundheitssystem.

Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sichert jedem Menschen das Recht auf Gesundheit und Hilfe bei Krankheit zu. Um das durchzusetzen, hat TAC sogar die eigene Regierung verklagt. Denn Südafrika ist eines der von der Pandemie am stärksten betroffenen Länder weltweit. 20% der Bevölkerung sind infiziert. Man spricht in allen Ländern Afrikas südlich der Sahara von einer Feminisierung der Seuche. Erschreckend hoch sind auch die Infektionsrate bei Neugeborenen und die Zahl der AIDS-Waisen.

Im bis auf den letzten Platz besetzten Konferenzsaal der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin berichtete Nonkosi Khumalo, die Vorsitzende von TAC, von der Arbeit ihrer Organisation. Viele Frauen arbeiten in der Führung „und wir werden die Welt verwandeln“. Die sympathische junge Frau, warmherzig, heiter und voller Stolz auf die couragierte Arbeit von TAC, erzählte, wie alles anfing: „Die Regierung leugnete, dass es AIDS gab. Wir haben Protestaktionen gestartet, haben die Verfassung genutzt, um unsere Rechte einzuklagen, das Recht auf Gesundheit, auf Gleichheit, auf Gleichbehandlung.“



Es war ein schwerer Weg, vor allem in den ersten Jahren. TAC wurde diskriminiert als Lobby-Organisation der Pharmaindustrie. Immer wieder wurden die Mitglieder mobilisiert, um bei Behörden Prävention, Medikamente, Betreuung der Kranken einzufordern und einzuklagen. Nonkosi Khumalo erzählt temperamentvoll und gestenreich, wie die Praxis in ihrem Land immer noch aussieht: „Die Regierung empfiehlt Treue und Kondome. Aber man stellt den Männern nur vier Kondome im Jahr zur Verfügung. Da sprechen die von Verantwortung und dann vier Kondome im Jahr!“ Bis heute erhalten nur 50% der Infizierten eine Behandlung, das ist zwar ein großer Fortschritt, aber immer noch beschämend für Südafrika. Während Nonkosi Khumalo sprudelnd erzählt, zum Beispiel über das immer noch bestehende Tabu, über Sex zu reden, blicken die konzentriert zuhörenden Gäste auf ein großes Foto hinter ihr an der Wand: Es zeigt die junge Frau mit ihrer kleinen Tochter.

Zur Zeit ist die Hauptsorge von TAC der Patentschutz auf eine neue Generation von wirkungsvollen Medikamenten mit weniger Nebenwirkungen. Die sind für den größten Teil der Bevölkerung unbezahlbar. Da Südafrika selbst keine großen Pharmaunternehmen hat, ist das Land auf internationale Solidarität angewiesen. Schon einmal hat TAC es geschafft, die Preise für Medikamente zu drücken, nun brauchen die Organisatorinnen wieder internationale Hilfe. Der Kampf beginnt also von vorne. Einigkeit herrschte auf dem Podium, dass die internationale Politik hier Regeln schaffen muss gegen die Auswüchse, zum Beispiel ein Verbot patentgeschützter Forschung in bestimmten Bereichen durchsetzen muss oder einen Patentpool, damit man sich etwa bei Kombipräparaten nicht mit mehreren Firmen auseinandersetzen muss.

Warum ging der angesehene Menschenrechtspreis der FES an TAC? Die knappe Antwort der FES-Vorsitzenden Anke Fuchs bei der Verleihung des Preises war: „Sie haben vielen Menschen Zugang zu Medikamenten verschafft, Sie haben viele Menschen aus der Diskriminierung herausgeholt, ihnen damit ihre Würde zurückgegeben und dabei gegen die eigene Regierung gekämpft.“

Bei aller strahlenden Freude über den Preis erinnerte Nonkosi Khumalo in ihrer Dankesrede noch einmal sehr ernst an die Realität ihres Landes: „Frauen werden vergewaltigt und ermordet. Ich selbst bin eine misshandelte Frau. Hunderttausende starben an einer behandelbaren Krankheit. Viele TAC-Mitglieder sind während des Kampfes gestorben, haben die Erfolge nicht mehr erlebt. Wir brauchen Ihre Hilfe.“



Das Recht auf Gesundheit ist ein unverzichtbares soziales Menschenrecht

Herta Däubler-Gmelin zum FES-Menschenrechtspreis an TAC

Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin ist die Vorsitzende des Ausschusses für Rechtsangelegenheiten und Menschenrechte der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Sie hielt die Laudatio bei der Verleihung des FES-Menschenrechtspreises an TAC. Die Arbeit von TAC hat sie in Südafrika kennen- und bewundern gelernt:

Herta Däubler-Gmelin: Mein Sohn hat als junger Arzt ein halbes Jahr im Chris-Hani-Hospital in Soweto gearbeitet. Ich habe ihn dort besucht. Die Lage der AIDS-Kranken und HIV-Infizierten war schrecklich, weil die Regierung von Südafrika sich bekanntlich nicht kümmerte. Die TAC hat damals versucht, über zivilgesellschaftliche Proteste eine Änderung dieser Politik zu erzwingen. Das genau macht ihren Wert aus.

Gehört für Sie das Menschenrecht auf Gesundheit zu den Freiheitsrechten?

Als soziales Menschenrecht gehört es zur Gesamtheit der Menschenrechte. Freiheit ohne soziale Rechte schafft ja ebenso wenig eine lebenswerte Gesellschaft wie soziale Sicherung ohne Freiheit.

Hängt der Erfolg von TAC auch damit zusammen, dass Südafrika eine funktionierende Demokratie ist, in der Bürgerproteste respektiert werden?

Ja, zumal die Zivilgesellschaft gerade in der schwarzen Mehrheitsbevölkerung immer stärker verankert ist. Auch die Freiheit der Presse trägt zu den Erfolgen bei.



Noloyiso Ntamenthlo, TAC, Nonkosi Khumalo, TAC, und Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin. Foto: Jens Schicke

Die Schattenseite ist, dass die Regierung über viele Jahre die Pandemie ignoriert hat. Wie konnte das geschehen?

Diese Fehleinschätzung von Thabo Mbeki ist tragisch. Allerdings hätte der ANC diese falsche Politik korrigieren müssen. Es ist gut, dass Jacob Zuma und sein Gesundheitsminister jetzt das Ruder der Regierungspolitik klar und eindeutig herumgeworfen haben.

Immer noch gibt es für 50% der Bevölkerung keine adäquate Behandlung und nur für ein Drittel der infizierten Kinder Medikamente. Auf dem Land ist die Situation besonders schlimm. Was also muss geschehen?

Die ausreichende Versorgung mit Medikamenten ist jetzt Regierungspolitik. Das ist gut. Nicht ausreichend ist bisher die Struktur der Gesundheitsinstitutionen, besonders auf dem Land. Vieles bleibt zu tun. Vor allem müssen die EU-Länder ihre Abwerbung von Ärzten und Pflegepersonal schnellstens beenden.

Ein Thema, das Südafrika (und viele andere Länder) nicht allein lösen kann, ist der hohe Preis der durch Patente geschützten Medikamente. Wie kann die Welt helfen? Was muss auf internationaler Ebene geschehen?

Das geltende globale Patentrecht muss im Hinblick auf existenziell nötige Medikamente geändert werden. Da gibt es Lösungen. Es ist wichtig, dass schnell und kooperativ gehandelt wird.

Ist eigentlich in Deutschland alles in Ordnung? Bekommt, wer immer sie braucht, die notwendige medizinische Behandlung?

Nein. Ich spreche jetzt übrigens nicht über die weder sinnvolle noch gerechte Aufteilung in gesetzliche und private Versicherungen. Vielmehr geht es um die vielen Menschen, die ohne gültige Papiere hier leben. Sie können ihr Menschenrecht auf Gesundheitsfürsorge nur realisieren, wenn sie in Kauf nehmen, ausgewiesen zu werden. Das geht nicht. Unser Staat hat natürlich das Recht, auf gültigen Papieren zu bestehen. Das Menschenrecht auf Gesundheitsfürsorge, aber auch auf Bildung oder Rechtsschutz, muss dennoch gewährleistet sein. Auch dafür gibt es Lösungen.

Sexualisierte Kriegsgewalt



Kriegsbeute (das Bild stellt eine Aktion von medica mondiale in der Kölner Fußgängerzone dar, um auf das Phänomen der Kriegsvergewaltigungen hinzuweisen). Foto: medica mondiale

Nach einer Studie der Vereinten Nationen ist der Kongo eines der Länder, in denen sexuelle Gewalt als Kriegswaffe besonders brutal und systematisch eingesetzt wird und zahllose Opfer fordert. Im Nordosten des Kongo marodieren Milizen durch die unzugänglichen Wälder. Sie töten, plündern, brandschatzen. Frauen und Kinder werden systematisch vergewaltigt und misshandelt. Susanne Babila hat über den alltäglichen Horror im Kongo einen Film gedreht und wurde dafür mit dem 5. Marler Fernsehpreis für Menschenrechte von Amnesty International ausgezeichnet. Das Fritz-Erler-Forum der FES zeigte den Film im Oktober in Stuttgart und diskutierte mit der Filmemacherin Susanne Babila Hintergründe und Erfahrungen der dokumentierten Scheußlichkeiten. Die Ereignisse im Kongo selbst sind in der Bundesrepublik relativ wenig bekannt. Die Veranstaltung half daher, die Kenntnisse über die dramatische Situation in diesem zentralafrikanischen Staat zu verbreitern und zugleich das Bewusstsein für das weltweite Phänomen zu schärfen, sexuelle Gewalt als Mittel kriegerischer Konflikte einzusetzen.

Denn die Greuel der Soldateska und das Leid der Opfer sexueller Gewalt sind kein auf einen bestimmten Konflikt oder eine geographische Region konzentriertes Drama. Die FES hat dies auch auf weiteren Veranstaltungen beleuchtet.

Mehr als 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges hat z.B. der Film „Anonyma“ auch in Deutschland die Debatte um sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe und um die Vergewaltigungen, die damals viele Frauen durch die Besatzungstruppen erlitten haben, weiter angestoßen. Lange Jahre war dieses Thema ein Tabu in Deutschland, viele Frauen konnten sich ihr Leben lang niemanden anvertrauen. Die psychischen und physischen Folgen der Vergewaltigung und die Traumatisierung der Frauen wurde dadurch verschärft, dass die von ihnen durchlebten Leiden weder von der Gesellschaft noch von den Familien oder Partnern anerkannt wurden.

Eine, die gesellschaftliche Tabus auf diesem Gebiet nie hingenommen hat und die in Deutschland und vielen anderen Ländern einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet hat, dass dieses Thema nicht totgeschwiegen wird, ist Monika Hauser. Seit 1993, provoziert von den Grausamkeiten des Balkankrieges, setzt sie sich mit ihrer Organisation medica mondiale (www.medicamondiale.org) in mittlerweile mehr als zehn Ländern für Frauen ein, die unter den Folgen sexualisierter Kriegsgewalt leiden. In ihrer aktuellen Biographie „Nicht aufhören anzufangen: Eine Ärztin im Einsatz für kriegstraumatisierte Frauen“ zeichnet Chantal Louis ein lebendiges Bild von Monika Hausers vielfältigem Engagement.

Monika Hauser selbst stellte auf einer FES-Konferenz in Berlin ihr Engagement und auch das Buch vor. Sie sieht ihre Auszeichnung mit dem Alternativen Nobelpreis 2008 als Auftrag, sich weiter zu engagieren trotz der Widerstände, gegen die sie von Anfang an ankämpfen musste. „Ich möchte, dass die Welt sich für die Frauen verändert,“ forderte sie. Traumatisierten Frauen müsse beispielsweise das Recht auf Asyl gewährt werden.

Die Konferenz diskutierte, welche Lektionen aus der deutschen Vergangenheit mit Tätern und Opfern sexualisierter Kriegsgewalt, aber auch aus dem gegenwärtigen Umgang mit der Problematik gezogen werden können. Warum wurden die Erfahrungen der Frauen so lange tabuisiert? Wie kann heute eine effektive gesellschaftliche Auseinandersetzung damit gelingen? Welche Unterstützung brauchen Betroffene heute in der Traumarbeit?

Das Bedürfnis nach einer öffentlichen Diskussion ist erheblich. Das zeigten auch die rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Konferenz, die zum Teil erschütternde eigene Erfahrungen thematisierten. Durch die Opfer des Zweiten Weltkrieges steht auch die Altenpflege vor neuen Herausforderungen. Denn wenn ein Mensch sein ganzes Leben lang ein traumatisches Ereignis nicht verarbeiten kann, bricht das im Alter um so stärker wieder durch, erklärte Altenpflegerin und Traumaexpertin Martina Böhmer, die sich in Pflegeeinrichtungen für eine Sensibilisierung und Schulung des Personals auf diesem Gebiet einsetzt.

Das Thema wird leider angesichts der Unfriedlichkeit und kriegerischen Konflikte auf vielen Kontinenten nicht an Aktualität einbüßen. Grund genug, auch weiter die gesellschaftliche Aufmerksamkeit für dieses Problem zu schärfen und die Ächtung dieser Verbrechen aktiv zu betreiben.

Madagaskar: Umbruchphase für Gender Mainstreaming nutzen

Madagaskar befindet sich im Umbruch. Nach den turbulenten Ereignissen der ersten Monate des Jahres 2009 hofft das Land, den Weg in Richtung Demokratie zurückzufinden. Für die FES und das „Observatoire Genre“ die Gelegenheit, Mitte Mai zu einer Konferenz über Gender Mainstreaming in demokratischen Institutionen einzuladen.

Im Vergleich zu anderen Staaten in der Southern African Development Community (SADC) liegt Madagaskar im Hintertreffen. Lediglich die Demokratische Republik Kongo hat eine noch niedrigere Frauenquote im Parlament. Spitzenreiter sind Angola (37,3%), Mosambik (34,8%), Südafrika (32,6%) und Tansania (30,4%). Diese vier sind die einzigen Staaten, die die Frauenquote von 30%, die die SADC in ihrer Resolution „Gender and Development“ 1997 beschlossen hat, einhalten.

Die Konferenz erarbeitete Vorschläge für die neue Verfassung, das Wahl- und Parteiengesetz. „Wenn wir an diesen Texten etwas verändern können, dann jetzt in der Umbruchphase“, fasste eine madegassische Teilnehmerin zusammen, „es reicht jedoch nicht, die Gesetzestexte allein anzupassen, wenn nicht auch die Realität verändert wird.“

Stabilisierung und Wiederaufbau

Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Afghanistan

Später Nachmittag an einem Samstag in der Kabuler FES-Vertretung: Aus dem Konferenzsaal strömen die Zuschauer in den grünen Garten und lassen sich im Schatten nieder. Im Rahmen des „Women Film Club“ haben sie gerade einen Dokumentarfilm über Frauen im Afghanischen Parlament gesehen und werden nun mit der Regisseurin und Abgeordneten diskutieren. An vorherigen Samstagen saßen an gleicher Stelle Vertreter der afghanischen Frauen-Fußballnationalmannschaft, der Wahlkommission oder von Frauenhäusern, um mit jungen Afghanen, Journalisten, Politikern und zivilgesellschaftlichen Aktivisten nach Filmvorführungen zu diskutieren.

Afghanistan befindet sich in einer kritischen Phase der Stabilisierung und des Wiederaufbaus, deren Erfolg sich nicht automatisch einstellen wird, sondern deren weiterer Verlauf von internationaler Unterstützung abhängig ist. Die Aktivitäten der FES konzentrieren sich auf Themen und Arbeitsbereiche, die strategische Bedeutung für die Stabilisierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Konfliktbearbeitung und -transformation haben. Angesichts der Gewaltdominanz und der

paternalistischen politischen Traditionen ist die Förderung einer Kultur des konstruktiven Dialogs von immenser Bedeutung.

Anfang 2002 hatte Kabul geschätzte 800 000 Einwohner, 2009 sind es ca. 4.5 Millionen. Das Büro der FES liegt mittendrin, im Herzen der „Neustadt“, in der reges geschäftliches Treiben das Straßenbild prägt. Das Haus aus den 1920er Jahren strahlt mit seinen alten Holzdecken Gediegenheit aus, ein wunderschöner Garten bietet Platz für ein Zelt, welches Teilnehmer von Workshops und Gesprächsrunden beherbergt. Der Kern des Teams, die Bürohilfen, der Fahrer, die Wächter und der Verwaltungsleiter arbeiten seit Beginn der Stiftungsarbeit im Jahr 2002 bei der FES. Die Sekretärin und die beiden Projektkoordinatoren sind in den vergangenen Jahren zum Team gestoßen, die derzeitige Büroleiterin ist seit Dezember 2008 an Bord. In einem Land mit unzähligen internationalen Organisationen, deren Personal stark fluktuiert, steht die FES als langfristiger Partner vor allem für Kontinuität und Vertrauen.

Einer neuen Generation von Afghanen, die sich politisch in ihrem Land engagieren will, fehlt es an Zugängen zu Entscheidungsträgern und Führungs- und Team-Kompetenzen. Wichtige Aufgabe der Stiftung ist daher die Ausbildung und Förderung von Young Leaders, die aktive Rollen und Führungsaufgaben in Politik und Gesellschaft übernehmen, und von jungen Nachwuchsjournalisten, die eine transparente, friedliche Auseinandersetzung über politische Themen fördern. Die Entwicklung einer besseren Regierungsführung und die Stärkung gewählter Organe steht bei der Kooperation mit Provinzräten und dem Parlament im Vordergrund der Arbeit. Meinungsfreiheit, Vergangenheitsbewältigung und die Stärkung politischer Parteien sind weitere zentrale Handlungsfelder der FES in Afghanistan. Deren krisenbewährtes Team hat in den vergangenen Jahren viel in Bewegung gesetzt.



Die Friedrich-Ebert-Stiftung weltweit

Frauenpolitik & Genderpolitik
in der nationalen
und internationalen Arbeit

Aus den Arbeitsbereichen der FES

Geschlechtergerechtigkeit herzustellen, ist eine zentrale nationale wie globale gesellschaftspolitische Herausforderung. Zwar gibt es bei der Teilhabe und der Mitgestaltung von Frauen in Politik und Gesellschaft heute Fortschritte, doch bleibt noch viel zu tun: Nach wie vor sind Frauen in Politik und Wirtschaft nicht gleichberechtigt beteiligt, erfahren Gewalt, schultern den Hauptanteil an Familien- und Hausarbeit und verdienen weit schlechter als Männer. Doch Geschlechtergerechtigkeit verlangt mehr als die unverzichtbare Frauenförderung. Sie zielt ebenfalls auf die gendersensible Analyse und Reform von diskriminierenden Strukturen und auf den damit einhergehenden notwendigen Rollenwandel, der auch Jungen und Männer betrifft.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung engagiert sich seit Jahrzehnten für eine geschlechtergerechte Politik. Gemäß dem Gender Mainstreaming berücksichtigen wir in unserem Bildungs-, Dialog- und Beratungsangebot die Perspektive der Geschlechterverhältnisse in allen Politikbereichen und Themenfeldern. In unserer nationalen und internationalen Arbeit haben dabei die Diskussion von Fragen der Gleichstellung sowie die Förderung von Frauen einen zentralen Stellenwert. Nationale und internationale Konferenzen dienen zudem als Begegnungsstätten für Frauen aus allen Teilen der Welt und bilden öffentliche Foren für deren Beteiligungen und Einflussmöglichkeiten an allen politischen Prozessen.

Frauen- und Genderpolitik in der nationalen Arbeit

Alle Arbeitsbereiche der nationalen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung haben die Förderung der Chancengleichheit und der Geschlechterdemokratie zur Querschnittsaufgabe gemacht. In der politischen Bildungsarbeit werden einerseits spezielle Projekte und Veranstaltungen für Frauen angeboten. Zum anderen laden wir bundesweit im Rahmen von Konferenzen und Fachtagungen EntscheidungsträgerInnen, MultiplikatorInnen, Fachpublikum und die interessierte Öffentlichkeit ein, sich über aktuelle frauen- und genderpolitische Themen auszutauschen. Auch in unserem Forschungs- und Beratungsangebot liegt ein Schwerpunkt auf Frauen- und Genderthemen. Ergebnisse der Frauenforschung werden durch wissenschaftliche Expertisen vertieft und für verschiedene Politikfelder aufgearbeitet.

Im Rahmen ihrer Studienförderung vergibt die Friedrich-Ebert-Stiftung Stipendien an besonders begabte und gesellschaftspolitisch engagierte Studierende. Dass die Förderung von Frauen hierbei ein wichtiges Anliegen ist, zeigt auch die Tatsache, dass heute mehr als 50 % der StipendiatInnen weiblich sind.

Politische Bildung

Drei Arbeitseinheiten der Friedrich-Ebert-Stiftung widmen sich speziell der politischen Bildungsarbeit: Die Abteilungen Dialog Ostdeutschland, Gesellschaftspolitische Information und Politische Akademie. Ihr gemeinsames Ziel ist es, frauen- und genderpolitische Fragestellungen und Perspektiven in gesellschaftspolitische Debatten einzubringen und Frauen wie Männer zu qualifizieren, politische und gesellschaftliche Prozesse geschlechtergerecht zu betrachten und entsprechend zu gestalten.

Dialog Ostdeutschland / Forum Politik und Gesellschaft

Das politische Bildungsangebot der Abteilung in den ostdeutschen Bundesländern zielt auf die Förderung des gesellschaftlichen und politischen Engagements sowie die Stärkung eines an den Grundwerten Sozialer Demokratie orientierten Gemeinwesens. Gender- und Frauenpolitik ist dabei als Querschnittsthema in der Arbeit aller Büros fest verankert und Gegenstand zahlreicher Veranstaltungen.

Das Forum Politik und Gesellschaft in Berlin arbeitet kontinuierlich zum Themenbereich Frauen- und Genderpolitik. 90 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts in Europa haben Frauen zwar ihre gesellschaftliche Position deutlich verbessern können, doch die Gleichstellungspolitik ist noch nicht am Ziel. Das Forum Politik und Gesellschaft greift in Konferenzen und Fachtagungen aktuelle frauen- und genderpolitische Themen auf und bietet eine Plattform für Debatten zwischen interessierter Fachöffentlichkeit und Politik. Dabei stehen Themen wie die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt und in der Politik, die Situation von Migrantinnen und Gewalt gegen Frauen im Mittelpunkt. Die Weiterentwicklung gleichstellungspolitischer Strukturen wie Gender Mainstreaming und informeller Netzwerke ist ein weiteres Ziel der Arbeit.

Politische Akademie

Die Politische Akademie thematisiert in ihrer Arbeitslinie „Gerechtigkeit, Teilhabe und Sozialer Zusammenhalt“ ausdrücklich den Genderaspekt: „Angesichts ökonomischer, sozialer und demografischer Herausforderungen sind Gerechtigkeit, Chancengleichheit und sozialer Zusammenhalt als Leitlinien für Reformpolitik bei maßgeblichen gesellschaftlichen Akteuren verankert. Soziale Innovationspotentiale in der Bildungs- und Familienpolitik, im Geschlechter- und Generationenverhältnis werden intensiv diskutiert und weiter entwickelt.“

Beispiel sind u. a. die Reihe „Mit Führungsfrauen im Gespräch“ um die öffentliche Debatte zur Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen zu beleben. Mit speziellen Angeboten der Kommunalakademie werden Frauen in ihrem politischen Engagement unterstützt. Die Konferenzen zu „Women in Islam“ bringen mit Kommentaren von Selbsthilfe- und Lobbyprojekten die Stimme der Frau im Islam zur Geltung.

Gesellschaftspolitische Information

In der Arbeit der Abteilung Gesellschaftspolitische Information ist der Genderaspekt als Querschnittsthema angelegt. Da der regionale Schwerpunkt der Abteilungsarbeit auf Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen liegt und sich die Arbeit insbesondere auf Nachfrage gründet, wurde die Genderthematik auch regional organisiert. So finden in allen drei Bundesländern regelmäßig Fachtagungen zu Genderfragen statt.



Forschung und Beratung

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wissenschaftlich fundierte Politikberatung und Bildung stehen im Mittelpunkt des Arbeitsbereichs Frauen- und Geschlechterpolitik der Abteilung. Ausgehend von den konkreten Problemen im Bereich der Chancengleichheit der Geschlechter werden Argumentationen, Konzepte und Strategien erarbeitet. In Expertisen aus der Frauenforschung werden wissenschaftliche Erkenntnisse und Ergebnisse so aufbereitet, dass sie für die geschlechterpolitische Arbeit genutzt werden können. Auch Vorträge, Beratungsgespräche und Veröffentlichungen sollen dazu beitragen, gleichstellungspolitische Akteure und Akteurinnen zu unterstützen und den geschlechterpolitischen Dialog und Diskurs zu beeinflussen.

Archiv der sozialen Demokratie

Ein Arbeitsschwerpunkt bei der im Archiv der sozialen Demokratie angesiedelten sozial- und zeitgeschichtlichen Forschung liegt traditionell auf der Frauenforschung. Neben Publikationen informiert das Archiv, zu dem auch das Karl-Marx-Haus in Trier gehört, durch Ausstellungen z.B. über historische Wegbereiterinnen der Sozialdemokratie oder die Einführung des Frauenwahlrechts, Fachvor-

träge, Seminarkonzeptionen und -durchführungen eine interessierte Öffentlichkeit. Dokumente zur Geschichte der Frauenbewegung und der Gleichberechtigung aus den umfangreichen Sammlungen des Archivs, darunter allein etwa 180 Nachlässe und Deposita von politisch engagierten Frauen oder die über 1200 Aktentitel aus dem Bestand des „Frauenbüros“ des SPD-Parteivorstands, werden ständig erweitert. Der Bestand FEMArchiv und viele andere Sammlungen unterstreichen die Bedeutung, die das Archiv der Frauenforschung zumisst.

Bibliothek

Die Bibliothek, das Politisch-Historische Informationszentrum, gilt mit rund 900000 Bänden als die größte wissenschaftliche Spezialbibliothek zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Für die Frauen- und Genderforschung steht u.a. eine große Spezialkollektion zur proletarischen Frauenbewegung zur Verfügung, vielfältige Literatur von und über die bürgerliche Frauenbewegung, sowie alle Veröffentlichungen von Parteien und Gewerkschaften in Deutschland und Europa zur Familien-, Frauen- und Geschlechterpolitik. Die FES-Publikationen der letzten Jahre, darunter über 100 Titel zur Frauen- und Genderpolitik, sind in der Digitalen Bibliothek im Volltext online verfügbar.

Studienförderung

Die Abteilung Studienförderung unterstützt die wissenschaftliche und die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit frauen- und genderpolitischen Fragestellungen. Derzeit werden 27 Promotionsvorhaben in diesem Themenfeld gefördert. Zudem engagieren sich aktuelle und ehemalige FES-StipendiatInnen in einem Arbeitskreis Gender. Hier werden Veranstaltungen geplant und durchgeführt, Arbeitspapiere erstellt und Maßnahmen ergriffen, die der Sensibilisierung für genderrelevante Themen an den Hochschulen und in der Politik dienen.



Frauen- und Genderpolitik in der internationalen Arbeit

In mehr als 100 Ländern unterstützt die Friedrich-Ebert-Stiftung den Aufbau und die Konsolidierung zivilgesellschaftlicher und staatlicher Strukturen zur Förderung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, starker und freier Gewerkschaften sowie das Eintreten für Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter. Gender-Beauftragte der beiden internationalen Abteilungen Internationaler Dialog und Internationale Entwicklungszusammenarbeit stellen sicher, dass die Geschlechterperspektive im Rahmen der Projektarbeit in den jeweiligen Ländern einen angemessenen Stellenwert erhält.

In der Internationalen Entwicklungspolitik liegt die Querschnittsaufgabe Gender-Integration angesichts ihrer referatsübergreifenden Aspekte im Referat Globale Politik und Entwicklung.

Gleichstellung der Geschlechter ist ein konstitutives Element von Demokratie und gehört deshalb zu den Aufgaben der Demokratieförderung. Mit der Strategie des Gender Mainstreaming soll sichergestellt werden, dass alle politischen Konzepte und Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt ihrer Auswirkungen auf Frauen und Männer analysiert, implementiert und evaluiert werden. Sie ist ein methodischer Ansatz, um die Zielgruppen der Projektarbeit nach Geschlecht zu differenzieren und die sich daraus ergebenden unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse im Projektzyklus zu berücksichtigen. Die Gender-Koordination im Referat Globale Politik und Entwicklung ist für die Betreuung eines abteilungsweiten „Genderteams“ sowie für die Beratung der Abteilung zuständig. Darüber hinaus wird hier die internationale Genderarbeit konzeptionell weiterentwickelt, evaluiert und dokumentiert.



Keine soziale Demokratie ohne Geschlechtergerechtigkeit!

Als Organisation, die den Werten der sozialen Demokratie verpflichtet ist, spielt Geschlechtergerechtigkeit eine zentrale Rolle in der Arbeit der FES. Der Kampf für Geschlechtergleichheit ist Teil des historischen Erbes der Sozialdemokratie.

In der internationalen Arbeit der Stiftung spiegelt sich diese Wertehaltung in erster Linie in der Arbeit der **FES-Auslandsbüros** wider. So gibt es in jedem Büro der Stiftung einen Ansprechpartner beziehungsweise eine Ansprechpartnerin für das Thema Gender. Diese stehen in engem Kontakt mit den lokalen Frauenorganisationen – oder auch anderen Organisationen, die für die Erhöhung von Chancengleichheit in der betreffenden Gesellschaft wesentlich sind – und setzen mit ihnen auf den lokalen Bedarf zugeschnittene gemeinsame Projekte um. Dieser Teil der Stiftungsarbeit, oft als „klassische Frauenförderung“ bezeichnet, stellt in vielen Ländern, in denen die FES vertreten ist und in denen Frauen harschen tradierten oder angeblich tradierten Normen unterworfen sind, einen ganz wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Rolle der Frau in der Gesellschaft dar.

Zum Beispiel zeigt die FES beim Thema Geschlechtergerechtigkeit in Asien auch länderübergreifendes Profil. Im Rahmen des Regionalprojekts Asien ist das Thema Gender eine der Hauptarbeitslinien. Schwerpunkte der Arbeit im regionalen Kontext sind die Förderung der Teilhabe von Frauen in politischen Reformprozessen und die Organisation von Arbeiterinnen im informellen Sektor.

Auf **globaler Ebene** liegt der Fokus der Stiftungsarbeit auf geschlechtergerechter Wirtschaftspolitik. Eine besondere Herausforderung ist dabei das Spannungsfeld zwischen ermöglichter Emanzipation durch erhöhte ökonomische Unabhängigkeit auf der einen Seite und neuen Formen der Abhängigkeit und Ausbeutung auf der anderen Seite – beides Konsequenzen der zunehmenden Integration weiblicher Arbeitskräfte in globale Produktionsprozesse. Neben diesem Hauptfokus wird das Thema Geschlechtergerechtigkeit in engem Austausch mit den anderen Arbeitsbereichen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit der Stiftung effizient „gemainstreamt“.

Beispielhaft sei an zwei großen Politikfeldern gezeigt, wie die FES Gender Mainstreaming in die praktische Arbeit umsetzt.

Sicherheit und Konflikt

Frieden und ein Leben frei von Gewalt sind individuelle und gesellschaftliche Ideale von Frauen und Männern gleichermaßen, und die Gewalt in bewaffneten Konflikten und Kriegen trifft Männer wie Frauen. Aufgrund ihrer soziokulturell geprägten Geschlechterrollen sind sie jedoch unterschiedlicher Gewalt ausgesetzt. In erster Linie sind es Frauen und Kinder, die Opfer systematischer Gewaltanwendungen wie Vergewaltigungen und erzwungener Prostitution werden. Die Vorstellung allerdings, dass nur Männer am Kampf teilnehmen, während Frauen nur in der passiven Opferrolle sind, trifft in der Realität nicht zu. Die hohe Anzahl in der Regel männlicher Todesopfer oder Verletzter nach Kampfhandlungen zwingt Frauen in traditionellen Gesellschaften in ungewohnte Versorgerrollen und drängt sie in den öffentlichen Raum. Meist wandeln sich im Verlauf bewaffneter Auseinandersetzungen diese Rollen und eröffnen Frauen neue Tätigkeitsfelder. Nach dem Ende des Konflikts ver-

schließen sich meist diese Möglichkeiten wieder, und Nachkriegslösungen orientieren sich an den alten Rollenbildern, die die Funktionen und Erfahrungen der Frauen im Konflikt nicht berücksichtigen. Die Analyse von Geschlechterrollen soll deshalb Bestandteil von Planungen in diesem Bereich werden und dazu beitragen, dass beide Geschlechter angemessen an Konfliktlösungen beteiligt werden.

Die Sicherheit von Frauen und Männern ist aber nicht nur im bewaffneten Konflikt bedroht. Für die meisten Frauen ist die Gefahr, im Alltag Opfer von häuslicher Gewalt, sexueller Belästigung oder von traditionellen Praktiken zu werden größer als im Krieg. Bei Reformvorhaben im Justizbereich und Sicherheitssektor ist es deshalb wichtig, die unterschiedlichen Sicherheitsbedürfnisse von Frauen und Männern stärker in den Fokus zu rücken.

Anknüpfungspunkte für die Arbeit der FES:

- Krisenprävention/Konfliktbearbeitung:
 - Teilnahme von Frauen an formalen Friedensverhandlungen fördern
 - Frauenorganisationen bei der Bildung von Friedensinitiativen unterstützen
 - Erfahrungen von Frauen als Kämpfende, Überlebende, Flüchtlinge in die Unterstützung von Friedensprozessen miteinbeziehen
- Politische Reformen und Justizbereich:
 - Stärkung der Zivilgesellschaft und Stabilisierung des Friedensprozesses
 - Partizipation von Frauen in politischen Entscheidungsgremien fördern
 - Rechtliche Gleichstellung von Frauen fördern, internationale Abkommen, z.B. CEDAW, Resolution 1325 bekannt machen
- Sicherheitssektorreform:
 - Unterschiedliches Schutzbedürfnis und unterschiedliche Interessen von Frauen und Männern in bezug auf Sicherheit berücksichtigen
 - Geschlechtsspezifische Gewalt und Frauenrechte als Thema in Trainings mit Sicherheitskräften miteinbeziehen

- Initiativen unterstützen, die Frauen den beruflichen Zugang zu Institutionen des Sicherheitssektors erleichtern
- Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung:
 - Bedürfnisse von Frauen und Ex-Kombattantinnen in der Entwicklung von Systemen der Vergabe von Arbeitsplätzen oder Krediten und von Wiederaufbauprogrammen berücksichtigen
 - Initiativen unterstützen, die gegen Diskriminierung von Frauen beim Grunderwerb und Landbesitz gerichtet sind

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Eine gerechte Wirtschafts- und Sozialentwicklung erfordert eine Politik, die sowohl Frauen als auch Männern einen sicheren Lebensunterhalt bietet und Chancen und Nutzen gleichermaßen verteilt. Außerdem muss der Zugang zu und die Kontrolle von sozialen Ressourcen – wie Bildungs-, Gesundheits-, Soziale Sicherungs- und Rentensystemen – und wirtschaftlichen Ressourcen – wie Landeigentum, Kredite, Marktzugang, bezahlte Beschäftigung und gerechte Löhne – für beide Geschlechter gewährleistet sein. Der überproportionale Anteil der Frauen an schlechtbezahlten Berufen, unbezahlter Sorgearbeit und in informellen Arbeitsverhältnissen schränkt ihre Aktionsmöglichkeiten jedoch ein und führt dazu, dass sie deutlich mehr arbeiten aber weniger verdienen als Männer.

Im Zuge der Globalisierung verändern sich die ökonomischen Rahmenbedingungen auf internationaler, regionaler und Länderebene. Regionalisierungstendenzen und bilaterale Abkommen haben Auswirkungen auf die Lebenssituation von Millionen Menschen. Geschlechterspezifische Arbeitsteilung und unterschiedliche Zugriffsmöglichkeit auf Information und Ressourcen führen in der Regel zu unterschiedlichen Konsequenzen für Frauen und Männer. Deshalb ist es wichtig, die unterschiedlichen Auswirkungen nationaler, regionaler und globaler Wirtschaftspolitiken auf die soziale Situation von Frauen und Männern getrennt zu analysieren und kompensatorische Maßnahmen im Hinblick auf Gleichstellung und Armutsbekämpfung zu entwickeln.

Anknüpfungspunkte für die Arbeit der FES:

- Internationale Handelsabkommen: (international trade agreements)
 - Vermittlung von Expertise über die Wirkungen internationaler Handelsabkommen und -liberalisierung aus Gendersicht
 - Entwicklung eigenständiger Positionen und Strategien der FES-PartnerInnen gegenüber internationalen Abkommen
 - Analyse der genderspezifischen Auswirkungen auf verschiedenen Sektoren der Ökonomie
- Regionale Integration
 - Unterstützung der Partizipation von NSA am Integrationsprozess
 - Beförderung von Genderprotokollen und Frauenquoten auf regionaler Ebene
- Förderung der wirtschaftlichen Gleichstellung von Frauen und Männern und Gender Budgeting
 - Analyse der unterschiedlichen Rollen von Frauen und Männern in Wirtschafts- und Erwerbstätigkeit
 - Förderung des Dialogs von Wirtschaftsverbänden bzgl. der Rahmenbedingungen von Gleichstellung
 - Etablieren von Arbeitskreisen mit sozioökonomischer Thematik
 - Geschlechtsspezifische Analyse kommunaler und nationaler Haushalte (Gender Budgeting)
- Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Arbeitsmarktpolitik, Migration
 - Vermittlung von Expertise über wirtschaftliche Reformprozesse
 - Initiierung und Förderung von Unternehmerinnenverbänden
 - Stärkung der Interessensvertretung wichtiger Sozialpartner
 - Implementierung von sozialen Standards sowie verbesserten Arbeitsbedingungen für Frauen
 - Arbeitsmigration von Frauen

Geschlechtergerechtigkeit und Teilhabe

Stichworte zum Internationalen Frauentag 2009 in der FES

Am 8. März wird weltweit der Internationale Frauentag begangen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung nutzt dieses Datum seit vielen Jahren, um Fragen der Geschlechtergleichstellung, der Frauenförderung und des Gender Mainstreaming besonders zu thematisieren. In der ersten Märzhälfte widmeten sich daher auch 2009 in der ganzen Bundesrepublik zahlreiche FES-Veranstaltungen diesen Fragen:

In **Neuruppin** beteiligte sich u. a. Dagmar Ziegler, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg an den Debatten über die besonderen Herausforderungen, vor die Arbeitsmarkt und Arbeitswelt junge alleinerziehende Mütter und ältere Frauen stellen. Schichtdienst, Wochenendarbeit oder Wiedereinstieg nach der Erziehungsphase waren Stichworte. Auch in **Chemnitz** ging es um die „Arbeitsmarktpolitischen Perspektiven für Frauen in der Region“. Und in **Cottbus** wurden „Lebensführungen brandenburgischer Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen“ unter dem Stichwort „Hauptsache Arbeit?“ untersucht.

In **Potsdam** wurde im Rahmen der 19. Brandenburgischen Frauenwoche u. a. „Frauenpolitik im Spiegel der Macht – Accessoire oder Motor der Entwicklung“ diskutiert.

Die **Akademie Frankenwarte** analysierte in Würzburg „Warum die Einkommensschere geschlossen werden muss“. Denn immer noch ist Deutschland Schlusslicht beim Vergleich der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede innerhalb der EU. „Frauen verdienen mehr“ war nicht nur der Titel, sondern auch die Feststellung und Forderung der Teilnehmerinnen.

In **Höhr-Grenzhausen** feierten Frauen auf einem FES-Seminar den Frauentag mit der Forderung „Wir wollen Brot und Rosen“. Und in **Freudenstadt**

stand eine Matinee unter dem Titel „Füllhorn, Waage, Schwert – Justitia ist eine Frau“: Denn die Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen sind zu allen Zeiten durch rechtliche Rahmenbedingungen flankiert. Welche Stellung Frauen im Rechtssystem zugestanden wurde, zementierte zu allen Zeiten ihre Einkommensmöglichkeiten und dadurch ihre Entscheidungsfreiheit in wichtigen Fragen des Lebens.

In **Demmin** erinnerte die FES an „90 Jahre Frauenwahlrecht – historische Streiflichter und aktuelle Bezüge“, in **Freiburg** wurde ein Turbo-Intensiv-Workshop für politisch aktive Frauen unter dem Titel „Wie gehe ich mit den Medien um“ angeboten.

In **Bonn** diskutierte Andrea Nahles, MdB, stellvertretende Vorsitzende der SPD, über „Geschlechtergerechtigkeit, Gute Arbeit und Soziale Sicherheit – zentrale Politikfelder im neuen Jahrzehnt“ mit über 250 Teilnehmerinnen. Gleichzeitig fand eine Präsentation von Dokumenten und Bildern aus dem



vom Archiv der sozialen Demokratie betreuten Nachlass der großen Sozialdemokratin Annemarie Renger statt, die großes Interesse fand.

Was bringt Europa den Bürgerinnen? Das war die Ausgangsfrage für eine Konferenz u. a. mit MdEP Lissy Gröner in **Würzburg**. Denn ob Gleichbehandlung im Erwerbsleben oder Gender Mainstreaming in allen Lebensbereichen – oft kamen die entscheidenden Anstöße für mehr Chancengleichheit aus Brüssel.

Daher analysierte die FES auch in **Berlin** anlässlich des Internationalen Frauentages die Situation der Gleichstellungsbemühungen in Europa. Eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen sei noch nicht realisiert, konstatierte Gesine Schwan, ehemalige Präsidentin der Europa-Universität. Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene sind Frauen in politischen und wirtschaftlichen Entscheidungspositionen unterrepräsentiert. Junge Frauen erfahren die verschiedenen

Diskriminierungen erst später, stellte Barbara Prammer, Präsidentin des Nationalrats der Republik Österreich fest. So stiegen viele Frauen mit Kindern in Österreich aus dem Berufsleben aus, weil sie keine Teilzeitbeschäftigung finden könnten. Weder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt seien in Österreich erreicht, beklagte Barbara Prammer weiter und rief dazu auf, sich auf dem Arbeitsmarkt „nicht zu billig zu verkaufen“.

Hier sei ein stärkeres Engagement der europäischen Gewerkschaften notwendig, forderte Catelene Passchier, Politische Sekretärin beim Europäischen Gewerkschaftsbund. Marlene Parenzan, Mitglied im Vorstand der Europäischen Frauenlobby, wies auf die Vielzahl verschiedener Regelungen und Richtlinien zur Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft und Politik hin, die unzureichend umgesetzt würden. Gefordert wurde von Diskutantinnen u. a. eine Quote für die Besetzung der Aufsichtsräte nach norwegischem Vorbild. Aber nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch in der Politik sind Frauen nach wie vor benachteiligt. Noch immer sind lediglich 24% aller Mitglieder der nationalen Parlamente und Regierungen in Europa Frauen. Hier habe sich die Quote bewährt, sie stelle keine Abwertung von Frauen dar. Ihr langfristiges Ziel sei, dass die Arbeitswelt und die Familienarbeit so gestaltet und aufgeteilt ist, dass „Männer und Frauen alles machen können und sich darüber aushandeln“, fasste Gesine Schwan die Debatte zusammen.

Kein Stillstand am Frauentag: (von Links nach rechts) Marlene Parenzan, Gesine Schwan, Barbara Prammer (Nationalratspräsidentin der Republik Österreich und Mitglied im Kuratorium der FES), Anke Fuchs, Catelene Passchier, Dr. Angelica Schwall-Düren. Foto Kröll



Was macht zufrieden im Job und im Leben?

Die Dissertation der FES-Stipendiatin Eva Berger



Bevor wir über Ihre Forschung sprechen.
Würden Sie sich bitte kurz vorstellen?

Gerne. Ich bin 28 Jahre alt und in Bonn geboren. Nach meinem Studium der Volkswirtschaft in Passau – ich war damals schon FES-Stipendiatin in der Grundförderung – habe ich im Herbst 2006 mein Promotionsstudium am Graduate Center of Economic and Social Research am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) begonnen. Seit Herbst 2007 bin ich in der Abteilung Längsschnittstudie Sozio-Oekonomisches Panel am DIW Berlin, wo auch meine wissenschaftliche Betreuerin, Prof. C. Katharina Spieß tätig ist.

Ihre Dissertation zum Thema „Nicht-kognitive Fähigkeiten von Müttern, Arbeitsangebot, subjektives Wohlbefinden und frühkindliche Entwicklung: Quantitative ökonomische Analysen auf der Grundlage repräsentativer Mikrodaten“ verfassen Sie in kumulativer Form. Was bedeutet das?

Das heißt, ich erstelle drei eigenständige Arbeitspapiere in englischer Sprache und versuche, diese in ökonomischen Fachzeitschriften zu veröffentlichen. Die drei Arbeitspapiere stellen die drei Kernkapitel meiner Dissertation dar. Sie beinhalten empirische Analysen auf Basis der für Deutschland repräsentativen Mikrodaten des Sozio-Oekonomischen Panels.

Welche drei Fragestellungen werden Sie bearbeiten und wie weit sind Sie bisher?

Das erste Arbeitspapier untersucht die Frage, wie und in welchem Ausmaß unfreiwillige Nichterwerbstätigkeit (wegen familiärer Unvereinbarkeit) und Teilzeiterwerbstätigkeit die subjektive Lebenszufriedenheit von Müttern beeinflusst. Dieser Teil ist bereits abgeschlossen und liegt als Diskussionspapier des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vor. Das zweite Arbeitspapier ist auch bereits online erschienen. Sein Titel lautet „Maternal Life Satisfaction and Child Outcomes: Are They Related?“ Dieses Papier ist in gemeinsamer Arbeit mit Prof. Spieß entstanden. Am dritten Papier arbeite ich zur Zeit noch. Der Arbeitstitel lautet „Women’s Non-Cognitive Skills and Return to Employment After Childbirth“.

In der ökonomischen Disziplin wurde lange Zeit der „individuelle Nutzen“ von Personen nur auf indirekte Weise, nämlich durch das Entscheidungsverhalten von Individuen abgeleitet. Abgesehen von einzelnen Ausnahmen haben Ökonomen erst in den neunziger Jahren begonnen, direkte Befragungen nach der allgemeinen subjektiven Lebenszufriedenheit von Personen empirisch zu nutzen. Auf diese Forschung, auch „Glücksforschung“ genannt, baut mein erstes Papier auf. Zunächst geht man davon aus, dass jeder Mensch sein Erwerbsverhalten so gestaltet, dass er oder sie maximal zufrieden ist. Auch bei Personen, die nicht am Arbeitsmarkt partizipieren, dürfte es hier keinen systematischen Unterschied in der Lebenszufriedenheit geben. Bezieht man in die Betrachtung Restriktionen mit ein, die verhindern, dass bestimmte Personen ihren optimalen Erwerbsstatus erreichen können, während andere dies können, so ist eine systematische Abweichung in der Zufriedenheit zu erwarten. Diese Restriktionen können auf der einen Seite Arbeitsmarktrestriktionen, also etwa die Verfügbarkeit angemessener Stellen sein. Die bisherige Forschung hat gezeigt, dass die daraus resultierende Arbeitslosigkeit die Betroffenen über den Einkommensverlust hinaus unzufrieden macht. Auf der anderen Seite können familiäre Restriktionen es Eltern (häufig Müttern) unmöglich machen, Familie und Erwerbstätigkeit zu vereinbaren, zum Beispiel aufgrund von fehlenden oder inadäquaten Kinderbetreuungsmöglichkeiten. An dieser Stelle setzt meine Arbeit an. Ich untersuche, ob und in welchem Ausmaß Nichterwerbstätigkeit aus familiären Gründen und Teilzeitarbeit die subjektive Lebenszufriedenheit von Müttern beeinflusst.

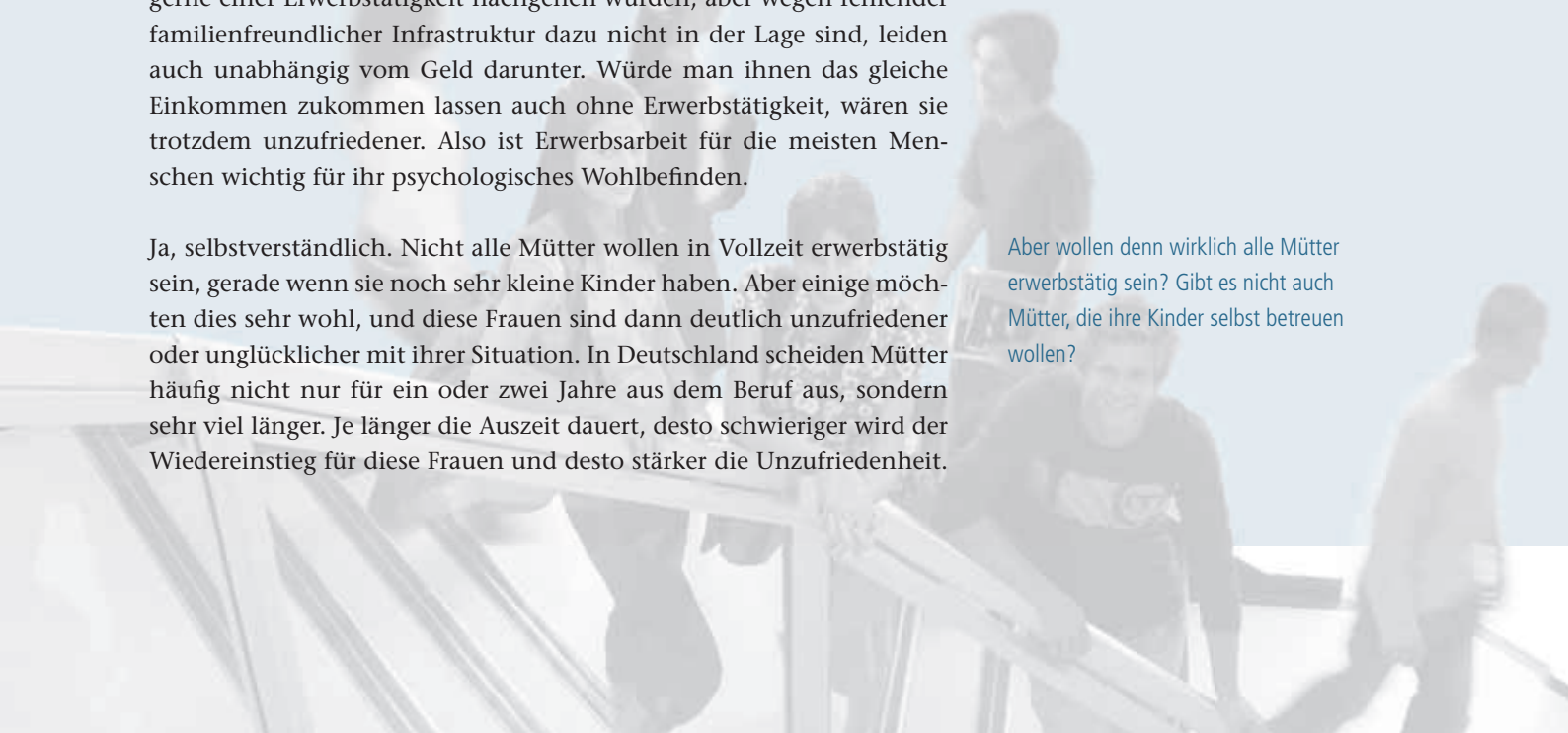
Nach Auswertung aller Daten kann ich einen negativen Zusammenhang nachweisen. Das heißt: Insbesondere nicht partizipierende aber auch teilzeiterwerbstätige Mütter sind systematisch unzufriedener als vollzeiterwerbstätige Mütter. Die Analysen zeigen, dass dies teilweise auf das geringere Haushaltseinkommen zurückzuführen ist. Das gilt insbesondere für Familien mit relativ geringem Einkommensniveau. Es liegen aber auch nichtmonetäre Gründe vor. Das heißt, Mütter, die gerne einer Erwerbstätigkeit nachgehen würden, aber wegen fehlender familienfreundlicher Infrastruktur dazu nicht in der Lage sind, leiden auch unabhängig vom Geld darunter. Würde man ihnen das gleiche Einkommen zukommen lassen auch ohne Erwerbstätigkeit, wären sie trotzdem unzufriedener. Also ist Erwerbsarbeit für die meisten Menschen wichtig für ihr psychologisches Wohlbefinden.

Ja, selbstverständlich. Nicht alle Mütter wollen in Vollzeit erwerbstätig sein, gerade wenn sie noch sehr kleine Kinder haben. Aber einige möchten dies sehr wohl, und diese Frauen sind dann deutlich unzufriedener oder unglücklicher mit ihrer Situation. In Deutschland scheiden Mütter häufig nicht nur für ein oder zwei Jahre aus dem Beruf aus, sondern sehr viel länger. Je länger die Auszeit dauert, desto schwieriger wird der Wiedereinstieg für diese Frauen und desto stärker die Unzufriedenheit.

Die „subjektive Lebenszufriedenheit“ ist sicher schwer zu operationalisieren. Wie gehen Sie vor?

Der Einfluss von unfreiwilliger Nichtpartizipation am Arbeitsmarkt auf die Lebenszufriedenheit von Müttern wurde bisher also nicht untersucht? Zu welchen Ergebnissen kamen Sie?

Aber wollen denn wirklich alle Mütter erwerbstätig sein? Gibt es nicht auch Mütter, die ihre Kinder selbst betreuen wollen?





Welche Folgen für die Politik ergeben sich denn aus Ihrem ersten Arbeitspapier?

Das deutsche Schulsystem sieht teilweise immer noch vor, dass eine Mutter ihrem Kind mittags ein Essen kocht und die Nachmittagsbetreuung übernimmt. Wenn eine Frau so leben möchte, ist das selbstverständlich wunderbar. Aber die Daten zeigen, dass viele Frauen damit nicht zufrieden sind.

Die Politik sollte weitere Maßnahmen treffen, die die Rahmenverbindungen für Eltern generell so verbessern, dass sie ihre Erwerbswünsche mit ihrem Familienleben vereinbaren können. Den Frauen, die dies wünschen, sollte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf leichter gemacht werden, so wie es beispielsweise in Frankreich und den skandinavischen Ländern selbstverständlich ist. Zwar wurde auch bei uns die Kinderbetreuung ausgebaut, in vielen Regionen Deutschlands ist sie aber immer noch unzureichend. Das gilt besonders für die Betreuung von unter Dreijährigen und für die Ganztagsbetreuung allgemein. Wichtig ist auch: Verantwortungsbewusste Eltern werden ihr Kind nur dann in Fremdbetreuung geben, wenn sie von der Qualität der Einrichtung überzeugt sind. Ein weiteres hilfreiches Instrument wären flexible Elterntage. Die müssten Eltern in Anspruch nehmen können, wenn ein Kind krank ist und nicht in die Kita oder Schule gehen kann. Bei solchen die Familien unterstützenden Maßnahmen könnten wir von unseren Nachbarländern lernen.

Ohne Stipendium hätte ich nicht studieren können

Ina Bigalke aus Kahle in Thüringen

Ich war schon 22 Jahre alt, als mir klar wurde, dass ich auf jeden Fall studieren wollte. Ich hatte nach dem Realschulabschluss schon einige Jahre in eine Ausbildung investiert, die mich zwar zu einem Studium berechtigte – doch mein Anspruch auf Bafög war vollständig ausgereizt. Ich begann in Jena trotzdem mit dem Studium der Psychologie und der Sozial- und Verhaltenswissenschaften. Ich zögerte, mich auf den Rat eines Freundes hin um ein Stipendium bei der FES zu bewerben. Ich hielt mich nicht für qualifiziert genug und war bisher auch relativ unpolitisch gewesen. Doch ich versuchte es dennoch und erhielt zu meiner Freude ein Stipendium auf Probe.

Damit begann für mich ein neues Leben an der Universität: Ich war finanziell so abgesichert, dass ich mich voll auf mein anspruchsvolles Studium konzentrieren konnte. Aber nicht nur das regelmäßig überwiesene Geld machte mir das Leben leichter: Wertvoll waren auch Rat und Unterstützung durch die Hochschulgruppe.

Nachdem ich endgültig Fuß gefasst hatte an der Uni, besuchte ich einige Seminare der Studienförderung und war überrascht, wie familiär es auf dem Venusberg in Bonn zugeht, wie intensiv die Stipendiaten in das Seminarprogramm eingebettet sind. Ich begann auch, mich mit Politik auseinanderzusetzen. Ich fühlte mich so wohl in diesem Umfeld, dass ich dem Arbeitskreis Internet der Stipendiaten beitrug. Weil man dort dringend Hilfe brauchte, setzte ich mich mit einigen engagierten KommilitonInnen zusammen für die Vernetzung und Kommunikation der Stipendiaten auf unserer eigenen Intranetplattform ein. Mittlerweile bin ich eine Sprecherin dieses Arbeitskreises. Die Arbeit macht mir viel Spaß und es ist ein gutes Gefühl, dadurch der Friedrich-Ebert-Stiftung etwas zurückgeben zu können.

Was bedeutet dieses Stipendium für mich? Es hat mir die Chance gegeben, überhaupt studieren zu können. Darüber hinaus kann ich mich ganz und gar auf mein Studium konzentrieren ohne Existenzängste und habe dennoch die Ressourcen, mich mit gesellschaftlichen Problemen auseinanderzusetzen und sogar helfend einzugreifen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung bietet mir also sehr viel mehr als Geld. Sie bietet mir Kontakte zu Gleichgesinnten, Zugang zu Ideen, zu Projekten, zu Bildung, Wissen und nicht zuletzt zu beruflichen Chancen. Die FES ist ehrlich am Vorankommen ihrer Schützlinge interessiert und bietet auch nach dem Studium eine Plattform für Engagement, Austausch und Unterstützung.

Mittlerweile habe ich auch keine Angst mehr vor politischen Organisationen. Im Gegenteil! Ich mag die Energie und die Selbstverständlichkeit, mit der sich Menschen hier ehrenamtlich oder beruflich für Themen einsetzen, die jeden von uns betreffen.

Ina Bigalke (Bildmitte) aus Kahle in Thüringen



Geschlechtergerechte Seminarplanung

Aus der Arbeit des Arbeitskreises Gender der StipendiatInnen

Der AK Gender der StipendiatInnen beschäftigt sich mit Geschlechterforschung und Geschlechterpolitik innerhalb und außerhalb der Friedrich-Ebert-Stiftung. Geschlechternormen, -ideale, -rollen etc. werden als historisch bedingte soziokultu-



relle Konstruktionen und nicht als naturgegeben betrachtet. Da die Mitglieder und die Ehemaligen im In- und Ausland studieren oder arbeiten, findet der Austausch in erster Linie über Mailinglisten und die Homepage statt. Direkte Kontakte werden vor allem für die Umsetzung konkreter Projekte genutzt. In Seminaren, bei regionalen Veranstaltungen, aber auch virtuell wird über geschlechterrelevante Themen diskutiert und es werden wissenschaftliche Arbeiten vorgestellt.

Innerhalb der FES versteht sich der Arbeitskreis als Lobbygruppe. So hat der Arbeitskreis beispielsweise im letzten Jahr eine Handreichung für SeminarleiterInnen erarbeitet, die Seminare in der ideellen Förderung anbieten. Damit sollen Geschlechterperspektiven in Seminaren der ideellen Förderung integriert werden. Der Arbeitskreis hat eine Checkliste entwickelt u. a. mit folgenden Fragen:

- Welche Relevanz hat das Seminarthema für Männer und Frauen?
- Wird den bisher unterrepräsentierten Sichtweisen und Erfahrungen besondere Aufmerksamkeit geschenkt?
- Wird eine geschlechtergerechte Sprache auch bei Einladungen verwendet?
- Ist der zeitliche Rahmen auch für Mütter und Väter akzeptabel?
- Wo ist es sinnvoll, in geschlechtergemischten, wo in geschlechterhomogenen Gruppen zu arbeiten?

Ziel des Arbeitskreises ist es, durch diese und andere Fragen Geschlechteraspekte in Inhalte und Organisation der Seminare zu integrieren.

Dissertationen

Von der FES geförderte Promotionsprojekte zu frauen- und genderpolitischen Themen 2009 (Auswahl)

Außereuropäische Sprach- u. Kulturwissenschaften

- Hanane El Boussadani: Frauenbewegung und Eherecht im Königreich Marokko. Eine Studie über die Entwicklung des Frauenrechts seit der Unabhängigkeit
 - Amporn Marddent: Gender Piety of Muslim Women in Thailand
-

Erziehungswissenschaft/Pädagogik

- Lena Irmeler: Gender(doing) in der Kita? Wie sehen Interaktionen zwischen Erzieherinnen und Jungen und Mädchen in Kindertagesstätten aus?
 - Abdoulaye Ouedraogo: Bildung und Armutsbekämpfung in Burkina Faso. Wirkungsanalyse der Entwicklungsprojekte im Bildungswesen
-

Germanistik

- Magdalena Gebala: Das Mutterbild in Hermann Hesses Prosawerk zwischen 1900 und 1930
 - Juliane Sucker: „Und Birken gibt es auch nicht hier“. Politisch-publizistisches Engagement im Exil – Die Journalistin, Schriftstellerin und langjährige Sekretärin des P.E.N.-Zentrums Gabriele Tergit
-

Geschichte

- Martina Bitunjac: Zwischen Mutter- und Heldenkult. Frauenbilder im unabhängigen Staat Kroatien 1941–1945
 - Doris Danzer: Freundschaft, Vertrauen und Verrat. Deutsche Linksintellektuelle und ihre Beziehungsnetze am Beispiel von Walter Janka und Anna Seghers, 1930–1960
 - Anja Katharina Peters: Nanna Conti – Die Leiterin der Reichsfachschaft Deutscher Hebammen
 - Yvonne Pulla: Käthe Kollwitz – eine Biographie
 - Birte Timm: Die Bedeutung von Migration für die jamaikanische Identität und die Dekolonisationsbewegung
-

Islamwissenschaften

- Aysun Yasar-Cebeci: Das Verhältnis der Muslime zum deutschen Staat – eine kritische Untersuchung anhand qualitativer Interviews und der von Muslimen betriebenen Presse in Deutschland
-

Medien

- Sigrid Kannengießer: Globalisierung – Medien – Geschlecht. Die Auswirkungen kultureller Globalisierungsprozesse auf mediale Geschlechterkonstrukte und gesellschaftliche Geschlechterhierarchien
-

Politik

- Ivana Jurisic: Comparative Analysis of Treatment of Female Asylum Seekers and Refugees of Islamic Background in Germany and Norway
-

Psychologie

- Eun Hee Choi: Identitätsarbeit im Prozess der Akkulturation von ausländischen Studierenden in Deutschland
 - Lusine Karapetyan: Akkulturationsleistungen und gesundheitspsychologische Bewältigungsstile der ArmenierInnen in Deutschland, Ukraine und Armenien.
-

Rechtswissenschaften

- Ghazaleh Faridzadeh: Vom Mensch-Sein zum Person-Sein. Grundlagen einer Person- bzw. Subjekttheorie im islamischen Recht
 - Hanna Kappstein: Das Verfahren in Scheidungssachen in Deutschland, Frankreich und Österreich
 - Victoria Nge: Loop Holes in Laws responding to trafficking in Women for sexual exploitation in the European Union
 - Tatyana Vassilchikova: Konzepte zur aktiven Partizipation Jugendlicher mit Migrationshintergrund. Rechtliche Analyse der Situation in europäischen Ländern
-

Romanistik

- Artur Budnik: Die Wende in der lateinamerikanischen Aids-Literatur der 90er Jahre
-

Soziologie, Sozialwissenschaften

- Snizhana Maksymchuk: Gender Studies in der gegenwärtigen Ukraine. Zustand, Probleme und Perspektive
 - Elena Stirbu: The advantages and disadvantages of circular labour migration from a gendered perspective. The case of Moldova
 - Peggy Szymenderski: Emotionale Verbindungen und Begrenzungen im Alltag: Wechselwirkungen im Spannungsfeld von Familie und Erwerbsarbeit am Beispiel von Polizistinnen und Polizisten
-

Sozialwesen

- Somnoma Valerie Quedraogo: Re-Migration und Integration aus der Perspektive von burkinischen Arbeitsmigranten, die von Cote d'Ivoire nach Burkina Faso zurückkehren
-

Volkswirtschaftslehre

- Eva Berger: Nicht-kognitive Fähigkeiten von Müttern, Arbeitsangebot, subjektives Wohlbefinden und frühkindliche Entwicklung. Quantitative ökonomische Analysen auf der Grundlage repräsentativer Mikrodaten
 - Angela Luci: Gleichheit durch Wachstum? Frauenspezifische Aspekte makroökonomischen Wachstums. Ökonomische Theorie und empirische Befunde im Ländervergleich
-

Publikationen

der FES zur Frauenpolitik und Genderpolitik 2009 (Auswahl)

- Alter, Arbeit, Armut?: Altersarmut von Frauen verhindern! / Nicola Schuldt-Baumgart. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, 2009. (Zukunft 2020)

- Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise, Tagungsdokumentation / Adelheid Biesecker / Hrsg. Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Arbeitsbereich Frauen- und Geschlechterforschung, Bonn, 2009. (WISO-Diskurs) ISBN 978-3-86872-193-5

- Auf dem Weg nach Doha ... Gender auf die Agenda!: Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung, 20.11.2008, FES Berlin / Text: Ina Zeuch. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009 (Dialogue on globalization). Nur online verfügbar.

- Diagnóstico participativo de la situación de violencia social e intrafamiliar en Estelí y la necesidad de reducción en el contexto de una política municipal de seguridad ciudadana: alternativas de políticas públicas; caso de Nicaragua / elab. por Sonia Vanessa Rodríguez Hernández. – Managua: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009.

- Feminismus im 21. Jahrhundert: Alte Fragen – neue Antworten? Zusammenfassung des Workshops vom 27. Juni 2009 / Urban Überschär. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, 2009. Nur online verfügbar.

- Femme et sécurité en zone CEMAC et en RDC / Friedrich-Ebert-Stiftung. Yaoundé: Presses Univ. d'Adfrique, 2009. ISBN 978-9956-444-54-5

- Frauen im Islam: feministische Orientierungen und Strategien für das 21. Jahrhundert; Dokumentation / Amina Wadud; Irshad Manji. Friedrich-Ebert-Stiftung, Politische Akademie, Interkultureller Dialog. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, ISBN 978-3-86872-163-8

- Frauen in der Obama-Administration: mit Zuhören und dem Reset-Knopf zu einer neuen Politik / Nadine Pflug. Washington, DC: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009. Nur online verfügbar.

- Frauen – Männer – Gender: Frauenpolitik & Genderpolitik in der Friedrich-Ebert-Stiftung 2008/2009. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009

- Género en el poder: Alemania y la canciller federal, Angela Merkel / Barbara Stiegler. Santiago de Chile: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009. Nur online verfügbar.

- Gender an der Macht? Über die Bedeutung von Geschlecht in politischen Spitzenpositionen am Beispiel von Deutschland, Chile, Argentinien und Spanien; Tagungsbericht / Elisabet Gerber; Barbara Stiegler. [Hrsg.: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Arbeitsbereich Frauen- und Geschlechterforschung]. – Bonn, 2009. (WISO-Diskurs). ISBN 978-3-86872-190-4

- Gender in climate change mitigation and adaptation /Ulrike Röhr. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009. Dialogue on globalization / Fact sheet. Nur online verfügbar.

- Global trends in women's access to "decent work" /Maria S. Floro and Mieke Meurs. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009. (Dialogue on globalization; 43: Occasional papers – Geneva)

- Journey towards empowerment /ed. by Damyant Sridharan. Friedrich-Ebert-Stiftung, India Office. New Delhi, 2009. ISBN 81-7440-067-2

- Junge, welche Rolle spielst Du? Männlichkeitsbilder im Wandel; Zusammenfassung der Konferenz vom 16.6.2009/Nina Bessing. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, 2009. Nur online verfügbar.

- La exclusión política de jóvenes, mujeres y pueblos indígenas: propuestas para la reforma política en Nicaragua /Dora María Téllez. Managua: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009

- La perspectiva de género en la dimensión socio-laboral de los acuerdos de asociación /Didice Godinho Delgado; Paola Cappellin. Montevideo: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009. Nur online verfügbar.

- Mehr Chancen für Frauen in der Privatwirtschaft. Zusammenfassung des Workshops für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte in privatwirtschaftlichen Unternehmen; (20./21. November 2008)/Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft. Berlin, 2009. Nur online verfügbar.

- Mehr Frauen in der Politik: bessere Chancen für Gleichstellung? Die Ergebnisse der Parlamentswahlen in Indonesien /Melanie Mörmel; Erwin Schweishelm. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Asien und Pazifik, 2009.

- Neoliberalismus und Frauenpolitik – Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen: Situation in Deutschland /Christine Bergmann. Seoul: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009. Nur online verfügbar.

- Neoliberalismus und Frauenpolitik - Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen: Situation in Deutschland /Christine Bergmann. Seoul: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009. In koreanischer Sprache. Nur online verfügbar.

- Posibnyk dlja žurnalistiv-praktykiv "hendernyj pohljad" /Suchomlyn, Mikola I. – Char'kiv: Friedrich-Ebert-Stiftung [u.a.].Kiev; Bonn: FES, 2009. – Kyrillisch – ISBN 978-966-1511-21-6

- Raindrops on fire: the power of life and inspiration for peace; voices of 50 women form the deep South /Kultida Samubuddhi Friedrich-Ebert-Stiftung – Bangkok, 2009. In Thai. ISBN 978-616-90238-1-4

- Propuestas de formas de organización de las mujeres nicaragüenses para implementar la Ley de Igualdad de Derechos y Oportunidades, y reducir la violencia intrafamiliar a nivel local: resultados de proceso de trabajo /elab. por Marilyn Méndez Varela. Managua: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009.

- Sindicalismo latinoamericano y política de género /Didice Godinho Delgado. Montevideo: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009. (Análisis y propuestas /FES sindical regional)

- Sin nosotras, se les acaba la fiesta! América Latina en perspectiva de género/Centro de Competencia en Comunicación para América Latina, Friedrich-Ebert-Stiftung. Sonia Santoro (ed.), Bogotá, 2009. ISBN 978-958-99007-1-0

- Sinopsis de las agendas de mujeres a nivel local, nacional y regional 1997–2009/Vivian Solís; Ivania Ayales. San José: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009

- Trade – a driving force for jobs and women’s empowerment? Focus on China and India/Christa Wichterich. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Department for Development Policy – Gender Coordination, 2009. Nur online verfügbar.

- Wenn die Töchter nicht mehr pflegen ... Geschlechtergerechtigkeit in der Pflege. Werkstattbericht/erstellt von Heike Gumpert. Bonn: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES, Arbeitsbereich Frauen- und Geschlechterforschung 2009. (WISO-Diskurs). ISBN 978-3-86872-188-1

- Wie Frauenrechte aufs Land kommen: Die Arbeit der Barfußanwältinnen und Barfußanwälte in Tansania/Peter Häussler (Hrsg.), Francis Conrad und Leana Podeszfa. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Afrika, 2009.

- Women – men – gender: women’s & gender policies in the work of Friedrich-Ebert-Stiftung; 2008/2009/ed.: Albrecht Koschützke. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009. Nur online verfügbar.

- Women in Islam – feminist orientations and strategies for the 21st century: documentation of the FES-conference 2008 = Frauen im Islam zwischen Unterdrückung und Selbstbestimmung; Les femmes dans l’Islam entre oppression et émancipation/Red.: Johannes Kandel. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Politische Akademie, 2009. Nur online verfügbar.

- Women’s alienation: land less development/Balaji Pandey. New Delhi: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009. ISBN 81-7440-066-4

- Women’s rights in Turkey: interaction of state and non-state actors in the implementation of judicial equality / Helin Uçar. Istanbul: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009. Nur online verfügbar.

Alle Publikationen als Download in der Digitalen Bibliothek der FES:

<http://library.fes.de/library/fr-digbib.htm>

AnsprechpartnerInnen

Koordination

Frauen – Männer – Gender

Albrecht Koschützke
presse@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149
D-53175 Bonn
Tel. ++49 (0)228/ 883-0
Fax ++49 (0)228/ 883-9207

Friedrich-Ebert-Stiftung

Hiroshimastraße 17
D-10785 Berlin
Tel. ++49 (0)30/ 26935-6
www.fes.de

Politische Bildung

Politische Akademie

Anne Haller
Anne.Haller@fes.de

Internationale Arbeit

Internationaler Dialog

Anja Wehler-Schöck
Anja.Wehler@fes.de

Forschung und Wissenschaft Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Barbara Stiegler
Barbara.Stiegler@fes.de

Gesellschaftspolitische Information

Jochen Reeh-Schall
Jochen.Reeh@fes.de

Internationale Entwicklungs- zusammenarbeit

Susan Javad
Susan.Javad@fes.de

Studienförderung

Katrin Dapp
Katrin.Dapp@fes.de

Dialog Ostdeutschland

Forum Politik und Gesellschaft
Luise Rürup
Luise.Ruerup@fes.de

Afrika

Michael Roll
Michael.Roll@fes.de

Historisches Forschungszentrum

Sozial- und Zeitgeschichte und Karl-Marx-Haus

Dr. Anja Kruke
Anja.Kruke@fes.de

Asien

Konstantin Bärwaldt
Konstantin.Baerwaldt@fes.de

Archiv der sozialen Demokratie

Gabriele Lutterbeck
Gabriele.Lutterbeck@fes.de

Lateinamerika

Sarah Ganter
Sarah.Ganter@fes.de

Bibliothek

Regine Schoch
Regine.Schoch@fes.de

Naher und Mittlerer Osten, Nordafrika

Martin Johr
Martin.Johr@fes.de

Stand: Juli 2010

IMPRESSUM

ISBN 978-3-86872-435-6

Herausgeber: Albrecht Koschützke, Friedrich-Ebert-Stiftung, Kommunikation & Grundsatzfragen, 53170 Bonn
Redaktion: Renate Faerber-Husemann
Red. Mitarbeit: Merin Abbas, Konstantin Bärwaldt, Astrid Becker, Kristina Birke, Julia Bläsius, Tina Marie Blohm, Dr. Stefan Chrobot, Katrin Dapp, Anja Dargatz, Alina Fuchs, Sarah Ganter, Anne Haller, Susan Javad, Martin Johr, Dr. Christian Krell, Dr. Anja Kruke, Nora Langenbacher, Gabriele Lutterbeck, Kerstin Ott, Maria Rigat-Pflaum, Astrid Ritter-Weil, Jochen Reeh-Schall, Michael Roll, Luise Rürup, Severin Schmidt, Regine Schoch, Anne Seyfferth, Christina Schildmann, Dr. Barbara Stiegler, Susanne Stollreiter, Urban Überschär, Britta Utz, Achim Wachendorfer, Anja Wehler-Schöck, Carsten Werner
Fotos: Archiv der sozialen Demokratie / FES, dpa Picture Alliance, fancy, Friedrich-Ebert-Stiftung, fotolia, ILO, Kröll, Liebe, Pellens, PhotoAlto, Pixland, Schicke, Spiegl, Stockbyte, Zensen
Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign GmbH
Herstellung: Katja Ulanowski, FES
Druck: Media-Print Informationstechnologie GmbH, Paderborn

Printed in Germany 2010

ISBN 978-3-86872-435-6

